

GESCHÄFTSBERICHT 2012



GESCHÄFTSBERICHT 2012

Inhalt

- 5 Vorwort der Landesregierung
- 8 Bericht des Vorstandes
- 12 Organe der ISB
 - 12 Vorstand
 - 13 Verwaltungsrat
 - 14 Beirat
- 16 So fördert die ISB
 - 16 Görres-Druckerei GmbH: Gemeinsam mehr erreichen
 - 19 WBG Neustadt mbH: Mietwohnungen bezahlbar und energieeffizient
 - 22 Wohnpark Cochem-Brauheck: Hilfen zur Unabhängigkeit
 - 25 Wohngruppe Gau-Algesheim: Selbstbestimmt wohnen
 - 28 Textilpflege Hoffmann GmbH: Kurs auf Wachstum
- 31 Impressionen 2012
- 35 Jahresabschluss der Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB) für das Geschäftsjahr 2012
 - 36 Jahresbilanz
 - 38 Gewinn- und Verlustrechnung
 - 39 Anhang
 - 52 Lagebericht
 - 77 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
 - 78 Konzernbilanz
 - 80 Konzern Gewinn- und Verlustrechnung
- 83 Bericht des Verwaltungsrates an die Trägerversammlung
- 86 Organigramm der ISB
- 89 Impressum



Eveline Lemke
Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung

Dr. Carsten Kühl
Minister der Finanzen

Förderung auf hohem Niveau

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) hat das erste Jahr in neuer Organisation erfolgreich absolviert. In Anbetracht der großen Herausforderungen, die mit der Zusammenführung von Landestreuhandbank und Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH verbunden waren, ist diese Feststellung keine Selbstverständlichkeit. Die reibungslose Fusion unserer Förderinstitute ist Ausdruck eines professionellen Projektmanagements und des Engagements der Verantwortlichen. Die Landesregierung verfügt mit der ISB über ein gut aufgestelltes und effizientes Institut für die Wirtschafts- und Wohnraumförderung des Landes.

Die ISB weist am Ende des Geschäftsjahres 2012 eine solide Vermögens- und Ertragslage aus. Mit über 10 Milliarden Euro liegt die Bilanzsumme auf Vorjahresniveau. Der Gewinn konnte erheblich über das Vorjahresniveau erhöht werden, wofür auch einige Sondereffekte verantwortlich waren. Alle bilanziellen Kenngrößen zeigen eine Konsolidierung auf hohem Niveau, sodass die Grundlagen für die weitere erfolgreiche Tätigkeit unserer Förderbank gelegt sind. Man könnte es auch einfach sagen: Die ISB ist gesund und bereit für neue Aufgaben, die allein schon aufgrund der dynamischen Marktentwicklungen in Wirtschafts- und Wohnraumförderung resultieren. Aus Sicht von Landesregierung und ISB gehört der Wandel zur Förderpolitik dazu, und es ergeben sich regelmäßig neue Gesichtspunkte, unter denen die Fördertätigkeit neu gestaltet werden muss.

Die Aufgabenteilung zwischen Land und ISB hat sich in der Wohnraumförderung massiv verändert. Hierzu hatten wir im vergangenen Jahr Innovationen in Form von Eigenprodukten der ISB versprochen und können diese nun vorstellen. Die gesamte Wohnraumförde-

rung wurde bislang als Treuhandgeschäft abgewickelt, das heißt, die Förderungen wurden im Namen des Landes und für Rechnung des Landes vergeben. Mit Wirkung vom 1. April 2013 vergibt die ISB im Bereich der Wohneigentumsförderung und Modernisierung nunmehr Darlehen im eigenen Namen und auf eigene Rechnung. Für diese Darlehen im Eigengeschäft der ISB stellt das Land wiederum eine Bürgschaft in Höhe von 80 Prozent. Wir erwarten uns von dieser Umstellung zusätzliche Impulse speziell für die Unterstützung von jungen Familien, die sich wegen des noch geringen Eigenkapitals beim Erwerb bzw. Bau der eigenen vier Wände schwer tun. Darüber hinaus sollen Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen bei der Modernisierung und der altersgerechten Anpassung ihrer Wohnungen unterstützt werden. Im Bereich des Mietwohnungsbaus ist die Umstellung von Treuhand- auf Eigengeschäft für Mitte 2013 vorgesehen.

Erneut lässt sich an der Bilanz 2012 ablesen, dass gerade in der Innovations- und Wirtschaftsförderung die klassischen Produkte der ISB nichts an Attraktivität und damit strukturpolitischer Wirksamkeit eingebüßt haben. Die erfolgreiche Förderung von Innovationen, einzelbetrieblichen Investitionen und Unternehmensfinanzierungen spricht eine deutliche Sprache. Hier trifft beides zusammen: ausgereifte Förderangebote einerseits und ein investitionsstarker rheinland-pfälzischer Mittelstand andererseits. Aus dieser Kombination entstehen genau die Wachstumsimpulse, die wir für unser Land geben wollen.

Noch eine Entwicklung erweist sich als zutreffend vorhergesagt: VC-Beteiligungen spielen eine immer wichtigere Rolle im Förderportfolio der ISB, hier konnten 2012 erneut Zuwächse verzeichnet werden. 75 Beteiligungen sowohl im Neugeschäft als auch in weiteren Finanzierungsrunden wurden eingegangen, um die Kapital- bzw. Liquiditätsausstattung der Unternehmen zu verbessern. Aus Sicht des Landes sind gerade die Beteiligungen an technologieorientierten Unternehmen, zum Beispiel Ausgründungen aus unseren Hochschulen, von enormer Bedeutung für die weitere Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in Rheinland-Pfalz. Deshalb wird der Ausbau eines qualitativ hochwertigen Beteiligungsportfolios der ISB auch im laufenden Jahr weitergehen.

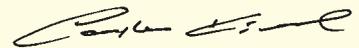
Für alle diese Aufgaben kann die ISB die hervorragenden Refinanzierungsmöglichkeiten nutzen, die ihr als Anstalt des öffentlichen Rechts offenstehen. Damit ist die ISB jederzeit in der Lage, sich zu günstigen Konditionen am Markt zu versorgen, so dass jederzeit die notwendigen Mittel für die Förderaufgaben bereit stehen können. Von diesen niedrigen Zinsen profitieren auch die rheinland-pfälzischen Kommunen.

Insgesamt können wir schon nach einem Jahr feststellen, dass durch die Zusammenarbeit zwischen den Fachleuten der Wirtschaftsförderung einerseits und der Wohnraumförderung andererseits unter dem gemeinsamen Dach der ISB tatsächlich die beabsichtigten neuen Impulse für das Fördergeschäft entstehen.

Das Erfolgsrezept der ISB besteht also aus drei wesentlichen Zutaten: der Aufstellung als Förderbank des Landes, einer soliden Bilanzstruktur sowie einer innovativen Förderpolitik. Dieses Rezept lässt sich aber nur deshalb so gut umsetzen, weil wir auf unsere Partner im Land bauen können. Hier seien die Hausbanken genannt, ohne die das Fördergeschäft der ISB nicht laufen würde. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ISB gebührt unser Dank für ein erfolgreiches erstes Jahr unter dem neuen gemeinsamen Dach. Die ISB hat sich als die Förderbank des Landes einmal mehr bewährt, denn die Zusammenführung ist gelungen und neue Impulse für das Fördergeschäft sind spürbar. Auch im laufenden Jahr wird sie einen unverzichtbaren Beitrag dazu leisten, dass sich unser Land nachhaltig erfolgreich entwickeln kann.

**Eveline Lemke**

Ministerin für Wirtschaft,
Klimaschutz, Energie und Landesplanung

**Dr. Carsten Kühl**

Minister der Finanzen



Von links:
Jakob Schmid (Mitglied des Vorstandes),
Dr. Ulrich Link (Mitglied des Vorstandes) und
Ulrich Dexheimer (Sprecher des Vorstandes)

Ein gutes erstes Jahr

Am 1. Januar 2012 begann für die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) eine neue Zeitrechnung: Die Fusion der beiden Förderinstitute des Landes zur „neuen“ ISB in der Rechtsform der Anstalt des öffentlichen Rechts trat in Kraft. Seitdem werden alle Programme und Maßnahmen der Wirtschafts- und Wohnraumförderung des Landes aus einer Hand geführt und integriert gemanagt. Das Ergebnis des ersten Jahres kann sich sehen lassen: Die Bilanzsumme blieb stabil auf hohem Niveau und die Ertragslage bewegte sich im geplanten Rahmen. Wenngleich mit der Zusammenführung der beiden Institute anspruchsvolle Integrationsaufgaben zu lösen waren, konnte das operative Fördergeschäft ohne jede Friktion weitergeführt werden. Den Kunden standen die bisherigen Ansprechpartner in gewohnter Weise zur Verfügung, obwohl die Umsetzung der Fusion mit großen Herausforderungen verbunden war – ein besseres Zeugnis kann den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der ISB nicht ausgestellt werden. Deshalb steht der Dank an sie hier an erster Stelle.

Eine solide Bilanz und ein zufriedenstellendes Ergebnis

Die Bilanz für das Jahr 2012 zeigt die stabile Aufstellung und solide Geschäftspolitik der ISB. Die Bilanzsumme stieg 2012 leicht auf 10.594,5 Mio. Euro (Vorjahr 10.485,8 Mio. Euro). Es konnte ein Jahresüberschuss von 8,1 Mio. Euro (Vorjahr 1,9 Mio. Euro) erzielt werden. Auch wenn die Zahlen aufgrund der Zusammenführung nur bedingt vergleichbar sind, so lässt sich dennoch feststellen, dass die Vermögenslage unserer Bank als äußerst stabil und die Ertragslage als insgesamt zufriedenstellend zu bewerten ist.



*Erhöhte Nachfrage
im Darlehensbereich. «*

Lebhaftes Geschäft in der Wirtschaftsförderung

Im vergangenen Jahr hat die ISB insgesamt 3.521 Zusagen (Vorjahr 2.960) ausgesprochen, davon 3.422 Zusagen (Vorjahr 2.861) im Kerngeschäft der ISB, dem Bereich der Darlehen und Zuschüsse. Für diese deutliche Steigerung sorgte insbesondere die lebhaftere Nachfrage im Darlehensbereich. Über alle ISB-Darlehensprogramme hinweg wurden 2.376 Zusagen (Vorjahr 1.657) ausgesprochen. Das Mittelstandsförderungsprogramm steuerte dazu den größten Anteil bei; hier erreichte die Zahl der Zusagen einen neuen Höchststand. Das gilt auch für das damit verbundene Volumen von mehr als 360 Mio. Euro. Nach einem Rückgang im Jahr 2011 hat sich dieses klassische Darlehensprogramm also wieder deutlich erholt und konnte die gestiegene Nachfrage erfolgreich bedienen.

Bei den Kommunaldarlehen ist die Geschäftspolitik der ISB nicht expansiv, sondern auf Konsolidierung angelegt. Das Angebot konzentriert sich auf rheinland-pfälzische Kommunen, die auch im vergangenen Jahr wieder effektiv unterstützt werden konnten. Das Gesamtvolumen im Neugeschäft lag bei 1.560,1 Mio. Euro und damit leicht unter dem Vorjahr (1.724,2 Mio. Euro).

Im Bereich der Bürgschaften und Garantien setzte sich der rückläufige Trend fort, denn wie schon im Jahr 2011 sorgte die weiterhin positive Konjunkturlage dafür, dass weniger Unternehmen zusätzliche Sicherheiten für ihre Finanzierungsvorhaben benötigen. Dementsprechend lag der Bestand an Bürgschaften und Garantien Ende 2012 mit 130,7 Mio. Euro unter dem des Vorjahres (172,8 Mio. Euro).



*Das
Beteiligungsgeschäft
wächst. «*

Das Beteiligungsgeschäft der ISB gehörte auch 2012 zu den Förderbereichen, die weiter wachsen. Der eingeschlagene Kurs der ISB, den Venture-Capital-Bereich weiter auszubauen, zeigte Wirkung: Insgesamt wurden 75 Beteiligungen (Vorjahr 56) zugesagt. Erneut positiv stellte sich in diesem Zusammenhang die Nachfrage nach dem Innovationsfonds Rheinland-Pfalz dar. Hier wurden Beteiligungen für 3,2 Mio. Euro zugesagt, sodass fast genau das hohe Niveau des Vorjahres (3,3 Mio. Euro) erreicht werden konnte. Die Gesamtbilanz des Beteiligungsbereiches ist eindrucksvoll: Die Venture-Capital-Beteiligungsgesellschaften der ISB haben insgesamt 115 Unternehmen im Portfolio, hinzu kommen 165 Unternehmen, an denen die MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH beteiligt ist. Damit unterstützt dieser Förderbereich insgesamt 280 Unternehmen in Rheinland-Pfalz bei ihren Wachstums- und Innovationsplänen.

Durch innovative Existenzgründungen verbessert sich die Wirtschaftsstruktur, und anspruchsvolle Arbeitsplätze werden geschaffen. Die ISB misst eigenkapitalstärken-

den Maßnahmen, die die Substanz dieser jungen Unternehmen stärken, weiter große Bedeutung bei. Der Venture-Capital-Bereich wird deshalb auch in den nächsten Jahren weiter wachsen.

Wohnraumförderung bleibt stabil



Wohnraumförderung bewegt sich auf stabilem Niveau. «

Begleitet durch positive Rahmenbedingungen, insbesondere durch die Niedrigzinsphase, bewegt sich die Wohnraumförderung im Mehrjahresvergleich weiterhin auf einem stabilen Niveau. Die Umsetzung der Programme des Landes Rheinland-Pfalz erfolgte im Berichtsjahr in den Bereichen Wohneigentum, Modernisierung und Mietwohnungen unverändert im Treuhandgeschäft. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels wurde das Programm zur Förderung von Wohngruppen neu aufgenommen.

Insgesamt wurden im Programmjahr 2012 3.396 Wohneinheiten (Vorjahr 5.112) mit einem Volumen in Höhe von 79,4 Mio. Euro (Vorjahr 115,1 Mio. Euro) gefördert. Die Bildung und die Modernisierung von selbst genutztem Wohneigentum sind nach wie vor Schwerpunkte der Förderung. Im Programmjahr 2012 wurden der Erwerb, der Neubau und die Modernisierung von insgesamt 2.087 selbst genutzten Wohneinheiten gefördert.

Im Bereich Mietwohnungen wurden insgesamt 1.309 Wohneinheiten geschaffen und modernisiert, davon entfielen 122 Wohneinheiten mit einem Volumen in Höhe von 7,4 Mio. Euro (Vorjahr 6,3 Mio. Euro) auf den Neubau und den Erwerb von Belegungsrechten.

Ausblick 2013



Fusion erfolgreich umgesetzt. «

Die „neue“ ISB, die die Wirtschafts- und Wohnraumförderung des Landes Rheinland-Pfalz unter einem Dach bündelt, hat das erste Geschäftsjahr erfolgreich absolviert. Die Zusammenführung der vormals getrennten Förderbereiche ist gelungen, sodass die ISB ihr Fördergeschäft in gewohnt professioneller Weise weiterführen kann. Die ISB refinanziert sich in der Hauptsache bei der KfW und Landwirtschaftlichen Rentenbank und wird ihre eigenen günstigen Refinanzierungsmöglichkeiten als Anstalt des öffentlichen Rechts auch zukünftig nutzen, um jederzeit und in dem notwendigen Umfang Förderangebote für Unternehmen, Kommunen und Bürger in Rheinland-Pfalz machen zu können. Dabei denken wir in Zusammenarbeit mit der Landesregierung auch immer über neue Produkte nach, die auf die aktuellen Bedürfnisse unserer Kunden zugeschnitten sind.

So wird es in der Wohnraumförderung 2013 erste Schritte in der Umstellung der Förderung vom haushaltsintensiven Treuhandgeschäft zu haushaltsschonenden ISB-Darlehen mit Risikoabschirmung durch das Land geben. Der Start erfolgt zum 1. April mit



*2013 werden
die Programme zur
Wohnraumförderung
umgestellt. «*

den Programmen zur Wohneigentumsförderung. Im Laufe des Jahres werden Programme zur Förderung des Mietwohnungsbaus folgen. Damit wollen wir den neuen Herausforderungen auf dem Wohnungsmarkt gerecht werden.

Eine erfolgreiche Förderpolitik ist immer das Zusammenspiel von bewährten Partnern wie den Hausbanken, den Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern, den regionalen Wirtschaftsförderern und den Kreis- und Stadtverwaltungen. Ihnen und allen anderen ISB-Partnern danken wir für ein weiteres Jahr guter und vertrauensvoller Zusammenarbeit.

Ulrich Dexheimer

Sprecher des Vorstandes

Jakob Schmid

Mitglied des Vorstandes

Dr. Ulrich Link

Mitglied des Vorstandes

Organe der ISB

Die Organe der ISB sind die Trägerversammlung, der Verwaltungsrat und der Vorstand. Daneben gibt es einen Beirat, der die ISB in Förderbelangen berät.

VORSTAND

Ulrich Dexheimer

Dipl.-Volkswirt, Schwetzingen

Dr. Hans-Ulrich Link

Dipl.-Volkswirt, Emmelshausen

Jakob Schmid

Jurist, Dannenfels

VERWALTUNGSRAT

Vorsitzender

Dr. Salvatore Barbaro

Staatssekretär
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz,
Mainz

Stellvertretender Vorsitzender

Ernst-Christoph Stolper

Staatssekretär
Ministerium für Wirtschaft,
Klimaschutz, Energie und Landesplanung
des Landes Rheinland-Pfalz,
Mainz
(bis 27. Juni 2012)

Uwe Hüser

Staatssekretär
Ministerium für Wirtschaft,
Klimaschutz, Energie und Landesplanung
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
(ab 28. Juni 2012)

Mitglieder

Dr. Rüdiger Beyer

Hauptgeschäftsführer
der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz,
Ludwigshafen

Dr. Manfred Bitter

Hauptgeschäftsführer
der Handwerkskammer Trier,
Trier

Michael Ebling

Staatssekretär
Ministerium für Bildung,
Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
(bis 18. April 2012)

Jürgen Häfner

Staatssekretär
Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
(ab 3. September 2012)

Christof Henn

Arbeitsgemeinschaft
rheinland-pfälzischer Wohnungsunternehmen,
Neuwied

Anette Schürmann

Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz,
Mainz

Dr. Ralf Teepe

Ministerium für Wirtschaft,
Klimaschutz, Energie und Landesplanung
des Landes Rheinland-Pfalz,
Mainz

Jochen Armbrust

Personalrat ISB
(bis 26. April 2012)

Marion Zeller

Personalrat ISB
(ab 4. Mai 2012)

BEIRAT

Vorsitzender

Dr. Carsten Kühl

Staatsminister
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz

Mitglieder

Alexander Baden

Hauptgeschäftsführer
der Handwerkskammer Koblenz

Ralf Wilhelm Barkey

Vorstandsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen
Genossenschaftsverbandes (RWGV) e.V., Münster
(ab 1. Oktober 2012)

Dagmar Barzen

Präsidentin der Aufsichts- und
Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz, Trier

Ernst Beucher

Geschäftsführender Direktor
des Landkreistages Rheinland-Pfalz

Heinz-Joachim Höfer

Stadtbürgermeister der
Kreisstadt Altenkirchen
und Bürgermeister der
Verbandsgemeinde Altenkirchen
(bis 12. November 2012)

Heinz Höning

Vorsitzender des Bankenverbandes Rheinland-Pfalz,
Mainz
(bis 21. Mai 2012)

Uwe Hüser

Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion
Nord, Koblenz
(bis 30. Juni 2012)

Uwe Klemens

Landesbezirksleiter Rheinland-Pfalz ver.di, Mainz

Julia Klöckner

MdL, Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

Daniel Köbler

MdL, Vorsitzender der Landtagsfraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bernd Köhncke

Vorsitzender des Bankenverbandes Rheinland-Pfalz,
Mainz
(ab 22. Mai 2012)

Beate Läsch-Weber

Präsidentin des Sparkassenverbandes
Rheinland-Pfalz, Budenheim

Dr. Eva Lohse

Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen

Heribert Metternich

Vizepräsident der Landwirtschaftskammer
Rheinland-Pfalz, Bad Kreuznach

Winfried Ott

Geschäftsführer der TBS gGmbH Rheinland-Pfalz,
Mainz

Richard Patzke

Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handels-
kammer für Rheinhessen, Mainz

Hans Pfeifer

Vorstandsvorsitzender des Rheinisch-Westfälischen
Genossenschaftsverbandes (RWGV) e.V., Münster
(bis 30. September 2012)

Frank Puchtler

MdL, SPD-Landtagsfraktion

Dr. Hanno Scherer

Hauptgeschäftsführer des Landesverbandes
Einzelhandel Rheinland-Pfalz e.V., Mainz

Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz

Präsident der Struktur- und Genehmigungsdirektion
Süd, Neustadt
(ab 1. Juli 2012)

Werner Simon

Hauptgeschäftsführer der Landesvereinigung
Unternehmerverbände Rheinland-Pfalz e.V., Mainz

Ralph Spiegler

Vorsitzender des Gemeinde- und Städtebundes
Rheinland-Pfalz e.V., Mainz
(ab 13. November 2012)

Edgar Wilk

Präsident der Steuerberaterkammer Rheinland-Pfalz
und des Landesverbandes der Freien Berufe
Rheinland-Pfalz e.V., Mainz

Patrick Mutschke

Personalrat ISB
(ab 4. Mai 2012)

Uwe Schmitt

Personalrat ISB
(ab 4. Mai 2012)



Traditionshandwerk mit modernster Technik: Neben Druckdienstleistungen übernimmt Görres auch die Weiterverarbeitung, wie hier mit einer Falzmaschine.

Gemeinsam mehr erreichen

Die Görres-Druckerei blickt auf eine lange Tradition zurück: Seit 1894 ist die Druckerei erfolgreich in der Region Koblenz tätig. Seit zwei Jahren hat sie durch die Übernahme des Printbereichs der Raiffeisendruckerei in Neuwied ihren Firmensitz im Neuwieder Stadtteil Segendorf. Im Jahr 2012 hat das Unternehmen ein neues Kapitel in seiner Geschichte aufgeschlagen: Mithilfe des Förderprogramms FondsRLPplus der ISB gelang es, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Unternehmenserfolg zu beteiligen.

Soziale Verantwortung und wirtschaftlicher Erfolg sind zwei wichtige Bausteine unserer Unternehmensphilosophie“, sagt Arnd Spitzlei, der gemeinsam mit seinem Sohn, Marc Spitzlei, die Geschäftsführung der Görres-Druckerei bildet. Seit der Zusammenlegung der beiden Druckhäuser sind nunmehr 113 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für das komplette Dienstleistungspaket von der Druck-

vorstufe über das Drucken, Stanzen, Falzen bis hin zum Verpacken und Konfektionieren verantwortlich. Im hauseigenen Fotostudio rückt die Tochter von Arnd Spitzlei, Angela Nachtsheim, Personen und Produkte ins rechte Licht und Bild.

„Unser Ziel war es, uns zu vergrößern und neue Geschäftsfelder zu erschließen“, berichtet Arnd Spitzlei.



Soziale Verantwortung und wirtschaftlicher Erfolg sind zwei wichtige Bausteine unserer Unternehmensphilosophie. «

ARND SPITZLEI,

GESCHÄFTSFÜHRENDER GESELLSCHAFTER



Die Geschäftsführenden Gesellschafter Arnd (l.) und Marc Spitzlei zeigen Vanessa Möbus, ISB, ihre Druckerei.



Mensch und Maschine Hand in Hand: Gedruckt und weiterverarbeitet verlassen Flyer, Broschüren oder Magazine den Fertigungsprozess.

„Wir hatten bis dato vorwiegend Kunden aus dem freien Markt, darunter viele Werbeagenturen und Marketingabteilungen von Unternehmen. Nun zählt, ganz in der Tradition von Wilhelm Raiffeisen, ein großer Teil genossenschaftlicher Unternehmen zum

Kundenstamm.“ Nach der Zusammenlegung mit dem Printbereich der Raiffeisendruckerei beschloss die Görres-Druckerei, selbst Mitglied im Deutschen Genossenschafts- und Raiffeisenverband e. V. (DGRV) zu werden. Den Werten dieser genossenschaftlichen Familie wie Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Demokratie fühlt sich Spitzlei aus Überzeugung verbunden. Der Gedanke der Teilhabe ist in der Görres-Druckerei bereits praktisch umgesetzt – in Form des Mitarbeiterbeteiligungsprogramms FondsRLPplus der ISB, durch das die Görres-Druckerei zusätzliche Liquidität in Höhe von 315.000 Euro erhielt.

Kern des Programms ist ein Fonds, der bei der ISB aufgelegt wird. Die Arbeitnehmer stellen ihrem Unternehmen Kapital in Höhe von 40 Prozent der Gesamtbeteiligungssumme zur Verfügung. Im Gegenzug erhalten sie eine jährliche finanzielle Ausschüttung von ihrem Unternehmen. Für das von den Arbeitnehmern eingesetzte Kapital übernimmt die ISB Ausfallgarantien. Die übrigen 60 Prozent der Gesamtbeteiligungssumme werden aus dem Beteiligungsfonds der ISB finanziert. „Modelle der Mitarbeiterbeteiligung sind ein wirkungsvolles Instrument, die Beschäftigten am Erfolg des Unternehmens teilhaben zu lassen, die Identifikation mit den Zielen des Unternehmens zu fördern und gleichzeitig das Eigenkapital des Unternehmens zu erhöhen“, erklärt Gisbert Renkel, Leiter der Abteilung Kreditfinanzierung. →



Das neue Flaggschiff der Görres-Druckerei:
die Acht-Farb-Druckmaschine //
Unten: Automatische Befüllung des
Farbkastens durch eine Farbkartusche



„Ich bin schon immer ein Verfechter der Idee gewesen, dass Mitarbeiter an das Unternehmen gebunden werden, denn sie sind das wichtigste Kapital“, erklärt Arnd Spitzlei. Das übergreifende Prinzip „Gemeinsam mehr erreichen“ ist für den Geschäftsführer einer der wichtigsten Faktoren für den Unternehmenserfolg. Die Bilanz von Unternehmer Spitzlei nach einem Jahr Laufzeit fällt positiv aus: „Insgesamt 63 unserer Mitarbeiter haben sich beteiligt“, betont Arnd Spitzlei. „Und wir konnten investieren, um uns zukunftsfähig aufzustellen.“

In puncto technische Ausstattung stehen bei der Görres-Druckerei die Zeichen bereits auf Zukunft: Insgesamt 3,2 Mio. Euro hat das Unternehmen im vergangenen Jahr vor allem in eine energieeffiziente sowie hochleistungsfähige Acht-Farb-Druckmaschine und eine Flachbettstanze investiert, um damit neue Maßstäbe in Sachen Druckqualität und Effizienz zu

setzen. Die neue Druckmaschine bietet eine gestiegene Laufleistung, kann Vorder- und Rückseite gleichzeitig bedrucken und hat wesentlich kürzere Rüstzeiten. Insgesamt sind bei der Görres-Druckerei vier Druckmaschinen und vier Stanzautomaten im Einsatz. Ein wichtiger Punkt für die Görres-Druckerei ist der Gedanke der Nachhaltigkeit und Umweltorientierung, der seit Jahren in alle Arbeitsprozesse integriert ist – angefangen bei der chemiefreien Druckplatte über alkoholreduzierte Chemikalien bis hin zu öko-zertifiziertem Papier. „Wir drucken grün“ – das ist bei der Görres-Druckerei keine Floskel; das Unternehmen wurde gleich dreifach zertifiziert, darunter mit FSC, PEFC und dem Zertifikat „Klimaneutrales Drucken“. Als Ausblick formuliert der gelernte Drucker Spitzlei das Ziel: „Nach dem großen Umzug und den Investitionen wollen wir nun etwas Ruhe in unser Unternehmen bringen, um weiter mit Leidenschaft und Hochdruck unser Kerngeschäft zu betreiben.“ ■



Seit über 90 Jahren bietet die WBG bezahlbaren Mietwohnraum in Neustadt.

Bezahlbar und energieeffizient

Steigende Energiepreise belasten viele Haushalte in Rheinland-Pfalz. Längst haben sich die Nebenkosten zu einer Art „zweiten Miete“ entwickelt. Die WBG Wohnungsbaugesellschaft Neustadt an der Weinstraße mbH hat sich das Ziel gesetzt, energetisch sanierte und barrierefreie Wohnungen anzubieten, die gleichzeitig bezahlbar bleiben. Mithilfe des Modernisierungsprogramms des Landes Rheinland-Pfalz hat die ISB die WBG Neustadt dabei unterstützt.

Seit 1919 stellt die WBG den Einwohnern Neustadts bezahlbare Mietwohnungen zur Verfügung. Als größter Anbieter von Wohnraum vor Ort besitzt das Unternehmen 2.150 Wohnungen in Neustadt und der Umgebung. „Wir sehen uns in einer besonderen Verantwortung sowohl für die Menschen als auch für die Entwicklung der Stadt“, betont Diet-

mar Kurz, Geschäftsführer der WBG. Jedes Jahr investiere das Unternehmen daher in die Modernisierung und Sanierung des Wohnungsbestandes. Seniorengerechte bodengleiche Duschen, der Einbau von Aufzügen oder Wärmedämmung – die Baumaßnahmen unterscheiden sich je nach Beschaffenheit des Wohnobjekts. →



Michael Back, Leiter des Bereichs Wohnraumförderung Markt der ISB (links), und Dietmar Kurz, Geschäftsführer der WBG Neustadt.

Mit 1.360 Wohnungen befindet sich ein Großteil des Wohnungsbestandes der WBG in Branchweiler, einem Stadtteil von Neustadt. Schon ab vier Euro Kaltmiete pro Quadratmeter können Wohnungen mit einfacher Ausstattung bei der WBG Neustadt angemietet werden. Die Wohnungen zeichnen sich jedoch durch mehr als nur den günstigen Mietpreis aus. „Unsere Wohnungen sind nicht nur bezahlbar, sondern auch energieeffizient“, sagt Kurz. Mit den Sanierungsvorhaben stoße das Unternehmen bei seinen Mietern stets auf eine positive Resonanz.

Im Jahr 2012 profitierten die rund 50 Bewohnerinnen und Bewohner der meist mietpreisgebundenen Wohnungen des Gebäudes an der Kreuzung Spitalbachstraße und Adolf-Kolping-Straße in Branchweiler von den Sanierungen. Nach der umfangreichen Wärmedämmung der Fassade, der obersten Geschossdecke und der Kellerdecke wurden die Stahlbeton-Balkone abgetrennt und durch Vorstellbalkone, die statisch eigenständig auf Stützen stehen und durch spezielle Ankersysteme mit dem Gebäude verbunden sind, ersetzt. Auf diese Weise wurden Wärmebrücken – also Bereiche, an denen die Wärme deutlich schneller nach außen abfließt – geschlossen. „Die Heizenergiekosten können je nach Objekt und Nutzverhalten der Mieter durch die Maßnahmen um etwa 40 Prozent verringert werden“, erklärt Kurz.

Neben der energetischen Sanierung wurden weitere Maßnahmen zur Verbesserung der allgemeinen Wohnverhältnisse umgesetzt. Beispielsweise wurde der Eingangsbereich des im Jahr 1961 im Stil eines typischen Nachkriegsbaus errichteten Wohngebäudes durch einen geschlossenen Vorraum erweitert. Mit dem Ausbau wurde Platz für Kinderwagen und vor allem Rollatoren geschaffen. Somit wurde insbesondere auf die Bedürfnisse von Mietern eingegangen, die zum Teil schon seit dem Erstbezug in den Wohnungen leben und mittlerweile ins Seniorenalter gekommen sind. „Das Durchschnittsalter unserer Mieter liegt schon heute bei 55 Jahren“, sagt Kurz. „Mit solchen Umbaumaßnahmen reagieren wir auch auf die Herausforderungen des demografischen Wandels.“

Mit dem Modernisierungsprogramm des Landes Rheinland-Pfalz fördert die ISB barrierefreie Maßnahmen und energetische Sanierungsvorhaben. Eigentü-



Wir sehen uns in einer besonderen Verantwortung sowohl für die Menschen als auch für die Entwicklung der Stadt. «

DIETMAR KURZ, GESCHÄFTSFÜHRER WBG

mer von Mietwohnungen, deren Mieter über ein geringes oder mittleres Einkommen verfügen, können hierbei ein Darlehen beantragen. „Als Förderinstitut des Landes Rheinland-Pfalz ist es unsere Aufgabe, kosteneffiziente, ressourcenschonende und barrierefreie Arten des Wohnens zu ermöglichen“, so Michael Back, Bereichsleiter Wohnraumförderung Markt der ISB. „Gerne haben wir daher die WBG unterstützt. Mit

den Baumaßnahmen trägt sie dazu bei, dass in Neustadt auch Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen von verringerten Energiekosten profitieren. Denn gerade diese treffen die hohen Nebenkosten oft besonders schwer.“ Die Investitionskosten beliefen sich auf rund 926.000 Euro, wovon zwei Drittel über das Darlehen der ISB finanziert wurden.

Für die nachhaltigen Sanierungsarbeiten an Wohngebäuden erhielt die WBG Neustadt bereits mehrere Auszeichnungen, wie den Umweltpreis des Landes Rheinland-Pfalz. Auch in den kommenden Jahren will das Unternehmen in Modernisierungs- und Sanierungsmaßnahmen investieren und so weiter zur Entwicklung Neustadts und des Stadtteils Branchweiler beitragen. ■

Energieeffizientes und barrierearmes Wohnen: Die neuen Vorstellbalkone helfen den Mietern, Heizkosten zu sparen. Ein ausgebauter Eingangsbereich sorgt für mehr Abstellfläche und über die neue Rollstuhlhebepöhlle wird der Zugang zur Wohnung erleichtert.



A



In der Rhein-Mosel-Fachklinik in Andernach finden psychisch erkrankte Menschen Hilfe. Vielfältige Behandlungs- und Betreuungseinrichtungen wie der neu errichtete Wohnpark Cochem-Braucheck zielen ganz auf die Belange der Patienten und Bewohner ab.

Hilfen zur Unabhängigkeit

Die Rhein-Mosel-Fachklinik in Andernach unterhält mehrere ambulante, teilstationäre und stationäre Behandlungseinrichtungen für psychisch erkrankte Menschen, unter anderem den neuen Wohnpark Cochem-Braucheck. Er steht für Eigenständigkeit, Unterstützung und Eingliederung seiner Bewohner. Mit einem Darlehen der ISB wurde dieses Zuhause in kurzer Zeit geschaffen.

Für Koblenz und die umliegenden Landkreise Mayen-Koblenz, Cochem-Zell und den Westerwaldkreis ist die Rhein-Mosel-Fachklinik in Andernach eine wichtige Anlaufstelle für Menschen, die professionelle psychiatrische Hilfe benötigen. Sie verfügt über mehr als 1.000 Betten und verzeichnet pro Jahr etwa 6.000 Aufnahmen akut oder chronisch psychisch kranker Menschen in ihren Einrichtungen, zu denen auch die Klinik in Weißenthurm, die Tageskliniken in Mayen, Cochem und Koblenz sowie meh-

rere Wohnheime und Tagesstätten zählen. Rund 1.400 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind für die Belange der Patienten und Bewohner verantwortlich. Träger der Rhein-Mosel-Fachklinik ist das Landeskrankenhaus Andernach.

Der im November 2012 neu eröffnete Wohnpark Cochem-Braucheck gehört zu den Betreuungsangeboten der Rhein-Mosel-Fachklinik. Hier entstand mit 1.400 Quadratmetern eine großzügig angelegte Wohnan-

lage für bis zu 24 chronisch psychisch kranke Menschen, die langfristig Unterstützung benötigen. „Unser Ziel ist es, die Bewohnerinnen und Bewohner so zu fördern und zu begleiten, dass sie möglichst eigenständig leben können“, erklärt Dr. Gerald Gaß, Geschäftsführer des Landeskrankenhauses.

In Wohngruppen oder eigenen Wohnungen wird der Tagesablauf durch fest definierte Zeiten und regelmäßig wiederkehrende Abläufe therapeutisch gestaltet. „Ein Maximum an Lebensqualität sollen die Bewohner durch Eigenständigkeit und Unabhängigkeit in allen Lebensbereichen erfahren“, so der Geschäftsführer. Daher gehören auch hauswirtschaftliche Arbeiten wie Kochen, Einkaufen und Waschen sowie Behördengänge zu den Tätigkeiten, die erlernt werden. Neben verschiedenen Therapieformen wie Ergotherapie stehen den Bewohnern Freizeit- und Sportangebote zur Verfügung.

Auch regelmäßige Beschäftigung außerhalb der Einrichtung gehört zum Programm. Hierfür arbeitet der Wohnpark Cochem-Brauheck eng mit der Tagesstätte für psychisch kranke Menschen der Stiftung Bethesda-St.-Martin und den Caritas-Werkstätten in Cochem zusammen. „Insgesamt erleben sich die Bewohner vor allem durch die Gruppenaktivitäten als wichtigen Teil einer Gemeinschaft“, so Gaß.



Eigenständigkeit und Unabhängigkeit der Bewohner sind unsere wichtigsten Ziele. «

DR. GERALD GASS,

GESCHÄFTSFÜHRER DES LANDESKRANKENHAUSES

Dass das Landeskrankenhaus und die Rhein-Mosel-Fachklinik mit Angeboten wie dem Wohnpark Cochem-Brauheck eine wichtige gesellschaftliche Funktion erfüllen, ist auch für die ISB ein Grund, sich hier besonders zu engagieren. So unterstützte sie die Umsetzung des Projektes mit einem zinsgünstigen Tilgungsdarlehen in Höhe von einer Million Euro, das sie dem Träger des Wohnparks für dessen Errichtung zur Verfügung stellte.

„Das Landeskrankenhaus in Andernach sichert die medizinische Versorgung psychisch erkrankter Menschen. Dazu gehören auch die wohnortnahen Ein- →



Blick ins Grüne: Der großzügig angelegte Wohnpark gibt bis zu 24 chronisch psychisch kranken Menschen ein Zuhause. In Wohngruppen leben die Bewohner hier so selbstbestimmt wie möglich.



Oben: Hell und freundlich sind Gruppenräume und Bewohnerzimmer eingerichtet. // Rechts: Thomas Müller, Leiter des Wohnparks, zeigt Almut Schultheiß-Lehn, Leiterin Kommunalfinanzierung der ISB, die Anlage.

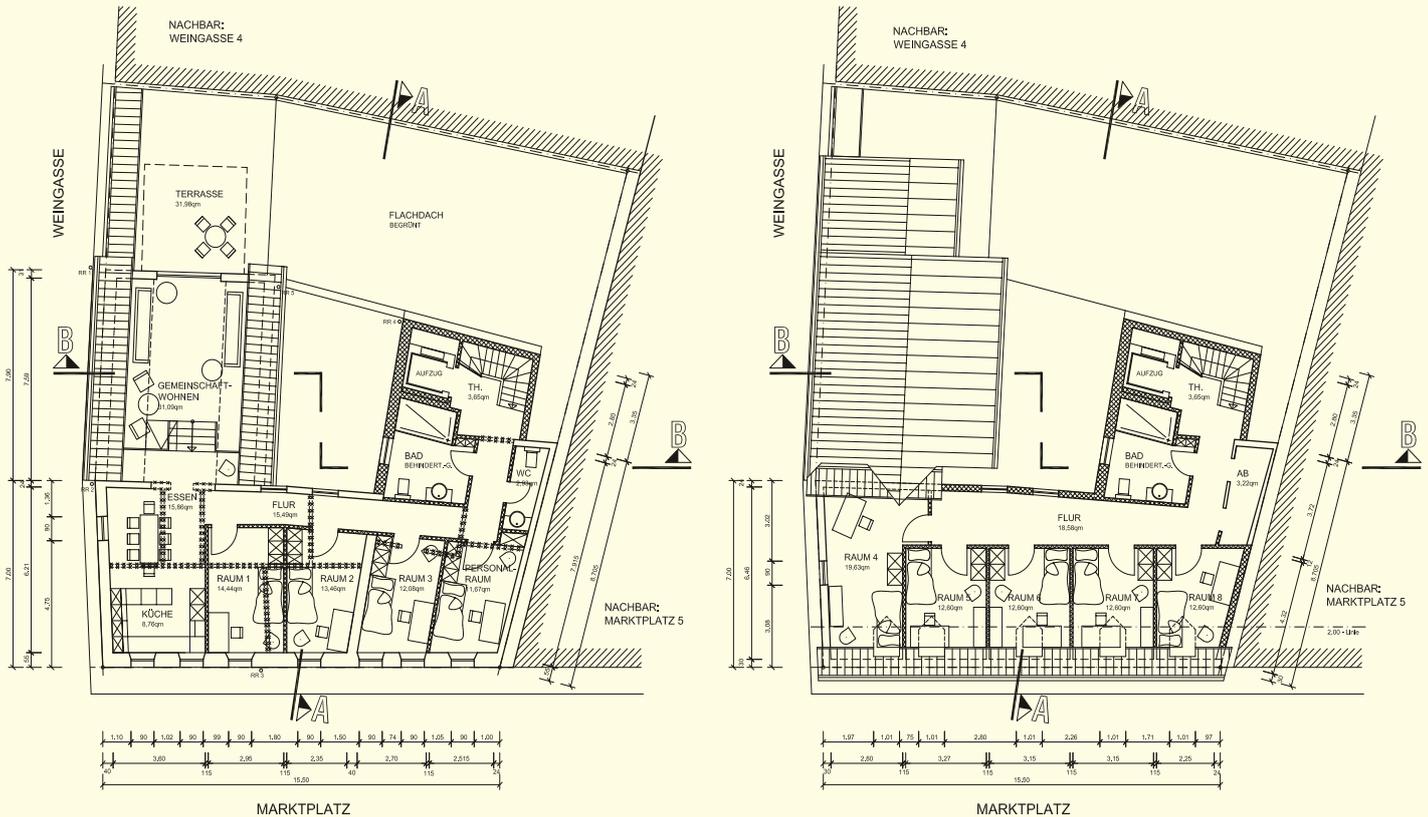


richtungen“, sagt Almut Schultheiß-Lehn, Leiterin Kommunalfinanzierung der ISB. Der Wohnpark in Cochem-Brauheck sei dafür ein gutes Beispiel. „Bei Projekten dieser Art ist es uns ein großes Anliegen, möglichst schnell und unbürokratisch Unterstützung zu leisten. Solche Angebote gewährleisten, dass hilfebedürftige Menschen soweit wie möglich in das gesellschaftliche Leben integriert werden“, so Schultheiß-Lehn. Die gesamten Investitionskosten für das Projekt beliefen sich auf etwa 3,5 Mio. Euro. Das Darlehen wird nun über einen Zeitraum von fünf Jahren getilgt.

Die psychiatrischen Einrichtungen des Landeskrankenhauses sind nach dem Prinzip der „gemeindenahen Psychiatrie“ aufgebaut. „Die Hilfe soll dort stattfinden, wo die Menschen wohnen. Es soll niemand aus seiner gewohnten Umgebung herausgerissen werden“, so Gaß. „Heimatnahe Versorgung ist für uns ein wichtiger Anspruch. Deswegen sind

wir mit einem Netzwerk aus Tageskliniken, Wohnheimen und ambulanten Angeboten in unserem Versorgungsgebiet an mehreren Standorten vertreten.“

Doch nicht nur die Patienten und Bewohner sind dem Landeskrankenhaus ein wichtiges Anliegen, sondern auch seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Als moderner Arbeitgeber im Gesundheitswesen hat das Unternehmen den Anspruch, seine Angestellten so weit wie möglich zu unterstützen. So widmet sich die Einrichtung mit Angeboten wie einem „Gesundheitstag“ mit Check-ups und Informationen sowie Sportangeboten und ergonomischer Arbeitsplatzgestaltung aktiv der Gesundheitsförderung ihrer Mitarbeiter. Außerdem werden behinderten- und altersgerechte Arbeitsplätze zur Verfügung gestellt und die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert. „Eine Personalpolitik, die sich an den Bedürfnissen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter orientiert, ist uns ein großes Anliegen“, sagt Gaß. ■



1,3 Millionen Menschen in Deutschland leiden an Demenz. Mit Wohngruppen wie im rheinhessischen Gau-Algesheim entstehen Angebote, die speziell auf deren Bedürfnisse zugeschnitten sind: zum Beispiel mit breiten Türen, sicheren Bädern, Aufzug und barrierefreier Küche.

Selbstbestimmt wohnen

Eine demenzielle Erkrankung erschwert die eigenständige Bewältigung des Alltags.

Wohngruppen stellen eine Alternative zum Pflegeheim dar: Sie ermöglichen Erkrankten ein selbstständiges und gemeinschaftliches Leben trotz Demenz. Das Land Rheinland-Pfalz fördert solche Wohnformen mit einem zinsgünstigen Darlehen über die ISB.

Rund eine Million Menschen in Rheinland-Pfalz sind über 60 Jahre alt – das sind mehr als ein Viertel der Gesamtbevölkerung. Eine Quote, die in den kommenden Jahren weiter steigen wird. Mit dem Älterwerden treten Krankheiten wie etwa Demenz häufiger auf. Die Demenzerkrankung erschwert die Alltagsbewältigung und das selbstständige Wohnen. Mit fortschreitender Krankheit sind

Betroffene zunehmend auf eine Rundumbetreuung angewiesen: Der oftmals letzte Ausweg ist deshalb ein Platz in einem Pflegeheim. Neue Formen des Wohnens stellen eine Alternative hierzu dar. Das Land Rheinland-Pfalz fördert deshalb Wohngruppen für Menschen mit Pflegebedarf, volljährige Menschen mit Behinderung und pflegebedürftige volljährige Menschen mit Unterstützungsbedarf. →



Pläne für barrierefreies Wohnen: Monika Becker, Kundenbetreuerin Wohnraumförderung der ISB, mit Bauherr Gerd Holzportz auf der Baustelle. Hier entsteht auf 280 Quadratmetern großzügiger Wohnraum.

So auch ein Projekt für Menschen mit demenzieller Erkrankung im rheinhessischen Gau-Algesheim. In einem um 1900 errichteten Gebäude entsteht auf 280 Quadratmetern im Obergeschoss und im Dachgeschoss eine Wohnung mit acht Wohnplätzen. Im Zuge der Baumaßnahmen wird der hintere Teil des Gebäudes abgerissen, um Platz für einen Aufzug und ein großzügiges Treppenhaus zu schaffen. „Alle Maßnahmen werden dabei auf die Bedürfnisse der künftigen Bewohner zugeschnitten“, betont Bauherr Gerd Holzportz. Die Wohnung werde mit barrierefreien Bädern, breiten Türen und auch einer barrierefreien Küche ausgestattet. Sogar über eine Terrasse mit Loggia und einen Dachgarten wird die Wohnung verfügen.

„Schon heute leiden rund 1,3 Millionen Menschen in Deutschland an Demenz“, so Holzportz. „Die Zahl der Demenzkranken wird sich bis 2050 verdoppeln. Umso wichtiger ist es, diesen Menschen selbstbestimmte, barrierefreie und bezahlbare Formen des Wohnens zu ermöglichen.“ Dabei waren die Bauherren Gerd Holzportz und Barbara Thiel ursprünglich nur auf der Suche nach rentablen Anlageformen für die eigene Altersvorsorge, als sie auf das Konzept der Wohngruppe stießen. Dieses Konzept überzeugte sie so sehr, dass sie nicht nur aus wirtschaftlichen Interessen in eine Immobilie investierten, sondern zugleich Menschen mit demenzieller Erkrankung mithilfe einer Wohngruppe ein eigenständigeres Leben ermöglichen wollten.



Durch das Leben in der Wohngruppe bleibt den Bewohnern ein Großteil ihrer Selbstbestimmtheit erhalten. «

GERD HOLZPORTZ, BAUHERR

Das reibungslose Zusammenleben in der Wohngruppe wird durch die Präsenzkraft eines Pflegedienstes garantiert, die den Bewohnern 24 Stunden am Tag zur Verfügung steht. Sie übernimmt dabei jedoch keine pflegerischen Aufgaben, sondern gilt als Ansprechpartner für alle organisatorischen Belange der Bewohner. Eine Hauswirtschaftskraft übernimmt die Hausarbeit, während jeder Bewohner seine eigentliche Pflegekraft selbst wählen darf. „Die Bewohner können selbst entscheiden, inwieweit sie

sich in der Wohngemeinschaft, etwa beim Kochen oder bei Gesellschaftsspielen, einbringen“, erklärt Holzportz.

Das Objekt befindet sich in unmittelbarer Nähe zu den Kirchengemeinden, Vereinen sowie dem Marktplatz Gau-Algesheims. „Durch das Leben in der Wohngruppe bleibt den Bewohnern ein Großteil ihrer Selbstbestimmtheit erhalten, und sie haben die Möglichkeit, am Gemeindeleben teilzuhaben“, betont Holzportz. Voraussetzung für einen Platz in der Wohngruppe sei ein Wohnberechtigungsschein.

Mit den Bauarbeiten wird in Kürze begonnen. Die ISB unterstützt das Projekt mit dem Programm „Förderung von Wohngruppen“ des Landes Rheinland-Pfalz. Das Programm richtet sich an Investoren, die Mietwohnungen für Wohngruppen preisgünstig zur Verfügung stellen. „Bei dem Objekt in Gau-Algesheim handelt es sich um eines der ersten Wohn-

gruppenprojekte, die wir bislang gefördert haben“, erklärt Alexandra Wüst, Kundenbetreuerin Wohnraumförderung der ISB. „Das Darlehen setzt sich zusammen aus einem Grunddarlehen und aus Zusatzdarlehen, unter anderem für den Teilabriss des Gebäudes und die Installation des Aufzugs.“ Die Investitionskosten für den Umbau belaufen sich auf etwa eine halbe Million Euro, wovon rund 277.000 Euro über das Darlehen der ISB finanziert werden.

„Wohngruppenprojekte dieser Art sind ja doch recht neu. Wir wussten nicht genau, was es bei einem solchen Projekt alles zu beachten gilt. Die frühe Kontaktaufnahme mit der ISB war sehr von Vorteil. In intensiven Beratungsgesprächen wurde uns bei der Beantwortung unserer Fragen geholfen“, sagt Holzportz. Die ersten Bewohner werden voraussichtlich 2014 einziehen. „Es ist ein Pilotprojekt und ich hoffe, dass es noch viele Nachahmer finden wird“, so Holzportz. ■



Wohnen in Gau-Algesheim: Mitten im Kern des kleinen rheinhessischen Ortes finden ab 2014 acht demenzkranke Menschen ein neues Zuhause.



Platz für Wachstum am neuen Standort: 1,1 Mio. Euro investierte Hoffmann in den Umbau einer ehemaligen Lagerhalle zur modernen Betriebsstätte einer Großwäscherei.

Kurs auf Wachstum

Veränderung in der vierten Generation: Nach Übernahme des elterlichen Unternehmens durch die Tochter Janina Hoffmann hat die 1945 gegründete Großwäscherei Hörner ihren Betrieb vom alten Ortskern von Rödersheim im Rhein-Pfalz-Kreis in das Gewerbegebiet im pfälzischen Fußgönheim verlagert und firmiert künftig unter Textilpflege Hoffmann. Rund 5,2 Mio. Euro hat Hoffmann in den Kauf, Umbau und die Ausstattung einer ehemaligen Lagerhalle sowie in modernste Wäschereitechnik investiert. Realisiert wurde die Finanzierung durch eine Bürgschaft der ISB.

Den wachsenden Auftragsbestand konnten wir nicht mehr bewältigen“, berichtet die gelernte Betriebswirtin Hoffmann. „Unsere Möglichkeiten waren ausgeschöpft, angefangen von knappen räumlichen Kapazitäten über schmale Zufahrtswege bis hin zu einer schlechten Anbindung an die Autobahn.“ Aufgrund der historisch gewachsenen Bebauungsstruktur war eine Erweiterung am Stand-

ort im Ortskern von Rödersheim nicht möglich. Zudem durfte aus Rücksicht auf die Anwohner nur ein Zwei-Schicht-Betrieb von 6 bis 22 Uhr gefahren werden. Gemeinsam mit ihren Eltern hat Hoffmann lange nach einem passenden Objekt Ausschau gehalten, das ausreichend Platz und Flexibilität bietet. Schließlich fiel im Dezember 2012 die Wahl auf eine Bestandsimmobilie im sieben Kilometer entfernten



Damit wir den stetig wachsenden Auftragsbestand bewältigen und Neukunden annehmen können, haben wir zusätzlich rund 1,5 Millionen Euro in neue Maschinen, darunter eine besonders energieeffiziente Waschstraße investiert. «

JANINA HOFFMANN,

GESCHÄFTSFÜHRENDE GESELLSCHAFTERIN



Fußgönheim. „Bei dem Objekt handelte es sich um eine leerstehende Lagerhalle. Deren Größe und Lage im Gewerbegebiet in direkter Nähe zu mehreren Autobahnanschlüssen ist geradezu ideal für uns“, fasst Hoffmann rückblickend zusammen.

Im Februar dieses Jahres wurde mit den aufwändigen Umbaumaßnahmen begonnen. Rund 1,1 Mio. Euro investierte Hoffmann allein in den Umbau der Lagerhalle zu einer auf die spezifischen Bedürfnisse der professionellen Textilreinigung zugeschnittenen Produktionshalle. „Damit wir den stetig wachsenden Auftragsbestand bewältigen und Neukunden annehmen können, haben wir zusätzlich rund 1,5 Mio. Euro in neue Maschinen, darunter eine besonders energieeffiziente Waschstraße investiert“, so Hoffmann. Insgesamt zwei Waschstraßen sorgen künftig für ein deutliches Plus an Kapazität, wobei die neue Maschine mit einem Volumen von 50 Kilogramm pro Wäschekammer punktet. Das mittelständische Familienunternehmen, das vorwiegend Betriebe der Hotellerie und Gastronomie sowie Krankenhäuser und Altenheime zu seinen Kunden zählt, kann damit seine Auslastung erheblich steigern: „Momentan schaffen wir zwischen 20 und 25 Tonnen Wäsche pro Tag, im neuen Betrieb werden es täglich 40 Tonnen sein“, sagt Hoffmann, die bereits als Jugendliche die Arbeitsabläufe in der Großwäscherei ihrer Eltern kennengelernt hat. Dank der Lage im Gewerbegebiet ist zudem ein Drei-Schicht-Betrieb an sieben Tagen in der Woche möglich.

Auf dem Weg zum neuen Standort stand die ISB mit einer Bürgschaft an der Seite von Hoffmann. Die



Ein Traditionsbetrieb in vierter Generation: Die Betriebswirtin Janina Hoffman (links) führt das 1945 gegründete Familienunternehmen in die Zukunft.



Deutliches Plus an Kapazität: Täglich bis zu 40 Tonnen Flach-, Trocken- und Berufswäsche kann der Meisterbetrieb Hoffmann am neuen Standort bearbeiten.



Der Trend geht in Richtung Wäscheleasing, bei der wir die komplette Wäscheversorgung bis zum Einräumen in den Schrank übernehmen. «

JANINA HOFFMANN,

GESCHÄFTSFÜHRENDE GESELLSCHAFTERIN

Bürgschaftsvergabe ermöglichte der Betriebswirtin den Zugang zu einem zinsgünstigen Kredit. „Wir sind froh, dass die Sparkasse Rhein-Haardt den Kontakt zur ISB hergestellt hat“, erklärt Hoffmann. Die ISB sicherte mit einer 80-prozentigen Bürgschaft den Kredit der Hausbank in Höhe von zwei Millionen Euro für den Erwerb des neuen Anwesens ab. „Das Unternehmen Textilpflege Hoffmann ist ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Entwicklung eines klassischen Mittelständlers, den wir bei seiner zukunftsorientierten Ausrichtung gerne unterstützen“, betont Sibylle Schwalie, Bereichsleiterin Landes-/ISB-Bürgschaften Markt, Regionalförderung.

Die 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Wäscherei sind dem Unternehmen auch in Fußgönheim erhalten geblieben. „Die Freude auf unsere größere Betriebsstätte war schon im Vorfeld deutlich spürbar“, sagt Hoffmann. Ein Teil der Belegschaft hatte bereits einen kleinen Ausflug mit dem Fahrrad an den neuen Standort unternommen, um die Gegebenheiten vor Ort zu erkunden.

Im Juni schließlich startete der aufwändige Umzug, an zwei Wochenenden wurden zunächst die Altmaschinen in der neuen Produktionshalle aufgebaut. Seit Juli ist nun der gesamte Betrieb erfolgreich verlagert. Neben verbesserten Produktionsbedingungen gibt es dort auch einen großzügigen Aufenthaltsraum. „Wir haben hier insgesamt eine viel bessere optische Präsenz, auch das ist ein ganz wichtiger Faktor im Wettbewerb“, freut sich Hoffmann über die Vorzüge des neuen Standorts. ■



ISB vor Ort



2



3

Impressionen 2012

Ihr Wissen und ihre Erfahrung gibt die ISB gern an Interessierte weiter. Auf zahlreichen Fachveranstaltungen informierten die Beraterinnen und Berater über unternehmensnahe Themen. Mit Wettbewerben wie „SUCCESS“ und „Pioniergeist“ prämierte die Förderbank zudem erfolgreiche Gründungskonzepte, innovative Ideen und unternehmerisches Engagement. Ebenfalls wurden 2012 mehrere Förderzusagen im Bereich Wohnungsbau überreicht. ■

1 Zahlreiche interessierte Gäste bei der Veranstaltung „Familienunternehmen“ in Speyer. **2** Wirtschaftsministerin Eveline Lemke spricht über die Entwicklungen in Rheinland-Pfalz. **3** Prof. Wolfgang Wiegard bei der Veranstaltung „Genossenschaften als Stabilitätsanker in Rheinland-Pfalz“. **4** Erfolgreiche Veranstaltungsreihe: „Nach mir die Sintflut – Unternehmensnachfolge“ in Altenkirchen. **5** Innovative Ideen zeichnete der Technologiewettbewerb „SUCCESS 2012“ in Mainz aus. **6** Wirtschaftsjournalist Frank Lehmann bei der Veranstaltung „Familienunternehmen“ in Koblenz. **7** Gemeinschaftsstand des Landes Rheinland-Pfalz bei der Expo Real in München. **8** Mit kreativen Gründungskonzepten überzeugten die Gewinner im Wettbewerb „Pioniergeist“. **9** Die Ministerinnen Eveline Lemke und Irene Alt beim Unternehmerintag. **10** Coach und Dozentin Dr. Renate Hauser spricht beim Unternehmerintag. **11** ISB-Vorstand Dr. Ulrich Link im Talk bei der Veranstaltung „Familienunternehmen“. **12** ISB-Vorstand Jakob Schmid bei der Veranstaltung „Genossenschaften als Zukunftsmodell für Wohnen und Leben“. **13** „Vordenker“ Anselm Bilgri spricht bei der Veranstaltung „Lebensphasenorientierte Personalpolitik – Unternehmen 2030“. **14** Bauherr Karim Elkhawaga erhält Förderzusage für betreutes Wohnen von Finanz- und Bauminister Dr. Carsten Kühl und ISB-Vorstandssprecher Ulrich Dexheimer (l.)



4



5



6



7



8



9



10



11



12



13



14

Inhalt

- 36 Jahresbilanz
- 38 Gewinn- und Verlustrechnung
- 39 Anhang
- 52 Lagebericht
- 77 Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers
- 78 Konzernbilanz
- 80 Konzern Gewinn- und Verlustrechnung

Jahresabschluss der
Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB)
für das Geschäftsjahr 2012

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVSEITE

	Stand 31.12.2012		Stand 31.12.2011	
	€	€	€	T€
1. Barreserve				
a) Kassenbestand		2.800,98		7
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		1.657.152,43		3.846
darunter: bei der Deutschen Bundesbank € 1.657.152,43 (Vorjahr T€ 3.846)			1.659.953,41	3.853
2. Forderungen an Kreditinstitute				
a) täglich fällig		93.530.241,27		5.252
b) andere Forderungen		3.611.939.274,55		3.939.053
			3.705.469.515,82	3.944.305
3. Forderungen an Kunden			5.357.107.582,21	5.175.173
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert € 19.019.283,89 (Vorjahr T€ 204.376) Kommunalkredite € 4.523.961.382,26 (Vorjahr T€ 4.968.381)				
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere				
a) Anleihen und Schuldverschreibungen				
aa) von öffentlichen Emittenten				
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank € 26.007.486,11 (Vorjahr T€ 495.438)		26.007.486,11		495.438
ab) von anderen Emittenten				
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank € 420.520.279,58 (Vorjahr T€ 458.353)		423.583.309,85		461.415
			449.590.795,96	956.853
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			2.710.718,73	2.298
6. Beteiligungen			13.019.474,97	14.140
darunter: an Kreditinstituten € 4.384.204,85 (Vorjahr T€ 4.384)				
7. Anteile an verbundenen Unternehmen			16.473.602,75	345.481
8. Treuhandvermögen			1.019.072.694,34	6.345
darunter: Treuhandkredite € 1.017.073.708,72 (Vorjahr T€ 6.345)				
9. Immaterielle Anlagewerte				
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.203.465,53		638
b) geleistete Anzahlungen		0,00		103
			1.203.465,53	741
10. Sachanlagen			10.796.533,20	10.230
11. Sonstige Vermögensgegenstände			166.464,29	11
12. Rechnungsabgrenzungsposten			17.014.485,06	26.303
13. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			256.368,02	84
Summe der Aktiva			10.594.541.654,29	10.485.817
Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gegenüber Land und Bund			624.724.158,81	25.637
Aktiva der Sonderhaftungsfonds gemäß gesonderter Rechnungslegung				
a) zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung sind		10.369.232,64		7.323
				7.323

PASSIVSEITE

	Stand 31.12.2012		Stand 31.12.2011	
	€	€	€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		3.428.859,86		1.476
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		8.908.232.820,87		9.408.532
			8.911.661.680,73	9.410.008
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig	348.078.955,36			349.106
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0,00			469.387
		348.078.955,36	348.078.955,36	818.493
3. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite € 1.017.073.708,72 (Vorjahr T€ 6.345)			1.019.072.694,34	6.345
4. Sonstige Verbindlichkeiten			31.337.446,22	3.215
5. Rechnungsabgrenzungsposten			19.565.387,60	28.813
6. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		25.152.373,15		428
b) Steuerrückstellungen		615.109,31		0
c) andere Rückstellungen				
ca) Rückstellungen im Bürgschaftsgeschäft	7.044.175,30			5.790
cb) sonstige Rückstellungen	3.576.632,13			1.686
		10.620.807,43		7.476
			36.388.289,89	7.904
7. Zweckgebundene Mittel des Landes Rheinland-Pfalz			869.196,20	869
8. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		184.000.000,00		178.952
b) Kapitalrücklage		6.075.670,13		2.254
c) Gewinnrücklagen				
ca) gebundene Rücklage	0,00			4.199
cb) andere Gewinnrücklagen	27.868.612,92			22.870
		27.868.612,92		27.069
d) Bilanzgewinn		9.623.720,90		1.895
			227.568.003,95	210.170
Summe der Passiva			10.594.541.654,29	10.485.817
Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen			667.240.347,43	65.535
Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			129.097.040,08	135.871
b) In Sonderhaftungsfonds verwaltete Bürgschaften und Garantien			302.137,16	5.449
Passiva der Sonderhaftungsfonds gemäß gesonderter Rechnungslegung				
a) zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung sind		10.369.232,64		7.323
				7.323

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012		2011	
	€	€	€	T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	201.022.226,05			221.871
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	8.153.010,47			15.253
		209.175.236,52		237.124
2. Zinsaufwendungen		187.138.338,66		218.783
			22.036.897,86	18.341
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		39.625,00		48
b) Beteiligungen		1.252.653,55		100
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		39.819,25		4.531
			1.332.097,80	4.679
4. Provisionserträge			18.252.996,30	7.651
5. Provisionsaufwendungen			92.627,71	274
6. Sonstige betriebliche Erträge			2.922.343,12	14.086
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	16.130.707,08			9.933
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, darunter: für Altersversorgung € 1.140.105,53 (Vorjahr T€ 821)	3.712.248,67	19.842.955,75		2.560
b) andere Verwaltungsaufwendungen		7.281.261,99		12.493
			27.124.217,74	5.146
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.043.098,77	17.639
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.628.930,12	886
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			5.460.440,31	923
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			281.382,57	23.783
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	0
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme			95.879,05	674
14. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			8.817.758,81	1.926
15. Außerordentliche Erträge			997,49	0
16. Außerordentliches Ergebnis			997,49	0
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			674.134,00	8
18. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 9 ausgewiesen			25.139,44	23
19. Jahresüberschuss			8.119.482,86	1.895
20. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			1.504.238,04	0
21. Bilanzgewinn			9.623.720,90	1.895

Anhang 2012

Vorbemerkungen

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt.

Unter Beachtung der Verordnung über die Formblätter für die Jahresabschlussgliederung wurden die Bilanz nach Formblatt 1 und die Gewinn- und Verlustrechnung nach Formblatt 3 (Staffelform) erstellt.

Soweit Angaben wahlweise im Anhang oder in der Bilanz gemacht werden können, werden solche Angaben im Anhang vorgenommen.

Die Gliederung der Bilanz ist entsprechend den Besonderheiten des Institutes um die Posten

- „Zweckgebundene Mittel des Landes Rheinland-Pfalz“,
- „Gebundene Rücklage“,
- „Aktiva und Passiva der Sonderhaftungsfonds“ gemäß gesonderter Rechnungslegung,
- „In Sonderhaftungsfonds verwaltete Bürgschaften und Garantien“

ergänzt worden.

Von den Saldierungsmöglichkeiten in der Gewinn- und Verlustrechnung und der Bilanz bei der Darstellung der Risikovorsorge wurde Gebrauch gemacht.

Für den von der ISB verwalteten Sonderhaftungsfonds erfolgt eine gesonderte Rechnungslegung unter entsprechender Zugrundelegung der bei der ISB angewendeten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Der Ausweis der Aktiva und Passiva des Sonderhaftungsfonds wird nachrichtlich unterhalb der Bilanz vorgenommen.

Seit dem Geschäftsjahr 2005 stellt die ISB einen Konzernabschluss auf.

Im Rahmen eines abgeschlossenen Treuhandvertrages mit dem Land Rheinland-Pfalz wurde die Verwaltung und Vermittlung verschiedener Förderprogramme übernommen.

Weiterhin werden von der ISB im Rahmen von Geschäftsbesorgungsverträgen die Verwaltung und Geschäftsbesorgung für die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH, Mainz (ehemals Kredit-Garantiegemeinschaft des rheinland-pfälzischen Handwerks GmbH, Kaiserslautern), die MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH, Mainz, die RIM Rheinland-Pfälzische Gesellschaft für Immobilien und Projektmanagement mbH, Mainz, die IMG Innovations-Management GmbH, Kaiserslautern, die Wagnisfinanzierungsgesellschaft für Technologieförderung in Rheinland-Pfalz mbH (WFT), Mainz, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft Gewerbepark Bingen-Ost GmbH, Bingen am Rhein, die FSG Flugplatz Speyer Grundstücksverwaltung GmbH, Mainz, die FIB Fonds für Innovation und Beschäftigung Rheinland-Pfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Mainz, die S-IFG Sparkassen-Innovations-Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH, Budenheim, die VcR Venture-Capital Rheinhessen Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Mainz, die VcS Venture-Capital Südpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Landau in der Pfalz, die VRT Venture-Capital Region Trier Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Trier, die VcV Venture-Capital Vorderpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen am Rhein, die VMU Venture-Capital Mittelrhein Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Koblenz, die VcW Venture-Capital Westpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Kaiserslautern, die VRH Venture Capital Rheinland-Pfalz Holding GmbH, Mainz, die VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG, Mainz, die VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz Nr. 2 GmbH & Co. KG, Mainz, durchgeführt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Forderungen sind mit ihren Nominalwerten ausgewiesen. Unterschiedsbeträge werden bei der ISB in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Niedrig verzinsliche Darlehensforderungen werden auf den Barwert abgezinst. Erkennbare Einzelrisiken und allgemeine Kreditrisiken werden durch entsprechende Wertkorrekturen berücksichtigt.

Die immateriellen Anlagewerte werden linear abgeschrieben. Das abnutzbare Sachanlagevermögen ist mit den um die zeitanteiligen Abschreibungen verminderten Anschaffungs- und Herstellungskosten bilanziert. Die Abschreibungen erfolgen planmäßig linear pro rata temporis.

Neuanschaffungen mit einem Anschaffungswert ab € 150,00 werden aktiviert und über die entsprechende Nutzungsdauer planmäßig abgeschrieben.

Wertpapiere, die dem Umlaufvermögen zugeordnet sind, werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, und Wertpapiere, die dem Anlagebestand zugeordnet sind, werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden mit fortgeführten Anschaffungskosten angesetzt. Dauerhaften Wertminderungen wird durch Abschreibungen Rechnung getragen.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag ausgewiesen. Der Unterschied zwischen Nennbetrag und Ausgabebetrag von Verbindlichkeiten wird bei

der ISB in die Rechnungsabgrenzung eingestellt und planmäßig aufgelöst.

Die Rückstellungen sind auf Basis des Erfüllungsbetrages so bemessen, dass sie allen erkennbaren Risiken nach den Grundsätzen kaufmännischer Vorsicht ausreichend Rechnung tragen. Das latente Ausfallrisiko wird durch die Bildung von Pauschalwertberichtigungen und -rückstellungen abgedeckt. Rückstellungen mit einer Laufzeit über 1 Jahr werden entsprechend ihrer Laufzeit abgezinst.

Von den Saldierungsmöglichkeiten in der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 340c HGB) wurde Gebrauch gemacht.

Die ISB ist durch das Gesetz zur Bekämpfung des Missbrauches und zur Bereinigung des Steuerrechtes vom 21. Dezember 1993 (BGBl. 1993, S. 2310) von der Körperschaft-, Gewerbe- und Vermögensteuer befreit.

Mit Datum vom 1. Januar 2012 wurde die TeKaGe GmbH & Co KG mit der ISB GmbH verschmolzen, die dann mit der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz zur ISB AÖR fusionierte. Durch die damit einhergehenden Vermögensübertragungen sind die Vorjahreszahlen nur eingeschränkt vergleichbar. Im Wesentlichen davon betroffen sind auf der Aktivseite der Bereich Forderungen Kunden, das Treuhandvermögen sowie die Beteiligungen an verbundenen Unternehmen. Auf der Passivseite hat sich die Fusion im Wesentlichen auf die Treuhandverbindlichkeiten und die Pensionsrückstellungen ausgewirkt.

Erläuterungen zu den Posten der Bilanz

Aktiva

Forderungen an Kreditinstitute und Forderungen an Kunden

Die Forderungen gliedern sich nach Restlaufzeiten wie folgt:

	Gesamtbetrag	Restlaufzeit					Mit unbestimmter Laufzeit
		Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre	
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Kreditinstitute	3.705.470	93.530	337.109	497.551	1.925.309	851.971	0
Kunden	5.357.107	17.061	550.313	992.097	2.640.425	1.157.211	0
	9.062.577	110.591	887.422	1.489.648	4.565.734	2.009.182	0

Die Forderungen an Kreditinstitute bestehen ausschließlich gegen inländische Kreditinstitute (T€ 3.705.470).

Die unverbrieften Forderungen an Kunden betreffen mit T€ 4.523.928 (Vorjahr T€ 4.964.410) Kommunkredite. Darin enthalten sind Forderungen gegen den Träger von T€ 93.856 (Vorjahr T€ 188.432). Darüber hinaus umfasst dieser Posten mit T€ 110 (Vorjahr T€ 0) Forderungen gegen den Bund, T€ 18.488 (Vorjahr T€ 20.470) Forderungen gegen verbundene Unternehmen, mit T€ 24.273 (Vorjahr T€ 29.521) Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht und mit T€ 790.309 (Vorjahr T€ 160.772) sonstige Forderungen.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

Alle im Bestand befindlichen verzinslichen Wertpapiere sind börsenfähig und auch börsennotiert (Bilanzwert einschl. Zinsen: T€ 449.591). Im Folgejahr werden verzinsliche Wertpapiere im Nominalwert von T€ 151.000 (Buchwert: T€ 150.762) fällig. Am Bilanzstichtag waren Anleihen in Höhe von nominal T€ 446.000 (Vorjahr T€ 935.000) an die Deutsche Bundesbank verpfändet.

Die festverzinslichen Wertpapiere (T€ 449.591) wurden alle dem Anlagevermögen zugeordnet. Im Ge-

schäftsjahr erfolgten keine Abschreibungen auf den Wertpapierbestand. Bei festverzinslichen Wertpapieren, bei denen keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen wurden, betrug der Buchwert T€ 147.035 und der beizulegende Zeitwert T€ 146.876. Der potenzielle Abschreibungsbedarf, der sich bei Anwendung des strengen Niederstwertprinzips ergeben würde, beträgt zum Bilanzstichtag T€ 159. Es ist beabsichtigt, die Wertpapiere bis zur Endfälligkeit zu halten, sodass eine dauerhafte Wertminderung nicht gegeben ist.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

Die Aktien (T€ 2.711) sind nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Bei Aktien, bei denen keine außerplanmäßigen Abschreibungen vorgenommen wurden, betrug der Buchwert T€ 145 und der beizulegende Zeitwert T€ 137. Der potenzielle Abschreibungsbedarf, der sich bei Anwendung des strengen Niederstwertprinzips ergeben würde, beträgt zum Bilanzstichtag T€ 8. Da die Kurse dieser Wertpapiere im abgelaufenen Geschäftsjahr zu keiner Zeit unterhalb zehn Prozent des letzten Bewertungskurses lagen, wurde nicht von einer dauerhaften Wertminderung ausgegangen und auf eine Abschreibung verzichtet. Sämtliche Aktien sind börsennotiert.

Anteilsbesitz

Der Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 HGB umfasst am Bilanzstichtag folgende Unternehmen:

Gesellschaft	Beteiligungsquote	Eigenkapital 2012	Jahresergebnis 2012
	%	T€	T€
RIM Rheinland-Pfälzische Gesellschaft für Immobilien und Projektmanagement mbH, Mainz	100,0	5.060	-169
IMG Innovations-Management GmbH, Kaiserslautern	100,0	240	0
Wagnisfinanzierungsgesellschaft für Technologie-Förderung in Rheinland-Pfalz mbH (WFT), Mainz	100,0	1.262	-307
MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH, Mainz	26,1	9.654	730
FSG Flugplatz Speyer Grundstücksverwaltung GmbH, Mainz ¹⁾	50,0	2.659	57
Messe Pirmasens GmbH, Pirmasens ²⁾	41,3	1.049	-84
FIB Fonds für Innovation und Beschäftigung Rheinland-Pfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Mainz	76,0	2.305	153
VcR Venture-Capital Rheinhessen Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Mainz	50,0	329	-452
VcS Venture-Capital Südpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Landau in der Pfalz	50,0	1.909	-221
VRT Venture-Capital Region Trier Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Trier	50,0	3.204	94
VcV Venture-Capital Vorderpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Ludwigshafen am Rhein	50,0	5.894	-291
VMU Venture-Capital Mittelrhein Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Koblenz	50,0	4.283	-160
VcW Venture-Capital Westpfalz Unternehmensbeteiligungsgesellschaft mbH, Kaiserslautern	50,0	1.881	-17
S-Innovations-Beteiligungsfinanzierungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH (S-IFG), Budenheim	30,0	10.991	536
Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH, Mainz (ehemals Kredit-Garantiegemeinschaft des rheinland-pfälzischen Handwerks GmbH, Kaiserslautern)	36,4	16.268	352
VRH Venture Capital Rheinland-Pfalz Holding GmbH, Mainz	100,0	19	0
VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz GmbH & Co. KG, Mainz	21,7	5.400	6.461
VRP Venture Capital Rheinland-Pfalz Nr. 2 GmbH & Co. KG, Mainz	21,7	6.555	-614
Peristyl Grundstücksverwaltungsgesellschaft mbH, Mainz ¹⁾	94,0	19	-1
Projektentwicklungsgesellschaft des Landes Rheinland-Pfalz mbH (PER), Mainz ³⁾	25,1	299	184
Mittel- und Osteuropa-Zentrum Rheinland-Pfalz GmbH (MOEZ), Mainz ³⁾	50,0	22	-1
SEK Strukturentwicklungsgesellschaft Kirchen mbH, Kirchen ^{1), 3)}	24,0	90	22

1) Beteiligung über RIM

2) Daten aus 2010

3) Daten aus 2011

Sachanlagen und Finanzanlagen

Anlagespiegel

	Stand 01.01.2012 Anschaf- fungskosten	Zugänge zu Anschaf- fungskosten	Abgänge zu Anschaf- fungskosten	Umbuchung zu Anschaf- fungskosten	Zu-/Ab- schreibungen kumuliert	Buchwert 31.12.2012	Buchwert Vorjahr	Zu-/Ab- schreibungen des Geschäfts- jahres
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	488.459	161.054	-200.000	0	1.557 -2.102	448.968	487.058	912 -76
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.328	94	-11	0	777 -2.477	2.711	2.298	330 0
Beteiligungen	15.084	228	-425	0	952 -2.820	13.019	14.140	0 -951
Anteile an verbundenen Unternehmen	352.389	2.125	-330.513	0	360 -7.888	16.473	345.481	0 0

	Stand 01.01.2012 Anschaf- fungskosten	Zugänge zu Anschaf- fungskosten	Abgänge zu Anschaf- fungskosten	Umgliederung zu Anschaf- fungskosten	Abschrei- bungen kumuliert	Buchwert 31.12.2012	Buchwert Vorjahr	Abschrei- bungen des Geschäfts- jahres
	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Immaterielle Anlagewerte	6.653	859	0	0	-6.308	1.204	741	396
Sachanlagen	14.284	1.214	-109	0	-4.593	10.796	10.230	647
Insgesamt	20.937	2.073	-109	0	-10.901	12.000	10.971	1.043

Werte für Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten keine anteiligen Zinsen.

Bei den Sachanlagen entfallen am Bilanzstichtag auf Grundstücke T€ 1.903, Gebäude T€ 7.545 und Gebäudebestandteile T€ 477, die die ISB im Rahmen ihrer eigenen Tätigkeit nutzt, und auf Betriebs- und Geschäftsausstattung T€ 838.

Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen

Die Beteiligungen (T€ 13.019) und Anteile an verbundenen Unternehmen (T€ 16.474) sind nicht börsenfähig.

Treuhandvermögen

Dieser Posten beinhaltet von Dritten erhaltene Zuwendungen in Höhe von T€ 1.019.073, die für gezielte (Förder-)Projekte bestimmt sind. Sie wurden mit T€ 2.800 vorübergehend am Geldmarkt angelegt und stellen somit Forderungen gegen Kreditinstitute dar. Weiter sind in diesem Posten im Wesentlichen noch Forderungen gegen Kunden in Höhe von T€ 997.415 enthalten.

Sonstige Vermögensgegenstände

Hierbei handelt es sich um sonstige Forderungen in Höhe von T€ 167. Wesentlicher Bestandteil der Posi-

tion sind Forderungen aus der Beteiligung am Baufactoring-Fonds (T€ 117).

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position beinhaltet T€ 16.310 (Vorjahr T€ 25.261) Disagien aus Passivdarlehen, T€ 302 (Vorjahr T€ 320) Maklergebühr, T€ 383 (Vorjahr T€ 715) Agien aus Aktivdarlehen sowie T€ 19 (Vorjahr T€ 7) aus sonstiger aktiver Rechnungsabgrenzung.

Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung

Hier wird der bei der Saldierung des Vermögens und der Schulden aus *Altersversorgungsverpflichtungen* entstandene aktive Überhang in Höhe von € 256.368,02 (Vorjahr € 84.180,55) ausgewiesen. Im Einzelnen handelt es sich um an den Mitarbeiter verpfändetes Geldvermögen mit einem beizulegenden Zeitwert in Höhe von € 1.371.250,02 (Vorjahr € 1.366.978,55) sowie Schulden in Form einer Rückstellung mit einem Erfüllungsbetrag in Höhe von € 1.114.882,00 (Vorjahr € 1.282.798,00). Die im Geschäftsjahr vorgenommene Anpassung dieser Rückstellung beinhaltet einen negativen Finanzeffekt in Höhe von € 47.034,00 (Vorjahr € 43.731,00) sowie eine positive sonstige Veränderung in Höhe von € 214.950,00 (Vorjahr € 22.626,00), die bei den Personalkosten in Abzug gebracht wurden.

Passiva

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

Die Verbindlichkeiten gliedern sich nach Fälligkeit wie folgt:

	Gesamtbetrag	Restlaufzeit				
		Täglich fällig	Bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	Mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	Mehr als 5 Jahre
	T€	T€	T€	T€	T€	T€
Kreditinstitute	8.911.662	3.429	246.056	2.067.924	4.070.077	2.524.176
Kunden	348.079	348.079	0	0	0	0
	9.259.741	351.508	246.056	2.067.924	4.070.077	2.524.176

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen ausschließlich gegenüber inländischen Kreditinstituten. Gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden T€ 1 (Vorjahr T€ 1.121) ausgewiesen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden betreffen mit T€ 225 (Vorjahr T€ 117) Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen, mit T€ 900 (Vorjahr T€ 900) gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, mit T€ 346.703 (Vorjahr T€ 817.449) gegenüber dem Träger, dem Land Rheinland-Pfalz, und mit T€ 250 (Vorjahr T€ 27) gegenüber Sonstigen.

Treuhandverbindlichkeiten

Das Land Rheinland-Pfalz als Träger hat der ISB einen Betrag von insgesamt T€ 5.457 mit der Auflage zur Verfügung gestellt, diesen in eigenem Namen, aber im Interesse der vorerwähnten Dritten für bestimmte (Förder-)Projekte zu verwenden. Darüber hinaus wurde von Dritten ein Betrag in Höhe von T€ 1.013.616 für die Durchführung der Wohnraumförderung zur Verfügung gestellt. Alle Positionen stellen ausschließlich Verbindlichkeiten gegenüber Kunden dar.

Sonstige Verbindlichkeiten

Dieser Posten beinhaltet im Wesentlichen sonstige Verbindlichkeiten aus einem Swap-Geschäft in Höhe von T€ 19.313, die Risikorücklage Wohnraumförderung in Höhe von T€ 7.756, Verbindlichkeiten aus Lie-

ferung und Leistung in Höhe von T€ 2.627 (Vorjahr T€ 1.943), Verbindlichkeiten aus nachträglichen Anschaffungskosten des Geschäftsgebäudes in Höhe von T€ 767 sowie Verbindlichkeiten gegenüber dem Finanzamt in Höhe T€ 538 (Vorjahr T€ 819).

Rechnungsabgrenzungsposten

Die Position beinhaltet T€ 19.168 Disagien aus Aktivdarlehen sowie T€ 397 aus sonstiger passiver Rechnungsabgrenzung.

Rückstellungen

Die Rückstellungen für Pensionen sind gemäß § 253 Abs. 1 HGB nach versicherungsmathematischen Berechnungen unter Zugrundelegung eines Zinssatzes von 5,04% bzw. 5,05% p.a. und einer angenommenen Rentensteigerung von 2,5% mit ihrem maximal zulässigen Erfüllungsbetrag (T€ 21.356) erfasst. Bei der Ermittlung wurde als versicherungsmathematisches Verfahren das modifizierte Teilwertverfahren angewandt. Die Annahme zur Sterblichkeit wurde aus den Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck abgeleitet.

Für Beihilfeleistungen wurde eine Rückstellung in Höhe von T€ 3.796 gebildet.

Wegen drohender Inanspruchnahmen aus dem Bürgschaftsgeschäft wurde durch die Bildung von Rückstellungen in Höhe von T€ 7.044 Vorsorge getroffen. Im Wesentlichen enthält diese Position Rückstellun-

gen für erkennbare Einzelrisiken mit T€4.715 und eine Sammelrückstellung für das allgemeine Risiko in Höhe von T€ 685. Darüber hinaus wurden für erkennbare Einzelrisiken aus der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz (ehemals Kredit-Garantiegemeinschaft des rheinland-pfälzischen Handwerks) Rückstellungen in Höhe von T€431 und für das allgemeine Risiko aus der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz (ehemals Kredit-Garantiegemeinschaft des rheinland-pfälzischen Handwerks) eine Sammelrückstellung in Höhe von T€3 gebildet. Außerdem wurde eine Rückstellung für latente Risiken aus dem Exportgarantieprogramm in Höhe von T€249 und aus Konsortialgeschäften in Höhe von T€961 gebildet.

Die Steuerrückstellungen wurden im Berichtsjahr für die ausstehende Steuerzahlung aufgrund der Anwachsung der LTH gemäß § 12 Abs. 5 UmwStG in Höhe von T€615 gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen in Höhe von T€3.577 beinhalten im Wesentlichen die Nachversicherungen (T€404), Übertragung von Urlaubsansprüchen (T€690), Jahresabschluss- und Veröffentlichungskosten (T€745) und Leistungstantiemen (T€521).

Eigenkapital

Die ISB verfügt zum Ende des Geschäftsjahres über ein Eigenkapital von T€227.568. Das gezeichnete Kapital beträgt T€184.000 und wird in voller Höhe vom Land Rheinland-Pfalz gehalten. 2012 hat eine Kapitalerhöhung auf Basis des §2 ISBLG um €47.841,58 stattgefunden. Dabei wurde die Kapitalrücklage in Höhe von €47.841,58 in Stammkapital umgewandelt.

Die Gewinnrücklage beziffert sich auf T€27.869 und enthält ausschließlich andere Gewinnrücklagen. Die gebundene Rücklage in Höhe von T€4.199 wurde gemäß Beschluss der Trägerversammlung vom September 2012 in die Position Andere Gewinnrücklagen umgewidmet. Die gebundene Rücklage enthielt im Vorjahr die Zuweisungen, die in der Vergangenheit zugunsten des SHF KB und des SHF BG sowie der SHF BM aus erzielten Gewinnen der ISB vorgenommen wurden.

Der Bilanzgewinn 2011 in Höhe von €1.895.025,05 wurde in voller Höhe in die gebundene Rücklage ein-

gestellt und gemäß Beschluss der Trägerversammlung vom 2. Juli 2012 dem Sonderhaftungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind, zugeführt. Ebenfalls im Rahmen der Trägerversammlung am 2. Juli 2012 wurde beschlossen, den Gewinn der LTH in Höhe von €1.504.238,04 auf neue Rechnung vorzutragen.

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn 2012 in Höhe von €9.623.720,90 in Höhe von €8.119.482,86 dem Sonderhaftungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind, zuzuführen und in Höhe von €1.504.238,04 auf neue Rechnung vorzutragen.

Eventualverbindlichkeiten

Unmittelbare Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungen bestehen für im Eigengeschäft der ISB gegenüber Fremdkreditinstituten übernommene Bürgschaften und Garantien in Höhe von T€55.188 (Vorjahr T€52.165) sowie für im Konsortialgeschäft übernommene Garantien in Höhe von T€13.522 (Vorjahr T€13.739).

In den Eventualverbindlichkeiten sind Rückbürgschaftsverpflichtungen der ISB, denen Fondsvermögen in entsprechender Höhe gegenüberstehen, in Höhe von T€7.772 enthalten.

Im Geschäftsjahr werden die verwalteten Bürgschaften und Garantien des Sonderhaftungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind, abzüglich der in dem Sonderhaftungsfonds gebildeten Rückstellungen in Höhe von T€302 (Vorjahr T€5.449) ausgewiesen.

Im Jahresabschluss 2012 werden die Eventualverbindlichkeiten abzüglich der passivierten Rückstellungen unter der Bilanz ausgewiesen. Die gleichwertigen Rückgriffsforderungen an Bund und Land werden demgegenüber auf der Aktivseite vermerkt.

Bei den Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen handelt es sich im Wesentlichen um originäres Bankgeschäft mit Kunden, aus dem Provisionserträge erzielt werden. Das Risiko besteht für die ISB in einer Inanspruchnahme aus den vertraglichen Verpflichtungen aufgrund einer Verschlechterung der Bonität des Schuldners. Den Boni-

tätsrisiken wird bilanziell durch die Bildung von Rückstellungen Rechnung getragen. Die Einschätzung des Risikos der Inanspruchnahme aus Eventualverbindlichkeiten erfolgt auf Basis eines Unternehmensratings nach DSGVO sowie nach intern festgelegten Bewertungsmaßstäben, die die vorhandenen Sicherheiten sowie die aktuelle Situation des Unternehmens mit einbeziehen. Aufgrund der Erfahrungswerte aus den Vorjahren wird davon ausgegangen, dass die ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten nicht in erheblichem Umfang in Anspruch genommen werden.

Die Position „Treuhandersch verwaltete und geschäftsbesorgte Bürgschaften, Garantien und Beteiligungen“ wird seit dem Geschäftsjahr 2005 nicht mehr unter der Bilanz ausgewiesen, sondern im Rahmen der Darstellung der Geschäftstätigkeit der ISB im Lagebericht erläutert.

Die Rückgriffsforderungen aus dem Konsortialgewährleistungsgeschäft gegenüber dem Land betragen T€ 5.962 (Vorjahr T€ 6.798).

Andere Verpflichtungen

Die unwiderruflichen Kreditzusagen betragen T€ 129.097. Sie sind Teil des Kreditgeschäftes der ISB und werden in der Bilanz nicht ausgewiesen. Risiken können sich aus der Verschlechterung der Bonität des Kunden ergeben, für die eine entsprechende Rückstellung in der Bilanz gebildet wird.

Erläuterungen zu den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung

Zinserträge

Die Zinserträge belaufen sich auf T€ 209.175. Darin sind Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften in Höhe von T€ 200.722 sowie Zinsen und ähnliche Erträge aus Abzinsung von Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft in Höhe von T€ 300 enthalten. Aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen wurden Erträge in Höhe von T€ 8.153 erzielt. Die Swap-Aufwendungen wurden mit den Swap-Erträgen saldiert.

Zinsaufwendungen

Von den Zinsaufwendungen von insgesamt T€ 187.138 betreffen T€ 185.820 die aufgenommenen Refinan-

zierungsmittel und T€ 1.318 Zinsen und ähnliche Aufwendungen aus Abzinsung von Rückstellungen aus dem Kreditgeschäft.

Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen

Die laufenden Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren ergeben sich aus Dividenden und betragen T€ 40. Die laufenden Erträge aus Beteiligungen resultieren aus Vorabvergütungen von einer Beteiligung in Höhe von T€ 1.253. Die laufenden Erträge aus Anteilen an verbundenen Unternehmen betragen T€ 40.

Provisionserträge

An Provisionserträgen wurden im Berichtsjahr T€ 18.253 erzielt. Davon entfallen auf Geschäftsbesorgungstätigkeiten T€ 5.409 und Eigengeschäfte der ISB T€ 12.844. In den Erträgen aus der Geschäftsbesorgungstätigkeit ist in Höhe von T€ 1.491 ein Treuhandentgelt des Landes Rheinland-Pfalz enthalten.

Provisionsaufwendungen

Die Investitions- und Strukturbank (ISB) hat für vom Land Rheinland-Pfalz erhaltene Bürgschaften eine Bürgschaftsprovision in Höhe von T€ 93 gezahlt.

Sonstige betriebliche Erträge

Im Wesentlichen umfasst diese Position Erträge aus der Kostenübernahme des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung des Landes Rheinland-Pfalz (T€ 1.410), Erträge aus Serviceleistungen (T€ 284), Erträge aus dem Baufactoringfonds (T€ 211), Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (T€ 221) sowie Erträge aus Vermietung (T€ 176).

Allgemeine Verwaltungsaufwendungen

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen entfallen mit T€ 19.843 auf den Personalaufwand und mit T€ 7.281 auf die anderen Verwaltungsaufwendungen.

Sonstige betriebliche Aufwendungen

Im Wesentlichen werden in dieser Position Zuschüsse für verschiedene Programme (T€ 1.199) ausgewiesen.

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft

Der Ausweis betrifft im Wesentlichen den Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge im Kreditgeschäft (T€5.460).

Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere

Die Position betrifft im Wesentlichen den Aufwand aus der Zuführung zur Risikovorsorge auf Anteile an verbundenen Unternehmen (T€281).

Allgemeine Erläuterungen

Termingeschäfte

Im Berichtsjahr wurden zur Vermeidung von Zinsänderungsrisiken zinsbezogene Termingeschäfte im Volumen von €588,9 Mio. (96 Stück) abgeschlossen. Das Gesamtvolumen betrug damit €2.771 Mio. (454 Stück). Die Termingeschäfte sind zum einen mit einem positiven Marktwert von insgesamt T€8.765 (17 Stück) sowie zum anderen mit einem negativen Marktwert von T€207.606 (428 Stück) bewertet worden und dienen ausschließlich Absicherungszwe-

cken der Aktivdarlehen und der Zinsfixierung variabel verzinsten Wertpapiere. Die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs erfolgt nach dem Grundsatz der Bewertungskonvention. Im Geschäftsjahr 2012 wurde das Bankbuch auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung für zinsbezogene Risiken gemäß IDW ERS BFA 3 überprüft. Hierbei wurde die GuV-orientierte Methodik verwendet. Nach dem Ergebnis der Überprüfung ergab sich keine Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung.

Darüber hinaus besteht eine sonstige Swap-Vereinbarung mit einem Unternehmen zur Sicherung der Gewinnansprüche aus einem Forderungsportfolio der ISB. Von der ISB ist ein Swap-Betrag in Höhe des anteiligen Portfolioergebnisses zu leisten; im Gegenzug leistet der Kontrahent eine Zahlung, die sich aus der Höhe des Forderungsbestands und einem um zwei Basispunkte verminderten EURIBOR-Satz für 3-Monatsgelder ergibt. Im Geschäftsjahr 2012 erhielt die ISB Zahlungen von T€2.779 aus dem Swap und hat Zahlungen von T€24.484 geleistet.

Angaben über das Abschlussprüferhonorar

Da die ISB gemäß §300 ff. HGB einen Konzernabschluss erstellt, werden die Angaben zum Abschlussprüferhonorar gemäß §285 Nr. 17 HGB im Konzernanhang ausgewiesen.

Übersicht über die wesentlichen Geschäfte mit nahestehenden Unternehmen und Personen gemäß § 285 Nr. 21 HGB

Gesellschaft	Art der Beziehung	Art der Geschäfte	Wert der Geschäfte	
			T€	Zinsergebnis T€
Land Rheinland-Pfalz	Träger	Termingeldanlage	0	706
Land Rheinland-Pfalz	Träger	Liquiditätspool	349.518	-328
Land Rheinland-Pfalz	Träger	Treuhandverbindlichkeit	5.244	
Land Rheinland-Pfalz	Träger	Zinssubvention Land	6.075	
Land Rheinland-Pfalz	Träger	Treuhandentgelt	1.504	
Land Rheinland-Pfalz	Träger	Bürgschaftsprovision	109	

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Im Berichtsjahr 2012 waren für die ISB durchschnittlich 295 Personen tätig. Zum 31. Dezember 2012 waren – einschließlich des Vorstandes – 303 Personen tätig, davon 174 Mitarbeiterinnen und 129 Mitarbeiter. Mit 72 Personen waren Teilzeitverträge abgeschlossen. Seit August 2012 beschäftigt die ISB 5 Auszubildende.

Es wurde 8 Personen Prokura und 53 Personen Handlungsvollmacht erteilt.

Organe der Anstalt

Organe der Anstalt sind der Vorstand, der Verwaltungsrat und die Trägerversammlung

Verwaltungsrat

Dem Verwaltungsrat gehörten an:

Dr. Salvatore Barbaro
(Vorsitzender)
Staatssekretär
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz

Ernst-Christoph Stolper
(Stellvertretender Vorsitzender)
Staatssekretär
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
(bis 27. Juni 2012)

Uwe Hüser
(Stellvertretender Vorsitzender)
Staatssekretär
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
(ab 28. Juni 2012)

Dr. Rüdiger Beyer
Hauptgeschäftsführer
der Industrie- und Handelskammer
für die Pfalz, Ludwigshafen

Dr. Manfred Bitter
Hauptgeschäftsführer
der Handwerkskammer Trier, Trier

Michael Ebling
Staatssekretär
Ministerium für Bildung, Wissenschaft,
Weiterbildung und Kultur
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
(bis 18. April 2012)

Jürgen Häfner
Staatssekretär
Ministerium des Innern,
für Sport und Infrastruktur
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
(ab 3. September 2012)

Christof Henn
Arbeitsgemeinschaft rheinland-pfälzischer
Wohnungsunternehmen, Neuwied

Anette Schürmann
Ministerium der Finanzen
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz

Dr. Ralf Teepe
Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz,
Energie und Landesplanung
des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz

Jochen Armbrust
Personalrat ISB
(bis 26. April 2012)

Marion Zeller
Personalrat ISB
(ab 4. Mai 2012)

Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhielten Bezüge und Aufwandsentschädigungen von insgesamt € 13.575,91.

Vorstand

Dem Vorstand gehören an:

Ulrich Dexheimer
Dipl.-Volkswirt, Schwetzingen

Dr. Hans-Ulrich Link
Dipl.-Volkswirt, Emmelshausen

Jakob Schmid
Jurist, Dannenfels

Auf die Angabe der Vorstandsbezüge wurde im Hinblick auf § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

An die Pensionäre und deren Hinterbliebene wurden € 206.767,77 gezahlt.

Aufgrund der Zahlungen an diesen Personenkreis und aufgrund der Bewertung durch ein versicherungsmathematisches Gutachten wurden die bestehenden Pensionsrückstellungen auf € 21.356.358,00 angepasst.

Mandate gemäß § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften im Sinne des § 267 Abs. 3 HGB lagen nicht vor.

Mainz, 30. Mai 2013
Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB)
Vorstand


Dexheimer


Schmid


Dr. Link

Lagebericht zum 31. Dezember 2012

GESCHÄFTSTÄTIGKEIT UND RAHMENBEDINGUNGEN

Die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) ist die Förderbank des Landes Rheinland-Pfalz in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts. Träger ist das Land Rheinland-Pfalz.

Bis zum 31. Dezember 2011 wurden die Aufgaben der Wirtschaftsförderung von der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) GmbH – nachfolgend: ISB GmbH – und die Aufgaben der Wohnraum- und Städtebauförderung von der Landestreuhandbank Rheinland-Pfalz (LTH) – nachfolgend: LTH – wahrgenommen. Diese Trennung wurde zum 1. Januar 2012 aufgehoben. Die bis dahin als juristische Person des privaten Rechts organisierte ISB GmbH wurde auf Grundlage des Landesgesetzes über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISBLG) vom 20. Dezember 2011 im Zuge eines Rechtsformwechsels in eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts, in die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) – nachfolgend: ISB –, umgewandelt. Die ISB GmbH besteht in Gestalt der ISB unter Wahrung der Identität in neuer Rechtsform weiter. Mit der formwechselnden Umwandlung führt die ISB das gesamte Aktiv- und Passivvermögen sowie alle Rechtsverhältnisse der ISB GmbH weiter. Zudem wurde die LTH unter Auflösung ohne Abwicklung im Wege der Aufnahme durch Übertragung ihres Vermögens als Ganzes auf die ISB verschmolzen.

Gemäß Satzung der ISB vom 1. Januar 2012 ist die ISB das zentrale Förderinstitut des Landes Rheinland-Pfalz und hat insbesondere den staatlichen Auftrag, das Land Rheinland-Pfalz bei seiner Finanz-,

Wirtschafts-, Wohnungsbau-, Städtebau-, Verkehrs-, Umwelt- und Arbeitsmarktpolitik im Einklang mit den Beihilfavorschriften der Europäischen Gemeinschaft zu unterstützen.

Die Neustrukturierung des Fördergeschäfts in Rheinland-Pfalz wurde reibungslos vollzogen. Zu keinem Zeitpunkt hatte der Fusionsprozess negative Auswirkungen auf das operative Geschäft der ISB und ihre Kunden. Mit der Zusammenführung der ISB und der LTH wurde die Förderung aus einer Hand für die Bereiche der Wirtschafts-, Wohnraum- und Städtebauförderung ermöglicht.

In Deutschland gibt es zwei Förderbanken, deren Wirkungsbereich sich auf das gesamte Bundesgebiet erstreckt. Im Übrigen sind die Förderinstitute auf der Ebene der Bundesländer tätig. Zwischen den verschiedenen Instituten auf Bundes- und Landesebene besteht grundsätzlich keine Wettbewerbssituation.

Im Rahmen der ihnen übertragenen förderpolitischen Aufgaben unterstützen die Förderbanken ihre öffentlichen Träger.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erbringen die Förderbanken bankwirtschaftliche Dienstleistungen in Ergänzung des Angebotes der Geschäftsbanken. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben erfolgt gegenüber den Geschäftsbanken diskriminierungsfrei und wettbewerbsneutral. Die Förderbanken unterliegen bei ihrer Tätigkeit zahlreichen öffentlich-rechtlichen Bestimmungen, insbesondere werden sie im Hinblick

auf die Verwendung öffentlicher Gelder von den Rechnungshöfen kontrolliert. Zudem müssen sie die Regelungen des Europäischen Beihilferechts berücksichtigen. Als Kreditinstitute haben die Förderbanken daneben die aufsichtsrechtlichen Bestimmungen zu beachten und sind nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen. Sie sind von der Körperschaftsteuer- sowie Gewerbesteuerpflicht befreit.

Die Förderinstitute agieren auf einer wettbewerbsrechtlich gesicherten Grundlage. In der Verständigung zwischen der EU-Kommission und der Bundesrepublik Deutschland vom 27. März 2002, der sogenannten „Verständigung II“, wurde das Modell der Förderbanken von der EU-Kommission ausdrücklich anerkannt und ein entsprechender Rahmen für ihre Tätigkeit gesetzt. Die „Verständigung II“ machte es erforderlich, den Umfang und die Grenzen der Tätigkeit der Förderinstitute des Bundes und der Länder neu zu justieren.

Die ISB erfüllt ihre Aufgaben im Einklang mit den Vorgaben der „Verständigung II“.

In der Wirtschaftsförderung liegt der Schwerpunkt im Kerngeschäft der ISB in der Durchführung verschiedener einzelbetrieblicher Förderprogramme. Im Rahmen dieser Programme werden zinsgünstige Darlehen, Zuschüsse, Gewährleistungen und über Beteiligungsgesellschaften auch Kapitalbeteiligungen vergeben. Dadurch wird eine effektive Wirtschaftsförderung bei gleichzeitiger Schonung der öffentlichen Haushalte des Landes Rheinland-Pfalz ermöglicht. Daneben gewinnen eigene Förderprogramme der ISB zunehmend an Bedeutung.

Im traditionellen Förderdarlehensgeschäft werden zinsverbilligte Darlehen im sogenannten Durchleitverfahren (Hausbankprinzip) zur Verfügung gestellt. Hier ist insbesondere das Mittelstandsförderungsprogramm zu nennen. Daneben werden im fördernahen Kreditgeschäft Konsortialfinanzierungen, Kommunalkredite, Sozialdarlehen, Einzeldarlehen für besondere, struktur- oder wirtschaftspolitisch bedeutende Vorhaben und Krankenhausfinanzierungen gewährt.

Zudem ist die ISB vom Land mit der Abwicklung von Zuschussprogrammen aus Mitteln des Landes, des

Bundes und der EU beauftragt. Zuschüsse an gewerbliche Unternehmen werden insbesondere für Investitionsvorhaben in strukturschwachen Regionen, einzelbetriebliche Forschungs- und Entwicklungsprojekte sowie Messeteilnahmen und Beratungsleistungen gewährt. Der ISB obliegt dabei die Zuständigkeit für das gesamte Förderverfahren von der Beratung vor Antragstellung bis hin zum Monitoring abgeschlossener Fördervorhaben. Als Dienstleister für das Land werden zudem bei Zuschüssen, die von den Fachministerien in den Bereichen der Infrastruktur, des Städtebaus, der Innovations- und Clusterförderung, der Energie sowie der Konversion selbst bewilligt werden, die der Bewilligung nachgelagerten Tätigkeitsbereiche abgewickelt.

Weiterhin ist die Gewährung von Bürgschaften und Garantien ein wichtiger Bestandteil des von der ISB angebotenen Leistungsspektrums. Das öffentlich geförderte und vom Bund sowie vom Land Rheinland-Pfalz rückverbürgte Gewährleistungsgeschäft wurde bereits im Jahr 2011 in Rheinland-Pfalz umfassend neu strukturiert. In Umsetzung dieser Neustrukturierung wurden die Sonderhaftungsfonds Kreditbürgschaften und Beteiligungsgarantien auf die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH im Wege der Gesamtrechtsnachfolge übertragen. Die ISB hat dabei in weiten Teilen die Geschäftsbesorgung für die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH übernommen. Dies umfasst insbesondere auch das operative Gewährleistungsgeschäft. Die Veränderungen betreffen das öffentlich rückverbürgte Gewährleistungsgeschäft mit einem Bürgschaftsobligo bis zu € 1,0 Mio. Diese Bürgschaften und Garantien werden von der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH vergeben. Bürgschaften mit einem Obligo über € 1,0 Mio. werden weiterhin von der ISB als sogenannte ISB-Bürgschaften gewährt. Daneben werden von der ISB die Landesbürgschaften treuhänderisch bearbeitet.

Die ISB hält zudem Beteiligungen an verschiedenen Unternehmen zur Erweiterung ihres Leistungsspektrums und zur Unterstützung spezifischer Förderprogramme. Die ISB hat, wie auch bei der Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH, überwiegend die Geschäftsbesorgung für diese Unternehmen übernommen. Dies dient der Sicherstellung des Prinzips der

Wirtschaftsförderung aus einer Hand, sodass die rheinland-pfälzischen Unternehmen mit der ISB einen zentralen Ansprechpartner für ein breites Angebot an öffentlichen oder öffentlich geförderten Finanzierungen haben.

Zu diesen Tochtergesellschaften zählen unter anderem elf Venture-Capital-Gesellschaften, von denen sechs ausschließlich in jeweils abgegrenzten Regionen des Landes Rheinland-Pfalz tätig sind. Diese gehen stille und offene Beteiligungen an rheinland-pfälzischen Unternehmen ein. Dabei handelt es sich insbesondere um junge und innovative Unternehmen. Durch die Gewährung von Beteiligungskapital wird ein wesentlicher Beitrag für die Finanzierung von innovativen Vorhaben der Unternehmen geleistet. Gleichzeitig wird die Eigenkapitalsituation dieser Unternehmen nachhaltig verbessert.

Daneben ist die ISB an verschiedenen weiteren Unternehmen beteiligt. Diese Beteiligungen dienen der Erfüllung verschiedener Aufgabenstellungen im Rahmen des Gesellschaftszwecks der ISB. Hier ist insbesondere die RIM Rheinland-Pfälzische Gesellschaft für Immobilien und Projektmanagement mbH zu nennen. Der Aufgabenbereich der RIM umfasst neben Beratungsleistungen und Projektbegleitungen insbesondere die Beteiligung und/oder die Finanzierung von Objektgesellschaften, die der Betriebsansiedlung sowie der Erhaltung oder der Entwicklung von Gewerbestandorten dienen. Die RIM hält in diesem Zusammenhang eine strukturpolitisch begründete Beteiligung an einem regionalen Flugplatz.

Ein weiteres Tochterunternehmen war die TeKaGe GmbH & Co. KG. Auch hier kam es zu Veränderungen im Zusammenhang mit der Zusammenführung der ISB mit der LTH. Gegenstand der TeKaGe GmbH & Co. KG war das Halten und Verwalten von Wohnungsbauförderdarlehen. Die Verwaltung der Darlehen erfolgte durch die LTH. Das Vermögen der TeKaGe GmbH & Co. KG wurde zum 1. Januar 2012 im Wege der Anwachsung auf die ISB übertragen. Nach der Umstrukturierung werden die Forderungsportfolien direkt von der ISB gehalten. Die TeKaGe GmbH & Co. KG wurde aufgelöst. Für die ISB resultieren aufgrund von Zinssicherungsgeschäften und weitergehenden Absicherungen durch das Land Rheinland-Pfalz aus der Transaktion derzeit keine Risiken.

Die Haupttätigkeit der ISB im Bereich der Wohnraum- und Städtebauförderung liegt in der Umsetzung der Programme des Landes Rheinland-Pfalz. Die Förderung erfolgt insbesondere für den Bau oder Kauf von selbst genutzten Immobilien, die Schaffung von Mietwohngebäuden sowie die Modernisierung von Wohnimmobilien. Dadurch werden finanzielle Anreize für den Neubau, den Erwerb und für die Modernisierung von Wohnraum gegeben und Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen unterstützt.

Um dieses Ziel zu erreichen, reicht die ISB Darlehen und Zuschüsse im eigenen Namen für Rechnung des Landes Rheinland-Pfalz aus. Daneben wird das Instrument der Zinsgarantie eingesetzt. Das Zinsgarantieprogramm beinhaltet eine Zinsverbilligung für ein Kapitalmarktdarlehen, das Kreditnehmer bei ihrer Hausbank aufnehmen sowie die Übernahme einer Ausfallbürgschaft für diese in der Regel nachrangigen Darlehen durch das Land.

In den Bereichen Wohneigentum und Modernisierung erfolgt die Förderung insbesondere über das Instrument der Zinsgarantie. Zudem werden für die Modernisierung Investitionszuschüsse vergeben.

Im Mietwohnungsprogramm erfolgt die Unterstützung durch zinsgünstige Baudarlehen und Zuschüsse.

Des Weiteren wird insbesondere das Wohnen in Orts- und Stadtkernen zur Verbesserung der Lebensqualität in Innenstädten und Innerortslagen sowie zur Erhaltung und Wiederbelebung innerörtlicher Strukturen durch Zuschüsse zu Baumaßnahmen gefördert.

Außerdem werden Fördermittel für die Umwandlung militärischer Liegenschaften in Wohnliegenschaften zur Verfügung gestellt.

Im Bereich der Städtebauförderung ist die ISB mit der Auszahlung der Fördermittel für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Städten und Gemeinden, die vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur bewilligt werden, beauftragt.

Soweit die ISB in öffentlich-rechtlichen Handlungsformen tätig wird, kann sie Verwaltungsakte erlassen

und führt die Widerspruchs- und Klageverfahren in den ihr übertragenen Aufgabenbereichen durch. Im Übrigen wird die ISB privatrechtlich tätig.

Die interne Organisation der ISB ist überwiegend produktorientiert ausgestaltet. Zum 31. Dezember 2012 waren bei der ISB 303 Personen – einschließlich des Vorstandes – beschäftigt. Zudem absolvierten zu diesem Zeitpunkt fünf Auszubildende ihre Berufsausbildung zum Bankkaufmann bzw. zur Bankkauffrau bei der ISB.

In der ISB existieren historisch bedingt unterschiedliche Tarifsysteme. Neben den Tarifstrukturen des öffentlichen Dienstes finden auch jene des privaten und öffentlichen Bankgewerbes Anwendung. Ein langfristiges Ziel ist daher darin zu sehen, die unterschiedlichen Gehaltsstrukturen möglichst anzugleichen. Die Vergütung der Mitarbeiter, die keine über das allgemeine Prämiensystem hinaus einzelvertraglich gestaltete variable Vergütung erhalten, ist angemessen. Über- oder außertarifliche Zulagen sind nicht variabel gestaltet und wären auch im Einzelfall von ihrer Höhe her gesehen nicht dazu geeignet, schädliche Anreize zur Begründung von Risikopositionen zu setzen. Auch durch variable Entgeltbestandteile werden keine schädlichen Anreize zur Eingehung von Risikopositionen gesetzt. Sie stellen ebenfalls der Höhe nach im Einzelfall keinen Anreiz dar, Risikopositionen zu begründen. Der Verwaltungsrat wird über die Ausgestaltung des Vergütungssystems jährlich informiert.

Neben diesem Lagebericht erstellt die ISB einen Konzernlagebericht.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

In Deutschland ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2012 preisbereinigt um 0,7% gestiegen. Damit hat sich das konjunkturelle Wachstum im Vergleich zu den Jahren 2010 und 2011 deutlich verlangsamt. Die deutsche Wirtschaft konnte sich dem allgemeinen Trend in der Weltwirtschaft nicht entziehen. Ursächlich für die wirtschaftliche Abkühlung sowohl im internationalen Umfeld als auch in Deutschland sind insbesondere die Auswirkungen der Staatsschuldenkrise und die insoweit nach wie vor bestehenden Unsicherheiten.

In Rheinland-Pfalz betrug im Jahr 2012 das Wirtschaftswachstum preisbereinigt 0,9%. Es lag damit leicht über dem Bundesdurchschnitt. Anders als in den Vorjahren kamen die Wachstumsimpulse insbesondere aus dem Dienstleistungsbereich. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung der Dienstleister stieg im Jahresvergleich in Rheinland-Pfalz um 1,2%, während im verarbeitenden Gewerbe mit 0,4% ein leichter Rückgang zu verzeichnen war. Besonders positiv hat sich das Baugewerbe in Rheinland-Pfalz entwickelt. Hier stieg die Wertschöpfung preisbereinigt um 5,5%. Deutliche Umsatzsteigerungen wurden dabei insbesondere im Ausbaugewerbe erzielt.

Die deutsche Wirtschaft konnte auch ihre Stellung auf den Weltmärkten weiter stärken. So stieg der Wert der exportierten Güter im Jahresvergleich um 3,4%. In Rheinland-Pfalz war das Wachstum mit 3,6% noch etwas stärker. Insgesamt wurden aus Rheinland-Pfalz Güter im Wert von €46,4 Mrd. exportiert. Damit wurde ein neuer Höchstwert erreicht. Da die Exportorientierung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft besonders ausgeprägt ist, ist diese Entwicklung für die heimische Wirtschaft von zentraler Bedeutung.

Der Arbeitsmarkt hat sich auch im Jahr 2012 als sehr robust erwiesen. Durchschnittlich waren im vergangenen Jahr 1,93 Mio. Erwerbstätige mit Arbeitsort in Rheinland-Pfalz tätig. Somit konnte die Zahl im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 0,9% gesteigert und ein neuer Höchststand erreicht werden. Arbeitslos waren in Rheinland-Pfalz im Jahresdurchschnitt 111.079 Menschen. Dies entspricht einer Quote von 5,3% (Vorjahr 5,3%). Damit lag die Arbeitslosenquote in Rheinland-Pfalz deutlich unter dem Bundesdurchschnitt mit 7,6%.

Geschäftsverlauf im Bereich der Wirtschaftsförderung

Im Bereich der Wirtschaftsförderung gewährt die ISB im Rahmen ihres Gesellschaftszwecks zinsvergingste Darlehen, Zuschüsse und Gewährleistungen. Darüber hinaus beteiligt sich die ISB im VC-Geschäft über verschiedene Tochtergesellschaften in offener und stiller Form an rheinland-pfälzischen Unternehmen.

Nachfolgende Tabellen zeigen die Anzahl der Zusagen und das Fördervolumen im Berichtsjahr mit den Vergleichszahlen des Vorjahres:

Anzahl der Zusagen	2012	2011
	Anzahl	Anzahl
A. Darlehen	2.376	1.657
B. Zuschüsse	1.046	1.204
C. Gewährleistungen Wirtschaftsförderung	11	34
D. MBG und VC-Beteiligungen	88	65
Summe	3.521	2.960

Zugesagtes Fördervolumen	2012	2011
	Mio. €	Mio. €
A. Darlehen	1.978,8	2.085,8
B. Zuschüsse	32,0	31,8
C. Gewährleistungen Wirtschaftsförderung	8,8	29,9
D. MBG und VC-Beteiligungen	13,1	9,8
Summe	2.032,7	2.157,2

Im Bereich der Wirtschaftsförderung wurden über alle Programme hinweg bei der ISB im Berichtsjahr insgesamt 3.521 Zusagen ausgesprochen (Vorjahr 2.960 Zusagen).

Kredite/Zuschüsse

Auf den Bereich Kredite/Zuschüsse entfielen im Jahr 2012 insgesamt 3.422 Zusagen, nachdem es im Jahr zuvor 2.861 Zusagen waren. Die Zunahme ist auf eine erhöhte Nachfrage im Darlehensbereich zurückzuführen.

Das insgesamt bei der ISB bewilligte Zuschussvolumen betrug 2012 € 32,0 Mio. (Vorjahr € 31,8 Mio.) bei 1.046 Zusagen (Vorjahr 1.204 Zusagen).

Im Bereich der Regionalförderung wurden 115 Zusagen (Vorjahr 139 Zusagen) mit einem Gesamtvolumen von € 21,7 Mio. (Vorjahr € 22,6 Mio.) ausgesprochen. Damit lag das Gesamtvolumen nahezu auf dem Niveau des Vorjahres.

In der Technologieförderung wurden 33 neue Vorhaben (Vorjahr 31 Vorhaben) begleitet. Das Zuschussvolumen betrug in diesem Bereich € 7,5 Mio. (Vorjahr € 6,0 Mio.). Während die Anzahl der geförderten Vorhaben auf dem Niveau des Vorjahres lag, konnte das Zuschussvolumen signifikant erhöht werden. Bereits Ende des Jahres waren die für die gesamte EFRE-Förderperiode 2007 bis 2013 vorgesehenen EFRE-Mittel

ausgeschöpft, sodass wegen der regen Nachfrage in diesem Programm zusätzliche Fördermittel beim Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung beantragt wurden.

In den Programmen, im Rahmen derer rheinland-pfälzische Unternehmen Zuschüsse für die Inanspruchnahme von qualifizierten Beratungsleistungen erhalten können, wurden 387 Zuschüsse (Vorjahr 462 Zuschüsse) für Beratungen zugesagt. Das Gesamtvolumen blieb mit € 1,1 Mio. (Vorjahr € 1,2 Mio.) nahezu identisch.

Im Bereich der Messe- und Marketingförderung wurden 292 Zusagen (Vorjahr 395 Zusagen) mit einem Gesamtvolumen von € 0,9 Mio. (Vorjahr € 1,3 Mio.) ausgesprochen.

Über alle ISB-Darlehensprogramme hinweg wurden 2012 2.376 Zusagen (Vorjahr 1.657 Zusagen) ausgesprochen, was im Wesentlichen auf die stark gestiegene Anzahl der Zusagen im Mittelstandsförderungsprogramm zurückzuführen ist. Gleichzeitig ist das Volumen der neu zugesagten Kredite planmäßig zurückgegangen und betrug dabei € 1.978,8 Mio. gegenüber € 2.085,8 Mio. im Vorjahr. Ursächlich dafür ist die Reduzierung des im Berichtsjahr neu zugesagten Kommunalkreditvolumens.

Im Bereich des Mittelstandsförderungsprogramms hat sich die Zahl der Zusagen im Jahresvergleich auf 2.011 (Vorjahr 1.344 Zusagen) erhöht. Das zugesagte Darlehensvolumen betrug € 360,4 Mio. (Vorjahr € 265,2 Mio.). Sowohl die Anzahl der Zusagen als auch das zugesagte Volumen sind damit so hoch wie nie zuvor. Bei diesem durch die KfW global refinanzierten Programmkredit hat sich insbesondere die zwischenzeitliche Stabilisierung der Rahmenbedingungen ausgewirkt, nachdem im Vorjahr einige Strukturänderungen auf Seiten der KfW und die temporäre Konditionengestaltung nachfragedämpfend gewirkt hatten.

Die Ausbildungsplatzförderung erfolgt einerseits über die Gewährung von Darlehen und andererseits mittels Zuschüssen. Insgesamt wurden in dem Bereich 357 Zusagen (Vorjahr 266 Zusagen) ausgesprochen. Darlehen wurden mit einem Gesamtvolumen von € 5,6 Mio. zugesagt. Damit konnte das Vorjahresergebnis in Höhe von € 3,7 Mio. deutlich gesteigert werden. Zuschüsse wur-

den in Höhe von €0,8 Mio. (Vorjahr €0,7 Mio.) im Bereich der Ausbildungsplatzförderung zugesagt.

Im Kommunaldarlehensgeschäft gab es im Berichtsjahr 209 Zusagen (Vorjahr 190 Zusagen) mit einem Gesamtvolumen von € 1.560,1 Mio. (Vorjahr € 1.724,2 Mio.). Mitursächlich für diese Entwicklung ist die geschäftspolitische Entscheidung der ISB, die aus zukünftigen aufsichtsrechtlichen Steuerungsgrößen (Basel III) resultierenden Veränderungen sukzessive umzusetzen. Außerdem legt die ISB ihren Schwerpunkt im Kommunalkreditgeschäft zunehmend auf die Finanzierung rheinland-pfälzischer Kommunen.

Im Jahr 2012 wurde 1 Konsortialdarlehen (Vorjahr 1 Zusage) mit einem Volumen von €0,5 Mio. (Vorjahr €9,0 Mio.) zugesagt.

Zudem wurden im Jahr 2012 sonstige Darlehen in Höhe von insgesamt €2,1 Mio. zugesagt. Dabei handelt es sich um Gesellschafterdarlehen, Einzeldarlehen und Sonderdarlehen.

Bürgschaften und Garantien

Im Berichtsjahr hat sich sowohl im Hinblick auf die Fallzahlen als auch auf das Gewährleistungsvolumen die rückläufige Entwicklung des Neugeschäfts mit Gewährleistungen fortgesetzt. Die Gründe hierfür sind insbesondere die verbesserte Liquiditätsausstattung des Mittelstandes sowie die größere Bereitschaft der Hausbanken, Kreditrisiken weitgehend ohne Bürgschaftsunterstützung zu übernehmen.

Im Gewährleistungsgeschäft hat der Bestand an Bürgschaften und Garantien (einschließlich Treuhandgeschäft) zum Ende des Berichtsjahres ein Gesamtvolumen von € 130,7 Mio. (Vorjahr € 172,8 Mio.) bei insgesamt 161 Fällen (Vorjahr 194 Fälle) erreicht. Davon entfallen 58 Fälle (Vorjahr 78 Fälle) mit einem Gesamtvolumen in Höhe von €81,5 Mio. (Vorjahr € 120,2 Mio.) auf treuhänderisch für das Land verwaltete Landesbürgschaften.

Bei den ISB-eigenen Bürgschaften wurden im Berichtsjahr 11 Gewährleistungen (Vorjahr 26 Gewährleistungen) mit einem Gesamtvolumen von €8,8 Mio. (Vorjahr € 19,1 Mio.) zugesagt. Im Jahr 2012 wurde keine Landesbürgschaft (Vorjahr 8 Landesbürgschaften) zugesagt.

Beteiligungen

Im VC-Beteiligungsbereich wurden im Jahr 2012 75 Beteiligungen zugesagt, die sowohl Neuengagements beinhalten als auch weitere notwendige Finanzierungsrounds betreffen. Damit konnte das Beteiligungsportfolio nochmals ausgebaut werden.

Im Vergleich zum Vorjahr ist das Zusagevolumen im VC-Beteiligungsbereich von €8,5 Mio. auf €8,9 Mio. moderat gestiegen. Im Rahmen des 2008 eingerichteten Innovationsfonds Rheinland-Pfalz für Beteiligungen an jungen und innovativen Unternehmen wurden Beteiligungen mit einem Gesamtvolumen von €3,2 Mio. (Vorjahr €3,3 Mio.) zugesagt. Damit leistet der Fonds weiterhin einen wichtigen Beitrag, die Eigenkapitalausstattung der Zielunternehmen nachhaltig zu verbessern. Dieser Fonds ist hälftig mit EFRE-Mitteln und mit Landesmitteln ausgestattet. Er wurde bei der Wagnisfinanzierungsgesellschaft für Technologieförderung in Rheinland-Pfalz mbH (WFT), einer 100%igen Tochter der ISB, angesiedelt.

Zum 31. Dezember 2012 waren durch alle Venture-Capital-Gesellschaften der ISB insgesamt 115 Unternehmen in Rheinland-Pfalz finanziert; diese hohe Anzahl an Portfolio-Unternehmen unterstreicht die Bedeutung dieses Finanzierungsangebotes.

Mit dieser Entwicklung konnte das für 2012 gesteckte Ziel der ISB, den Beteiligungsbereich weiter auszubauen, in vollem Umfang erreicht werden. Die ISB will mit dem Finanzierungsangebot ihrer Venture-Capital-Gesellschaften insbesondere die Gründung von technologieorientierten Unternehmen in Rheinland-Pfalz – zum Beispiel spin-offs aus Hochschulen – unterstützen, die eine hohe volkswirtschaftliche Bedeutung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit und das Innovationspotenzial der rheinland-pfälzischen Wirtschaft haben. Dabei soll auch in den kommenden Jahren die Strategie des qualitativen Wachstums in diesem Bereich weiter verfolgt werden, ohne die intensive Betreuung des wachsenden Beteiligungsbestandes zu vernachlässigen.

Bei der MBG Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Rheinland-Pfalz mbH wurden im Jahr 2012 zudem 13 Beteiligungen (Vorjahr 9 Beteiligungen) mit einem Gesamtvolumen von €4,2 Mio. (Vorjahr € 1,3 Mio.) zugesagt. Insgesamt hält die MBG 188 Beteili-

gungen (Vorjahr 197 Beteiligungen) an insgesamt 165 Partnerunternehmen (Vorjahr 173 Partnerunternehmen) sowie 1 Darlehen (Vorjahr 1 Darlehen). Diese Zahlen verdeutlichen die große Bedeutung der MBG in der Förderlandschaft.

Geschäftsverlauf im Bereich der Wohnraum- und Städtebauförderung

Wohnraumförderung

Im Bereich der Wohnraumförderung werden finanzielle Anreize für den Neubau, den Erwerb und für die Modernisierung von Wohnraum gegeben und Haushalte mit mittleren und niedrigen Einkommen unterstützt.

Die Förderung erfolgt im Eigentumsprogramm durch Zinsgarantien, in der Modernisierung durch Zinsgarantien und Zuschüsse und im Mietwohnungsprogramm durch zinsgünstige Darlehen und Zuschüsse.

Die Fördermittel werden in der Regel bis zum 31. März des Folgejahres (Programmjahr) ausgereicht. Die nachfolgenden Zahlen beziehen sich auf das in Abstimmung mit dem Ministerium der Finanzen bis zum 30. April 2013 verlängerte Programmjahr 2012.

Nachfolgende Tabellen zeigen die geförderten Wohneinheiten und das zugesagte Fördervolumen im Programmjahr 2012 und die Vergleichszahlen aus dem Programmjahr 2011.

Geförderte Wohneinheiten (WE)	2012	2011
	WE	WE
A. Wohneigentum	1.140	1.792
B. Mietwohnungen	122	166
C. Modernisierung	1.929	2.826
D. Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	178	298
E. Konversion	27	30
Summe	3.396	5.112

Zugesagtes Fördervolumen (Zinsgarantie, Darlehen und Zuschüsse)	2012	2011
	Mio. €	Mio. €
A. Wohneigentum	43,6	69,0
B. Mietwohnungen	7,4	6,3
C. Modernisierung	23,1	32,7
D. Experimenteller Wohnungs- und Städtebau	4,2	6,5
E. Konversion	1,0	0,6
Summe	79,4	115,1

Im Programmjahr 2012 wurden im Bereich der Wohnraumförderung über alle Programme hinweg 3.396 Wohneinheiten (Vorjahr 5.112 Wohneinheiten) gefördert.

Für die Errichtung und den Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum wurden im Programmjahr 2012 Fördermittel im Rahmen der Zinsgarantieprogramme zur Verfügung gestellt. Die Nachfrage nach diesem Förderinstrument ist im Programmjahr gesunken, so dass mit € 43,6 Mio. (Vorjahr € 69,0 Mio.) zinsgarantierte Darlehen und 1.140 Wohneinheiten (Vorjahr 1.792 Wohneinheiten) das Vorjahresergebnis nicht erreicht werden konnte.

Im Mietwohnungsprogramm werden zinsgünstige Baudarlehen zur Schaffung von Mietwohnungen sowie im Programm „Erwerb allgemeiner Belegungsrechte“ Zuschüsse zur Überlassung von Belegungsbindungen an Wohnungen im Bestand bereitgestellt. Insgesamt sind im Programmjahr 2012 für 122 Wohneinheiten (Vorjahr 166 Wohneinheiten) Fördermittel in Höhe von € 7,4 Mio. (Vorjahr € 6,3 Mio.) zugesagt worden. Davon entfielen € 6,5 Mio. (Vorjahr € 5,9 Mio.) auf den Neubau von 108 Wohneinheiten (Vorjahr 113 Wohneinheiten).

Mit Mitteln des Modernisierungsprogramms sind im Programmjahr 2012 1.929 Wohneinheiten (Vorjahr 2.826 Wohneinheiten) modernisiert worden. Dafür wurden Kreditvolumina von € 23,1 Mio. (Vorjahr € 32,7 Mio.) bereitgestellt. Mit € 21,2 Mio. (Vorjahr € 30,2 Mio.) ist der größte Teil in diesem Programm über die Hausbanken im Rahmen der Zinsgarantie zugesagt worden. Das Fördervolumen für kleinere Modernisierungsmaßnahmen, für die Investitionszuschüsse zugesagt werden, betrug € 2,0 Mio. (Vorjahr € 2,5 Mio.). Mit 1.213 Wohneinheiten lag das Ergebnis der Zuschussförderung unter dem des Vorjahres mit 1.561 Wohneinheiten.

Im Rahmen des experimentellen Wohnungs- und Städtebaus wurden im Programmjahr 2012 178 Wohneinheiten (Vorjahr 298 Wohneinheiten) mit € 4,2 Mio. (Vorjahr € 6,5 Mio.) gefördert. Davon entfielen € 3,9 Mio. (Vorjahr € 6,2 Mio.) auf das Förderprogramm Wohnen in Orts- und Stadtkernen. Die Verbesserung der Lebensqualität in Innenstädten und Innerortslagen sowie die Erhaltung und Wieder-

belegung innerörtlicher Strukturen sind Ziele dieses Förderprogramms. Über die Aufnahme von Baumaßnahmen in das Programm entscheidet das Ministerium der Finanzen. Die Bewilligung und Auszahlung der Zuschüsse erfolgt durch die ISB.

Die Umwandlung bisher freigewordener militärischer Liegenschaften in Wohnliegenschaften ist in Rheinland-Pfalz weitgehend abgeschlossen. Im Rahmen des Konversionsprogramms wurden Fördermittel mit einem Volumen von € 1,0 Mio. (Vorjahr € 0,6 Mio.) zugesagt. Damit konnte das Vorjahresergebnis überschritten werden. Insgesamt wurden 27 Wohneinheiten (Vorjahr 30 Wohneinheiten) gefördert.

Städtebauförderung

Fördermittel für städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Städten und Gemeinden des Landes Rheinland-Pfalz werden vom Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur bewilligt. Im Berichtsjahr wurden Bewilligungen in Höhe von € 67,8 Mio. (Vorjahr € 62,3 Mio.) ausgesprochen. Die ISB ist mit der Auszahlung dieser Mittel beauftragt.

Gesamtbeurteilung

In der Wirtschaftsförderung war die Geschäftsentwicklung hinsichtlich des Neugeschäfts durch eine gesteigerte Nachfrage von Seiten der rheinland-pfälzischen Unternehmen gekennzeichnet. Insbesondere die Nachfrage im Darlehens- und Beteiligungsbereich hat deutlich zugelegt. Hintergrund dürfte die erhöhte Investitionsbereitschaft der mittelständischen Unternehmen in Rheinland-Pfalz sein, die sich entsprechend in der Geschäftsentwicklung der ISB auswirkt. Außerdem zeigt diese Entwicklung, dass die Produkte der ISB am Markt etabliert und hinsichtlich ihrer Ausgestaltung attraktiv sind.

Im Bereich der Wohnraum- und Städtebauförderung war ein deutlicher Rückgang der Geschäftszahlen zu verzeichnen. Für die gesunkene Nachfrage dürfte insbesondere das historisch niedrige Zinsniveau verantwortlich sein.

Der Verlauf der Geschäftsentwicklung war im Berichtsjahr insgesamt zufriedenstellend. Durch die Struktur des Geschäftes sind aus heutiger Sicht besondere Risiken oder negative Auswirkungen auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage nicht zu befürchten.

ERTRAGS-, FINANZ- UND VERMÖGENSLAGE

Der Rechtsformwechsel der ISB und die Zusammenführung mit der LTH wurden in diesem Lagebericht bereits ausführlich dargestellt. Aufgrund der Zusammenführung sind die Zahlen des Berichtsjahres bezüglich der Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage nur bedingt mit denen des Vorjahres vergleichbar. Die angegebenen Vorjahreszahlen sind diejenigen der ISB GmbH.

Ertragslage

Der Jahresüberschuss der ISB beträgt im Berichtsjahr € 8,1 Mio. (Vorjahr € 1,9 Mio.).

Im Berichtsjahr konnten Zinserträge in Höhe von € 209,2 Mio. erzielt werden (Vorjahr € 237,1 Mio.). Damit konnte der Vorjahreswert aufgrund des allgemeinen Zinsniveaus zwar nicht erreicht werden. Da jedoch die Zinsaufwendungen noch stärker gesunken

sind, hat sich der Saldo aus Zinserträgen und Zinsaufwendungen im Jahresvergleich von € 18,3 Mio. auf € 22,0 Mio. erhöht. Aufgrund dessen konnte das Zins- und Beteiligungsergebnis, obwohl die laufenden Erträge aus Anteilen und Aktien von € 4,7 Mio. auf € 1,3 Mio. im Jahr 2012 gesunken sind, im Berichtsjahr mit € 23,4 Mio. (Vorjahr € 23,0 Mio.) leicht verbessert werden. Dieses Ergebnis konnte trotz tendenziell rückläufiger Neugenehmigungsvolumen erzielt werden. Dabei wirkten sich die strategischen Vorgaben bezüglich der Margenhöhe im fördernahen Darlehensgeschäft sowie die kontinuierliche Rückführung stark zinssatzbelasteter Passiva positiv aus.

Der Provisionsüberschuss ist im Berichtsjahr deutlich von € 7,4 Mio. auf € 18,2 Mio. gestiegen. Ursächlich hierfür war die Zusammenführung der ISB mit

der LTH. Der kumulierte Provisionsüberschuss der ISB und der LTH im Jahr 2011 lag in etwa auf dem gleichen Niveau.

Im Jahr 2012 wurde ein Rohertrag von €42,8 Mio. (Vorjahr €43,6 Mio.) erzielt. Damit konnte das Ergebnis des Vorjahres nahezu erreicht werden. Komponenten des Rohertrages sind das Zinsergebnis, das Provisionsergebnis und das sonstige Ergebnis.

Die Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen sind im Berichtsjahr bedingt durch die Zusammenführung der ISB und der LTH von €17,6 Mio. auf €27,1 Mio. gestiegen. Davon entfielen €19,8 Mio. (Vorjahr €12,5 Mio.) auf Personalkosten. Im Jahr 2011 betrug die kumulierten Allgemeinen Verwaltungsaufwendungen der ISB und der LTH €26,7 Mio. Somit verlief die Entwicklung im Berichtsjahr moderat. Dies gilt sowohl für den Personal- als auch für den Sachaufwand. Die Personalaufwandsquote (Personalaufwand in % der operativen Erträge) hat sich von 5,0% auf 8,7% erhöht.

Das Betriebsergebnis vor Bewertung beläuft sich auf €14,7 Mio. (Vorjahr €25,0 Mio.). Der Rückgang resultiert im Wesentlichen daraus, dass sich das sonstige Ergebnis im Jahresvergleich von €12,3 Mio. auf €0,3 Mio. reduziert hat. Für das hohe sonstige Ergebnis im Jahr 2011 waren Sondereffekte verantwortlich. Dagegen wurde die Entwicklung bezüglich des Personal- und Verwaltungsaufwandes durch das gestiegene Provisionsergebnis vollumfänglich kompensiert.

Das negative Bewertungsergebnis betrug im Berichtsjahr €5,7 Mio. (Vorjahr €23,1 Mio.) und betraf insbesondere Einzel- und Portfoliorisikovorsorgemaßnahmen im Förder- und fördernahen Kreditgeschäft sowie im Gewährleistungsgeschäft.

Finanzlage

Die Finanzlage der ISB ist wesentlich durch die günstigen Refinanzierungsbedingungen gekennzeichnet. Mittelaufnahmen sind durch die unmittelbare Haftung des Landes Rheinland-Pfalz abgesichert, die im §10 Abs. 3 des Landesgesetzes über die Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz fixiert ist. Damit ist sichergestellt, dass die ISB jederzeit Refinanzierungen zu günstigen Konditionen am Markt aufnehmen kann und die Liquidität für die geschäftlichen Aktivitäten stets sichergestellt ist.

Die ISB nahm im Berichtsjahr am Liquiditätspool des Landes Rheinland-Pfalz teil und war am Interbankengeldmarkt aktiv. Zudem konnten die Refinanzierungsmöglichkeiten bei der EZB genutzt werden; umfangreiche Mittel zur erforderlichen Besicherung eventueller Aufnahmen stehen zur Verfügung. Der Koeffizient gemäß der Liquiditätsverordnung wurde im Verlauf des Geschäftsjahres zu allen maßgeblichen Zeitpunkten eingehalten. Insofern ist die Liquiditätssituation der Bank unbedenklich.

Vermögenslage

Die Bilanzsumme ist 2012 leicht auf €10.594,5 Mio. (Vorjahr €10.485,8 Mio.) gestiegen.

Auf der Aktivseite hat sich insbesondere das Treuhandvermögen von €6,3 Mio. auf €1.019,1 Mio. deutlich erhöht. Dieser Anstieg resultiert daraus, dass in der Wohnraum- und Städtebauförderung vorwiegend Mittel im eigenen Namen aber für Rechnung des Landes Rheinland-Pfalz und sonstige Dritte herausgegeben werden. Daneben hat sich auch die Bilanzposition Forderungen an Kunden von €5.175,2 Mio. auf €5.357,1 Mio. erhöht. Für die Erhöhung der Forderungen an Kunden ist im Wesentlichen verantwortlich, dass die Forderungsportfolien der TeKaGe GmbH & Co. KG nach der Umstrukturierung von der ISB gehalten werden. Die Bilanzpositionen Forderungen an Kreditinstitute von €3.944,3 Mio. auf €3.705,5 Mio. sowie Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere von €956,9 Mio. auf €449,6 Mio. sind hingegen deutlich gesunken. Ursächlich für den Rückgang der Forderungen an Kreditinstitute ist insbesondere die Rückgabe von Namenspapieren. Die Reduzierung des Bestandes an Schuldverschreibungen ist auf das reduzierte Wertpapierleihgeschäft mit dem Land Rheinland-Pfalz zurückzuführen. Passivisch sind korrespondierend zum Treuhandvermögen die Treuhandverbindlichkeiten entsprechend gestiegen. Andererseits sind insbesondere die Bilanzpositionen Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten von €9.410,0 Mio. auf €8.911,7 Mio. und Verbindlichkeiten gegenüber Kunden von €818,5 Mio. auf €348,1 Mio. deutlich gesunken. Der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden steht im Zusammenhang mit der Entwicklung des Wertpapierleihgeschäftes. Die Reduzierung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten resultiert zu einem großen Teil aus dem Rückgang der Verbindlichkeiten aus Schuldscheindarlehen. Für Pen-

sionen und ähnliche Verpflichtungen bestehen Rückstellungen in Höhe von € 25,2 Mio. (Vorjahr € 0,4 Mio.). Dies entspricht in etwa den kumulierten Werten der ISB und der LTH aus dem Jahr 2011.

Der Emittentenkreis bezüglich der gehaltenen Wertpapiere wurde weiter auf erstklassige Adressen und Pfandbriefemissionen konzentriert.

Das haftende Eigenkapital war zu jeder Zeit ausreichend. Die Einhaltung des Solvabilitätskoeffizienten war zu keiner Zeit gefährdet. Er lag zum 31. Dezember 2012 bei 14,6%.

Sowohl die Vermögens- als auch die Ertrags- und Finanzlage sind geordnet.

Nachtragsbericht

Die ISB nimmt nicht mehr am Liquiditätspool des Landes teil. Dies wird durch Nutzung des Interbankenmarktes ausgeglichen und führt zu tendenziell höheren Refinanzierungskosten mit entsprechenden Auswirkungen auf die Ertragslage. Daneben können auch weiterhin die Refinanzierungsmöglichkeiten bei der EZB genutzt werden. Die Liquidität für die geschäftlichen Aktivitäten ist auch ohne die Teilnahme am Liquiditätspool sichergestellt.

Darüber hinaus sind nach Schluss des Geschäftsjahres bislang keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten, die eine Auswirkung auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage der ISB haben.

CHANCEN- UND RISIKOBERICHT

Risikostrategie und Risikomanagement

Als zentrales Förderinstitut des Landes Rheinland-Pfalz bündelt die ISB die Förderprogramme der Europäischen Union, der Bundesrepublik Deutschland sowie des Landes Rheinland-Pfalz unter einem Dach und kombiniert sie mit eigenen Eigen- und Fremdkapitalprodukten sowie Beratungsangeboten. Somit agiert die ISB im öffentlichen Auftrag und engagiert sich in Geschäftsfeldern, die den staatlichen Zielen untergeordnet sind und in denen die marktwirtschaftlichen Gegebenheiten sonst nicht zu den gewünschten sozialen Ergebnissen führen würden. Die ISB hat sich kraft ihrer Aufgabenstellung auf ihrem staatlichen Fundament zu bewegen, muss sich aber gleichzeitig auch den Regeln des Marktes anpassen. Die Beteiligung der ISB am Wirtschaftsgeschehen ist daher unter Risikogesichtspunkten nur bedingt mit den untereinander im Wettbewerb stehenden anderen Kreditinstituten vergleichbar. Unabhängig von den durch das Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) sowie dem § 25a KWG und den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) konkretisierten gesetzlichen Anforderungen wird daher der weitere Ausbau eines an den tatsächlichen Rahmenbedingungen des bankgeschäft-

lichen Handelns orientierten Risikokontroll- und -managementsystems als Notwendigkeit und unternehmerische Herausforderung gesehen.

Das Risikomanagement der ISB setzt sich zusammen aus der Geschäfts- und Risikostrategie, der Steuerung der Risikotragfähigkeit und dem internen Kontrollsystem. Das interne Kontrollsystem besteht aus der schriftlich fixierten Ordnung, der Aufbau- und Ablauforganisation und dabei insbesondere aus den Prozessen zur Risikosteuerung und zum Risikocontrolling.

Ende 2012 wurde die 4. MaRisk-Novelle in ihrer endgültigen Fassung veröffentlicht und ist am 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Um den Instituten ausreichende Umsetzungszeiträume einzuräumen, sind Anforderungen, die im MaRisk-Kontext neu sind und nicht lediglich Klarstellungen ohnehin schon vorhandener Anforderungen darstellen, bis zum 31. Dezember 2013 umzusetzen. Dabei kann die ISB als Förderbank aufgrund ihrer Geschäftstätigkeit Erleichterungen in Form von Öffnungsklauseln in gewissem Umfang nutzen.

Der bestehende gruppenweite Risikosteuerungsprozess der ISB entspricht bereits größtenteils den veränderten Anforderungen. Notwendige Anpassungen

der internen Prozesse an das Regelwerk werden im Laufe des Jahres 2013 im Rahmen eines Projektes umgesetzt.

Im Rahmen ihres Risikomanagementsystems verfügt die ISB über ein umfassendes Instrumentarium des Risikomonitorings und der Risikosteuerung. Hierzu besteht ein Rahmenwerk aus definierten Leitlinien, Organisationsstrukturen und Prozessen. Damit wird dauerhaft sichergestellt, dass Risiken frühzeitig erkannt, gemessen, unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit gesteuert, überwacht und hausintern kommuniziert werden.

Die ISB hat ihr Risikotragfähigkeitskonzept an die weiterentwickelten regulatorischen Anforderungen angepasst, insbesondere auch unter Berücksichtigung des im Dezember 2011 von der BaFin veröffentlichten Leitfadens „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“. Zu diesem Zweck erfolgt quartalsweise die Herleitung der Risikodeckungsmasse in zwei Sichtweisen – einer Fortführungs- und einer Liquidationssicht sowie einer rollierenden 12-Monats-Risikobetrachtung sowohl bei der Limitfestlegung als auch bei der Berechnung der für ein Jahr in die Zukunft erwarteten Limitauslastung. Die Bank ist auch zukünftig bestrebt, die Verfahren und Instrumentarien des Risikomanagements methodisch stetig zu verbessern und weiterzuentwickeln. Im Vordergrund stehen dabei, entsprechend der Geschäftsausrichtung der ISB, Elemente der Messung und Steuerung von Adressenausfallrisiken.

Die institutweit kommunizierte Geschäfts- und Risikostrategie bildet derzeit und auch künftig den Rahmen für die von der ISB betriebenen Bankgeschäfte. Sie beschreibt neben den förderpolitischen und bank-spezifischen Zielen das Gesamtrisikoprofil der Bank unter Berücksichtigung des Risikotragfähigkeitskonzepts. In ihrem Mittelpunkt steht eine ausgewogene Balance von Ertrag und Risiko. Die Geschäfts- und Risikostrategie wird ertragsseitig im Rahmen des Ertragssteuerungsprozesses durch die Vorgaben der Wirtschaftsplanung zur Überwachung und gegebenenfalls Anpassung der strategischen Vorgaben weiter operationalisiert. Risikoseitig erfolgt die weitere Operationalisierung der strategischen Vorgaben durch den Risikosteuerungs- und Risikotragfähigkeitsprozess. Entsprechend ihrer geschäftspolitischen

Ausrichtung stehen als wesentliche Risikoarten die Kreditausfall- und Beteiligungsrisiken als Ausprägungen des Adressenausfallrisikos im Vordergrund. Weitere wesentliche Risikoarten sind operationelle Risiken sowie Marktpreisrisiken in Form von Kurs- und Zinsänderungsrisiken.

Als nicht wesentliche Risikoarten wurden Länderrisiken und Kontrahentenrisiken als Ausprägungen des Adressenausfallrisikos, Liquiditätsrisiken sowie sonstige Risiken in Form von Reputations- und Platzierungsrisiken definiert.

Im Kreditgeschäft untergliedert die ISB ihre Geschäftstätigkeit in risikotragende und risikoarme Kreditgeschäfte, wobei die Bank bestrebt ist, den Anteil der risikotragenden Kreditgeschäfte am Gesamtportfolio des Instituts möglichst gering zu halten. Dabei wurden für das risikotragende Kreditgeschäft der Gesellschaft Einzel- und Portfoliolimite festgelegt. Die Einhaltung der Geschäfts- und Risikostrategie wird im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichtes überwacht, der neben quantitativen Angaben auch qualitative Auswertungen und gegebenenfalls Handlungsempfehlungen zur Risikobegrenzung enthält. Daneben hat die Bank individuelle Kriterien für eine Ad-hoc-Berichterstattung definiert, um so den Vorstand frühzeitig auf identifizierte Risiken aufmerksam zu machen.

Zur Einbindung der Risikoüberwachung in die Gesamtbanksteuerung wurde unter Berücksichtigung der Risikotragfähigkeit des Instituts ein System entwickelt, das Limite für die wesentlichen Risikoarten der Bank vorsieht.

Risikotragfähigkeitsprozess

Im Rahmen des Strategieprozesses erfolgt zunächst die Analyse der Ausgangssituation der Bank. Diese wird in erster Linie durch die Vorgaben der Verständigung II und den daraus resultierenden, satzungsmäßigen Aufgaben, den Status Quo des Risiko- und Geschäftsfeldportfolios sowie den Rahmenvorgaben des Landes Rheinland-Pfalz beeinflusst.

Die Geschäfts- und Risikostrategie wird ertragsseitig im Rahmen des Ertragssteuerungsprozesses durch

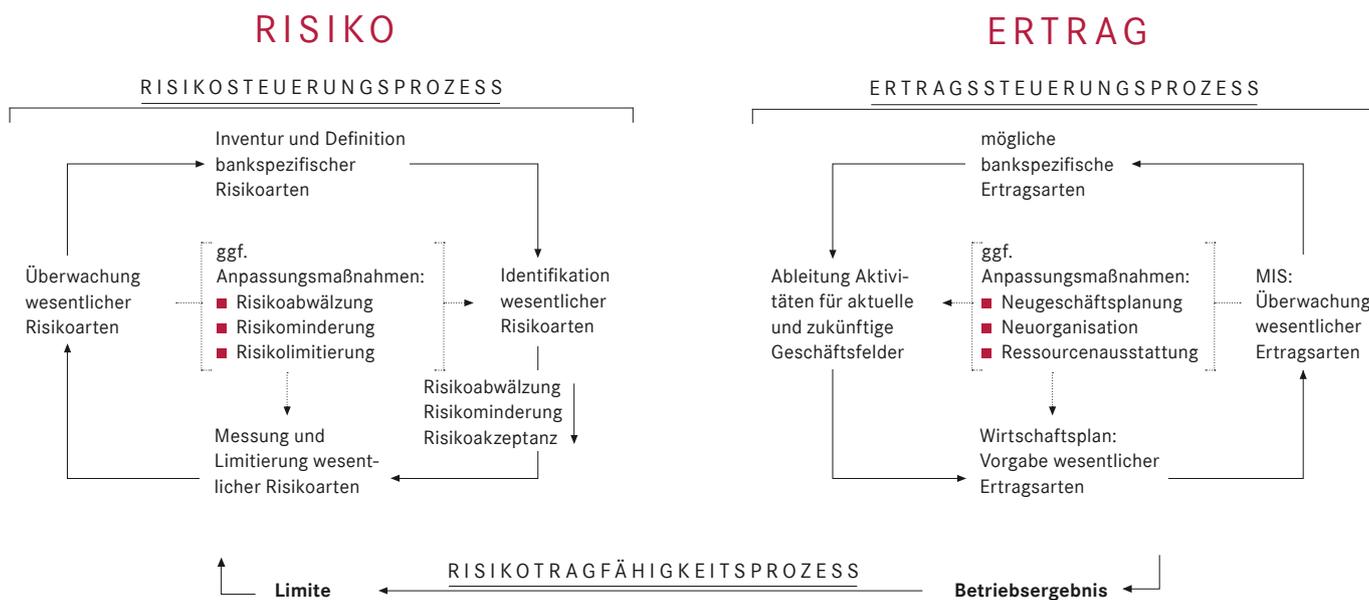
die Vorgaben der Wirtschaftsplanung zur Überwachung und gegebenenfalls Anpassung der strategischen Aufgaben weiter operationalisiert.

Risikoseitig erfolgt die weitere Operationalisierung der strategischen Vorgaben durch den Risikosteuerungs- und Risikotragfähigkeitsprozess, in dessen

Mittelpunkt die tragfähigkeitsorientierte Limitierung der von der Bank akzeptierten Risiken erfolgt.

Der Prozess der Ermittlung und Überwachung der Risikotragfähigkeit stellt somit einen integralen Bestandteil des Risiko- sowie Ertragssteuerungsprozesses dar und umfasst folgende Regelkreise:

Geschäfts- und Risikostrategie



Im ersten Schritt erfolgen die Festlegung der Bestandteile der Risikotragfähigkeit sowie die Überprüfung der Methodik der Limitfestlegung der ISB als gruppenübergeordnetes Institut.

Wichtigster Bestandteil im operativen Ertragssteuerungsprozess ist das für die nächsten zwei Wirtschaftsjahre geplante Betriebsergebnis, das im Rahmen des Wirtschaftsplanes jährlich von Vorstand und Verwaltungsrat verabschiedet wird. Die unterjährige Kontrolle der Planerfüllung wird im Rahmen des monatlichen MIS vorgenommen; im Bedarfsfall erfolgen dabei Abweichungsanalysen, die gegebenenfalls zu Anpassungen der Vorschau führen können.

Der institutsinterne Prozess zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit analysiert auch, wie sich beabsichtigte Veränderungen der eigenen Geschäftstätigkeit oder der strategischen Ziele sowie erwartete

Veränderungen des wirtschaftlichen Umfeldes auf die zukünftige Risikotragfähigkeit auswirken. Dabei werden in einem GuV-orientierten Ansatz der Risikodeckungsmasse potenzielle Verluste aus Szenarioberechnungen gegenübergestellt, um so den Vorstand frühzeitig in die Lage zu versetzen, Risikosteuerungsmaßnahmen einzuleiten. Da das Risikotragfähigkeitskonzept der ISB an Jahresabschlussgrößen anknüpft, erfolgt zu einer angemessenen Betrachtung des Risikodeckungspotenzials über den Bilanzstichtag hinaus eine rollierende 12-Monats-Risikobetrachtung. Neben dieser Vorschau werden im vierteljährlichen Risikobericht weiterhin die Auswirkungen bis zum Jahresultimo (buchhalterischer Stichtag) simuliert, um in der Prognoserechnung der ISB auf das Jahresende hin keiner Fehlsteuerung zu unterliegen.

Im Rahmen des operativen Risikotragfähigkeitsprozesses werden in der Geschäfts- und Risikostrategie

die akzeptierten Risikoarten festgelegt. Die gesamte zur Verfügung stehende Risikodeckungsmasse setzt sich zusammen aus dem laufenden Betriebsergebnis der Bank, den freien Vorsorgereserven, der nicht zweckgebundenen Gewinnrücklage sowie dem gezeichneten Kapital. Ein Teil dieser Risikodeckungsmasse wurde als Verlustobergrenze für den Normal und Worse Case allokiert. Die Bemessung der Verlustobergrenzen in diesen Szenarien stellt sicher, dass auch nach einem Eintreten der Risiken im Normal und Worse Case ausreichend haftendes Eigenkapital vorhanden ist, um den Geschäftsbetrieb aufrechtzuerhalten sowie die regulatorischen Eigenkapitalanforderungen erfüllen zu können (Going-Concern-Annahme). Die Limitfestlegung für Adressenausfall-, Marktpreis-, Zinsänderungs- sowie operationelle Risiken erfolgt unter Berücksichtigung des aktuellen Risikopotenzials sowie der in der Geschäfts- und Risikostrategie festgeschriebenen Unternehmensziele. Die Bestimmung der verschiedenen Sublimate erfolgt dabei durch Verwendung von standardisierten Pauschalsätzen, die Ausdruck der Risikopräferenz des Vorstandes sind. Da keine Korrelationseffekte der Risikoarten in der Messung der Limitauslastung berücksichtigt werden, ist die Gefahr

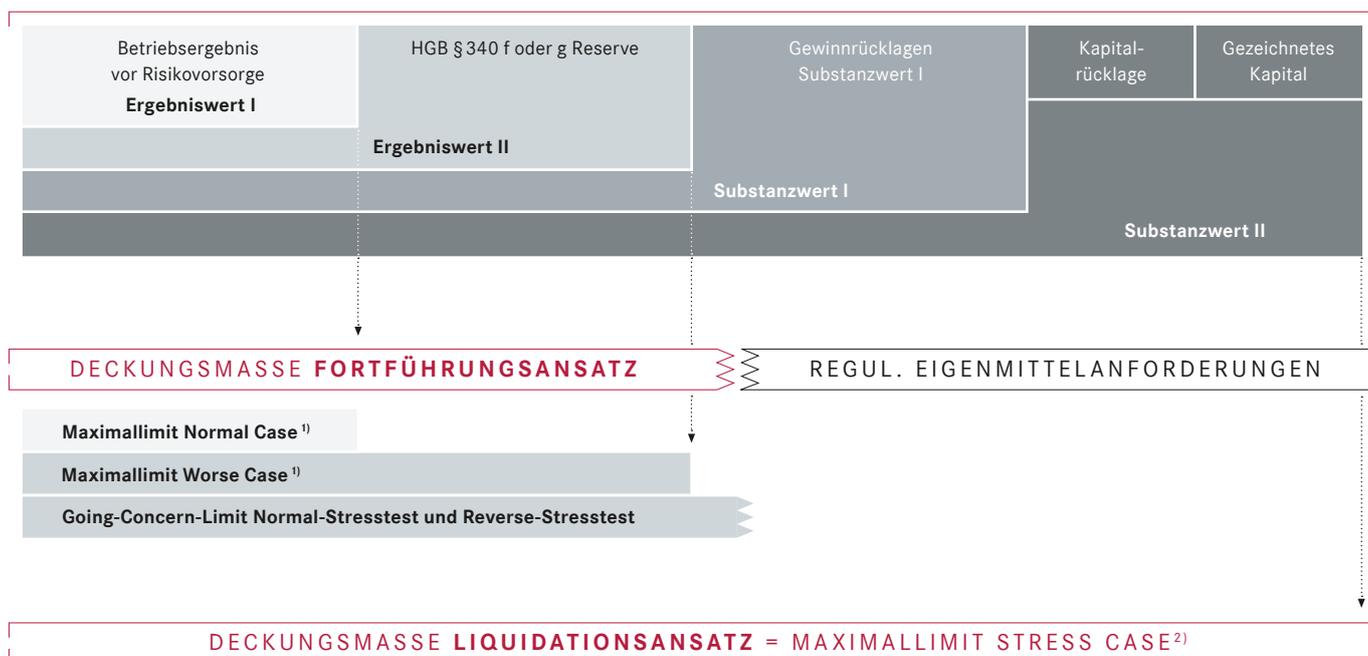
einer Unterschätzung des Gesamtrisikopotenzials in diesen Szenarien nicht gegeben.

Um bei entsprechenden Limitauslastungen frühzeitig und flexibel auf die Entwicklung in einzelnen wesentlichen Risikoarten reagieren und entsprechende Maßnahmen einleiten zu können, wird ein entsprechendes Eskalationsverfahren vorgehalten. Gegebenenfalls nötige Umschichtungen innerhalb der Sublimate (zum Beispiel Risikominderungen durch Abbau von Risikopositionen) können vorgenommen werden.

Bei den im Stress Case simulierten Risiken handelt es sich um Ausnahmeereignisse, deren Eintrittswahrscheinlichkeit als gering bzw. äußerst gering eingeschätzt wird. Der Stress Case stellt ein Liquidationsszenario dar (Gone-Concern-Annahme). Aus diesem Grund werden keine Risikotoleranzen im Vorfeld definiert. Die Risiken werden vielmehr in ihrer Gesamtheit mit der diesem Szenario zugewiesenen Deckungsmasse verglichen, und es werden Wirkungsketten aufgezeigt.

Das Risikotragfähigkeitsschema stellt sich wie folgt dar:

RISIKODECKUNGSPOTENZIAL



¹⁾ unter Berücksichtigung der notwendigen Eigenmittel zur Aufrechterhaltung der regulatorischen Eigenmittelkennziffer

²⁾ ohne Berücksichtigung von Plangewinnen

In beiden Sichtweisen sind Anstaltslast, Gewährträgerhaftung und explizite Refinanzierungsgarantie, welche der ISB zur Wahrnehmung ihrer Förderaufgaben vom Gewährträger eingeräumt wurden, nicht risikomindernd berücksichtigt.

Die Risikotragfähigkeit der ISB war 2012 zu jeder Zeit gegeben. Die eingetretenen Risiken konnten mit der für den Normal Case vorgesehenen Risikodeckungsmasse vollständig gedeckt werden. Die tatsächliche Auslastung der Sublimite lag zum 31. Dezember 2012 bei 42,3%. Die im Rahmen der rollierenden Sicht 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 erwartete Globalauslastung im Normal Case lag bei 58,9%, sodass die Risikosituation der ISB positiver ausgefallen ist als prognostiziert.

Aus heutiger Sicht können die für ein Jahr rollierend erwarteten Risiken jederzeit getragen werden. Somit wird die Risikotragfähigkeit der ISB auch in der Zukunft laufend sichergestellt sein. In den beiden Szenarien Normal und Worse Case werden weiterhin die aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen und somit die Going-Concern-Annahme eingehalten.

Die Überwachung der tatsächlichen und der für ein Jahr in die Zukunft erwarteten Limitauslastungen wird durch die Untersuchung der Wirkung krisenhafter Marktentwicklungen ergänzt. Hierzu wurden jährliche interne gruppenweite Stresstestverfahren etabliert, die die Risikofaktoren der wesentlichen Risikoarten historischen und hypothetischen Szenarien unterwerfen. Die Stresstests können unter Umständen ein Liquidationsszenario darstellen, falls die aufsichtsrechtliche Eigenmittelanforderung nach Belastung der Tragfähigkeit mit den jeweiligen Verlustpotenzialen nicht mehr gegeben ist. Im Vordergrund steht nicht nur das Ziel, mögliche Ereignisse und künftige Veränderungen zu identifizieren, die sich negativ auf die Risikolage der ISB auswirken, sondern auch das Ziel, die Risikotragfähigkeit in Extremsituationen sicherstellen zu können.

Beim Normal-Stresstest werden die Auswirkungen außergewöhnlicher, aber plausibel möglicher Ereignisse anhand geeigneter historischer und hypothetischer Szenarien auf die Solvabilität der ISB-Gruppe dargelegt. Analysiert werden dabei auch die Auswirkungen eines schweren konjunkturellen Abschwungs

auf Gesamtinstitutsebene. Bei der Festlegung der Szenarien werden insbesondere die strategische Ausrichtung des Instituts und sein wirtschaftliches Umfeld berücksichtigt.

Beim Reverse-Stresstest hingegen werden fiktive Verlustquoten ermittelt, bei denen die Fortführung der ISB gefährdet wäre. Das primäre Ziel ist die Beantwortung der Frage, welche Ereignisse eintreten müssten, damit die vorhandenen Risikodeckungsmassen ausgeschöpft werden. Die Szenarien berücksichtigen Kreditausfall- und Beteiligungsrisiken, Kursrisiken, Zinsänderungsrisiken und operationelle Risiken.

Die Sicherstellung einer dauerhaften Risikotragfähigkeit der ISB-Gruppe wird durch die Limitauslastungsberechnungen, die jährlichen Stresstests sowie fest definierte Ad-hoc-Risikoberichte laufend überwacht.

Risikosteuerungs- und Risikocontrollingprozess

Die langfristige Entwicklung und der dauerhafte Erfolg der ISB hängen entscheidend von der Fähigkeit ab, Risiken in den einzelnen Geschäftsfeldern frühzeitig zu erkennen und zu steuern. Im Rahmen der jährlichen Überarbeitung der Geschäfts- und Risikostrategie und der Erstellung der vierteljährlichen Risikoberichte erfolgt eine regelmäßige Risikoinventur. Im Rahmen dieser Risikoinventur prüft die ISB systematisch, ob alle Risiken, die die Vermögens-, Ertrags- oder Liquiditätslage beeinflussen können, vollständig im Gesamtrisikoprofil berücksichtigt sind. Darauf aufbauend erfolgt die Klassifizierung der Risiken in wesentliche und nicht wesentliche Risikoarten. Darüber hinaus erfordern die ständig steigenden Anforderungen des Marktumfeldes und aufsichtsrechtliche Vorgaben sowie die Ausweitung und Verlagerung von Geschäftsfeldern der ISB eine permanente Erweiterung und Anpassung des aktiven Risikomanagements der Bank.

Als Grundlage des gesamten Risikocontrollingprozesses – im Sinne einer schriftlich fixierten Ordnung – dienen die Organisations- und Arbeitsanweisungen der ISB zum Thema Risiko, die regelmäßig überprüft

und aktualisiert sowie vom Vorstand beschlossen werden.

Die steuerungsrelevanten Risiken werden im Rahmen des Risikomanagements identifiziert und auch weitgehend quantifiziert. Die ISB hat darüber hinaus für alle wesentlichen Risikoarten Maßnahmen zur Risikominimierung bzw. Risikoabwälzung getroffen. Für alle erwarteten Ausfälle wurde antizipatorisch ausreichende Risikovorsorge gebildet. Ergänzend zur Risikoinventur ist im Rahmen der kontinuierlichen Erweiterung des Produktportfolios der ISB organisatorisch sichergestellt, dass neuartige Produkte und Ak-

tivitäten in neuen Märkten systematisch in die Risikomessung mit eingebunden werden. Die Risiken neuer Produkte werden somit frühzeitig identifiziert, gemessen und limitiert.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über die Definition der ISB-bankspezifischen Risikoarten. Aufgrund der Aufgabenstellung und der Geschäftstätigkeit der Bank wurden die grau unterlegten Risikoarten im Rahmen der aktuellen Risikoinventur als nicht wesentlich identifiziert.

Bankspezifische Risikoarten

Adressenausfallrisiko	
Kreditausfallrisiken	Ausfall des Geschäftspartners bei bereits erfolgten Leistungen
Kontrahentenrisiken	Ausfall des Geschäftspartners bei noch offenen Leistungen (schwebende Geschäfte)
Beteiligungsrisiken	Ausfall des Geschäftspartners bei Zurverfügungstellung von Eigenkapital
Länderrisiken	
direkte Form	Kredit- oder Kontrahentenrisiko mit Geschäftspartner = ausländische öffentliche Gebietskörperschaft
indirekte Form	Kredit-, Kontrahenten- oder Beteiligungsrisiko mit Sitzland des Geschäftspartners = Ausland
Marktpreisrisiken	
Kursrisiken	Rückgang des Kurswertes von Wertpapieren
Zinsänderungsrisiken	
GuV-orientierte Sichtweise	Rückgang des Zinsergebnisses aus unterjährigen Aktiv-Passivinkongruenzen bei Marktziinsänderungen
barwertige Sichtweise	Rückgang des Barwertes zukünftiger Cash-Flows aus Aktiv-Passivinkongruenzen bei Marktziinsänderungen
Währungsrisiken	Rückgang des EUR-Wertes von Fremdwährungspositionen
Sonstige Preisrisiken	Rückgang des Kurswertes von Edelmetallen und Rohwaren
Liquiditätsrisiken	
Im engeren Sinne	Zahlungsverpflichtungen können nicht erfüllt werden
Refinanzierungsrisiko	Refinanzierungen können nur zu ungünstigeren Bedingungen erfolgen
Marktliquiditätsrisiko	Wertpapiere können wegen unzureichender Markttiefe nur zu ungünstigeren Bedingungen veräußert werden
Operationelle Risiken	
rechtliche Risiken	Aufwendungen wegen nachteiliger Vertragsgestaltungen
betriebliche Risiken	
personelle Risiken	Aufwendungen wegen unzureichender Personalqualität oder -quantität
technische Risiken	Aufwendungen wegen technischen Verfahrens (Ausfall/Defekt IT-Anlagen, Defekte technischer Anlagen)
organisatorische Risiken	Aufwendungen wegen mangelhafter Aufbau- oder Ablauforganisation
klassische betriebliche Risiken	Aufwendungen wegen Feuer, Diebstahl, Unfall, Sabotage
Sonstige Risiken	
Platzierungsrisiken	Verluste wegen unzureichenden Produktabsatzes
Reputationsrisiken	Verluste wegen verschlechterten Rufes bei den relevanten Interessengruppen

Adressenausfallrisiken

Entsprechend ihrer Geschäfts- und Risikostrategie drohen der ISB im Rahmen ihres Darlehens- und Garantiegeschäftes Kreditausfallrisiken nur in eingeschränktem Maße. Die Risikoabschirmung durch Rückbürgschaften sowie Gewährleistungen der öffentlichen Hand und durch die Haftung der Hausbanken lassen das verbleibende Eigenobligo im Verhältnis zu den herausgelegten Volumina in den einzelnen Portfolien eher gering erscheinen. Es liegt zum 31. Dezember 2012 bei 8,1 % (Vorjahr 11,6 %).

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt sowohl auf Einzelengagement- als auch auf Gesamtportfolioebene. Der Schwerpunkt der von der Bank zu überwachenden und zu steuernden Risiken liegt im Bereich der Gewährleistungen, der Konsortialfinanzierungen und der haftungsfrei gestellten Förderdarlehen sowie bei den Engagements der verschiedenen Gesellschaften, an denen die ISB beteiligt ist, insbesondere bei den Wagniskapitalbeteiligungen der dort engagierten Beteiligungsunternehmen. Das großvolumige Kommunaldarlehensgeschäft stellt ebenfalls einen Bestandteil des Risikocontrollings dar.

Das Förderdarlehensgeschäft wird im Wesentlichen durch Wettbewerbsneutralität, Hausbanken- und Subsidiaritätsprinzip geprägt. Darlehensnehmer der ISB im Hausbankverfahren sind die von ihr refinanzierten (Zentral-)Kreditinstitute, die ihrerseits die zinsverbilligten Darlehensmittel in der Regel unter ihrer vollen Primärhaftung an die Enddarlehensnehmer weitergeben. Aufgrund der regelmäßig durchgeführten Überprüfungen der wirtschaftlichen Verhältnisse kann die Bonität der Kreditinstitute, zu denen die ISB Geschäftsbeziehungen unterhält, als gesichert bezeichnet werden. Daher ist eine besondere bilanzielle Risikovorsorge in diesem Bereich nicht erforderlich. Hingegen wird für den derzeit überschaubaren Bereich der haftungsfrei gestellten Darlehen eine adäquate Risikovorsorge betrieben.

Krankenhaus- und Sozialdarlehen gelten durch die Art der Besicherung als risikoarmes Kreditgeschäft. Für die Aufnahme der Geschäftstätigkeit wurden sachgerechte Rahmenbedingungen definiert.

Im Bereich der Wohnraumförderung obliegt der ISB die Aufgabe, die Neuschaffung von Wohnraum, die

Modernisierung von Wohnraum sowie die Umwandlung von militärischen Konversionsflächen in Wohnraum im Gebiet des Landes Rheinland-Pfalz zu fördern. Auf der Grundlage der jeweiligen Jahresbauprogramme werden regionale Märkte aufgrund der Wohnungsmarktsituation definiert. Die Durchführung des Förderauftrages des Landes in diesem Bereich erfolgte bis zum 31. Dezember 2012 als Treuhandgeschäft, sodass sich daraus keine Adressenausfallrisiken für die ISB ergeben.

Im Bereich Wagnisfinanzierung tritt die ISB für alle Gesellschaften, an denen sie beteiligt ist, als Geschäftsbesorger auf. Förderpolitische Ziele, insbesondere die Stärkung der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen, haben im Rahmen des Beteiligungsgeschäftes der ISB-Gruppe Vorrang vor Renditeoptimierung. Insofern ist die insolvenzunbedenkliche Kapitalerhaltung (Fortführungsprämisse, „Going Concern“) der Beteiligungen der ISB sowie der Beteiligungen der Tochterunternehmen das dominierende Ziel der Geschäftstätigkeit. Unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips der ISB als Förderbank des Landes werden folglich seitens der ISB-Töchter zur Erzielung eines wirtschaftspolitischen Benefits (Vermeidung von Sozialausgaben bzw. ersparte alternative Förderkosten) insbesondere Beteiligungen mit erhöhten Risiken eingegangen, ohne entsprechende Sicherheiten oder eine risikoadäquate Verzinsung von den Beteiligungsnehmern zu fordern. Dies hat zur Folge, dass es bei den entsprechenden Tochtergesellschaften zu Kapitalverzehr sowie Liquiditätsengpässen kommen kann, wenn Leistungsstörungen sowie gestiegene Risikovorsorgeaufwendungen langfristig nicht durch eine ausreichende Risikoprämie sowie anfallende Exiterlöse gedeckt werden.

Aus den genannten Gründen ist das Ausfallrisiko per se hoch einzuschätzen. Dem wirkt die ISB durch ein risikoadäquates Entscheidungsverfahren entgegen. Das Risikokontrollsystem der ISB in dem Bereich ist daher zweistufig konzeptioniert, da es auf einer Stufe das Anteilseignerrisiko der ISB und auf der anderen Stufe die aus der Geschäftstätigkeit von Venture-Capital-Gesellschaften resultierenden Risiken abdecken soll.

Die Einhaltung der Großkreditgrenzen wird täglich vom Treasury überwacht und ihre Entwicklung vierteljährlich an den Vorstand berichtet.

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken der ISB erfolgt vorrangig durch den konsequenten Einsatz von Risikoklassifizierungsverfahren zur Bonitätseinstufung der Geschäftspartner in den unterschiedlichen Phasen des Kreditprozesses.

Die ISB wendet das Sparkassen-Standard-Rating als einheitliches Risikoklassifizierungsverfahren für alle Geschäftspartner im Bereich der Wirtschaftsförderung sowie der geschäftsbesorgten Tochterunternehmen an. Die Nutzung des Ratingverfahrens wurde nach der Durchführung einer ISB-internen Risikoanalyse als wesentliche Auslagerung definiert.

Durch Bildung von Einzel- und Pauschalrückstellungen sowie von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen trägt die Bank Ausfallrisiken bei risikobehafteten Engagements in angemessenem Umfang Rechnung. Bei der Rückstellungsbildung im Gewährleistungsgeschäft wurden den Vorgaben des BilMoG entsprechend Abzinsungen vorgenommen.

Die zum 31. Dezember 2012 gebildete Risikovorsorge für ISB-Gewährleistungen beträgt € 6,6 Mio. und ist im Vergleich zum Vorjahr um 12,4% angestiegen.

Die Einzel- und Pauschalwertberichtigungen in den Bereichen Förder- und fördernahes Darlehensgeschäft sowie beteiligungsähnliches Geschäft decken die erkennbaren Einzelrisiken sowie latente Risiken in angemessenem Umfang ab und belaufen sich auf € 9,7 Mio. (Vorjahr € 8,4 Mio.). Dabei wurden Nettozuführungen in Höhe von insgesamt € 1,5 Mio. vorgenommen.

Nach Bewertung der Beteiligungsbuchwerte der ISB-Tochtergesellschaften beträgt die Risikovorsorge in diesem Segment insgesamt € 9,4 Mio. Im Jahr 2012 erfolgte eine Nettoneuzuführung in Höhe von insgesamt € 1,5 Mio.

Dem Kontrahentenrisiko wirkt die ISB durch die Beschränkung ihrer Geschäfte auf Partner mit erstklassiger Bonität entgegen. Um diese Risiken im Bereich Förderdarlehen, Zinsswaps, Wertpapiergeschäfte sowie Geldhandel steuern zu können, werden ferner vom Gesamtvorstand interne Handels- und Darlehenslinien für die einzelnen Geschäftspartner bewilligt, die grundsätzlich auf ein Jahr befristet sind. Eine Prolongation der eingeräumten Linien erfolgt erst

nach der Überprüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse der Geschäftspartner.

Die dem Adressenausfallrisiko zugeordneten Länderrisiken spielen aufgrund der geschäftspolitischen Ausrichtung und des regionalen Schwerpunkts der ISB eine untergeordnete Rolle. Auslandsengagements können lediglich aus Wertpapieranlagen resultieren. Aufgrund der restriktiven Anlagerichtlinie sind solche Engagements lediglich auf Mitgliedstaaten der Europäischen Union beschränkt. Das Adressenausfallrisiko für Deutschland wird als risikoarm eingestuft. Bei EU-Länderadressen mit minderer Bonität und drohenden Haircuts wird das Adressenausfallrisiko berücksichtigt.

Zinsänderungsrisiken

Zinsänderungsrisiken ergeben sich aus Aktiv-/Passiv-Zinsbindungsinkongruenzen zinsrisikobehafteter Bankbuchpositionen (Geld- und Kapitalmarktgeschäftsgeschäfte, Aktiv-/Passivposition aus Darlehen, kurzfristige Forderungen/Verbindlichkeiten). Sie entstehen darüber hinaus bei vorzeitigen Darlehensstilgungen oder Kündigungen, die nicht durch die Vereinnahmung von Vorfälligkeitsentgelten abgesichert werden können.

Zur integrierten Ermittlung und Steuerung der Zinsänderungsrisiken auf Gesamtbankebene wird eine Zinsbindungsbilanz erstellt und dem Vorstand regelmäßig zur Kenntnis gebracht. Mithilfe von Zinsszenarioberechnungen werden die möglichen Auswirkungen von Marktziinsänderungen auf die Ertragslage der ISB abgeschätzt.

In Erfüllung der Anforderungen des Rundschreibens 11/2011 der BaFin zur Ermittlung der Auswirkungen einer plötzlichen und unerwarteten Zinsänderung werden die Barwertveränderungen über das zulässige Ausweichverfahren (Zinsschockanalyse) ermittelt. Zum 31. Dezember 2012 ist die ISB nicht als Institut mit erhöhtem Zinsänderungsrisiko einzustufen. Die negative Barwertveränderung in den einzelnen Szenarien beträgt zum Stichtag -2,21%. Die Meldung der Ergebnisse des Zinsschocks an die Deutsche Bundesbank erfolgt vierteljährlich.

Zur Steuerung der Zinsänderungsrisiken aus dem Darlehensgeschäft werden Zinssicherungskontingente in

Form von strukturierten Zinsswaps aufgebaut. Die entsprechenden Volumina orientieren sich an der Laufzeit und den Bezugsbeträgen der zugrunde liegenden Darlehen. Die zinsbezogenen Termingeschäfte dienen ausschließlich Absicherungszwecken der Aktivdarlehen und der Zinsfixierung variabel verzinsster Wertpapiere. Auf die quantitative Darstellung des Umfangs der Swapgeschäfte im Anhang wird verwiesen.

Die verlustfreie Bewertung des Bankbuchs erfolgt nach dem Grundsatz der Bewertungskonvention. Im Geschäftsjahr 2012 wurde das Bankbuch auf die Bildung einer Drohverlustrückstellung für zinsbezogene Risiken gemäß IDW RSH BFA 3 überprüft. Hierbei wird die GuV-Methodik verwendet. Nach dem Ergebnis der Prüfung ergab sich 2012 keine Notwendigkeit zur Bildung einer Drohverlustrückstellung.

Marktpreisrisiken

Die ISB legt ihre Eigenmittel, Pensions- und Beihilferückstellungen sowie freien liquiden Mittel am Geld- und Kapitalmarkt an, um kontinuierliche und nachhaltige Erträge zu erzielen, die zur Deckung ihrer Kosten zu verwenden sind und darüber hinaus für die Wirtschafts- und Wohnraumförderung eingesetzt werden können. Die Erreichung des Anlageziels wird maßgeblich von der Entwicklung des Geld- und Kapitalmarktes beeinflusst.

Aufgrund der gruppenweiten geschäftspolitischen Ausrichtung der ISB als Förderbank des Landes Rheinland-Pfalz und ihrer konservativen Anlagestrategie betreibt die ISB nur risikoarme Handelsgeschäfte. Diese werden vornehmlich im mittel- und längerfristigen verzinslichen Bereich sowie in engen Grenzen in Aktien mit bonitätsmäßig einwandfreien Adressen ausschließlich auf Positionen des Anlagebuches grundsätzlich für den Eigenbestand getätigt. Es wird auf eine ausgewogene Laufzeitenstruktur des Anlageportfolios geachtet. Die Anlagestrategie der ISB basiert auf der seit 1. November 2012 geltenden Richtlinie für die Anlage von Eigenmitteln, Pensions- und Beihilferückstellungen sowie freien liquiden Mitteln (Anlagerichtlinie).

Das Anlagevolumen ist bei Eigenmitteln grundsätzlich auf die Höhe der Eigenmittel begrenzt. Das Anlageportfolio soll darüber hinaus mindestens zu 50% aus Staatsanleihen und Pfandbriefen – mit einer Fokussierung auf deutsche Staatsanleihen (einschließ-

lich KfW-Anleihen und SoFFin-besicherter Papiere) und deutsche Pfandbriefe – bestehen. Zum 31. Dezember 2012 machen die Staatsanleihen (Bundes- und Länderanleihen) und die Pfandbriefe insgesamt 66,7% des Gesamtwertpapierbestandes in Buchwerten aus. EU-Staatsanleihen befinden sich nicht im Eigenmittelanlagebestand.

Neben Index-Aktien und Unternehmensanleihen kann die ISB auch auf Euro lautende Staatsanleihen der Bundesrepublik Deutschland, eines Bundeslandes oder eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union (Staatsanleihen), Hypotheken- und öffentliche Pfandbriefe von in Deutschland ansässigen Banken (Pfandbriefe) sowie sonstige Inhaberschuldverschreibungen und Namenspapiere mit Pfandbriefdeckung bzw. mit pfandbriefähnlicher Deckung von gut bewerteten Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union (Bankentitel) erwerben.

Bei Aktien ist das Gesamtvolumen der Anlage auf maximal 5% der Eigenmittel der ISB sowie auf Werte beschränkt, die zum Anlagezeitpunkt im DAX oder im DJ Euro Stoxx 50 notiert sind. Der Anteil der Unternehmensanleihen ist auf 30% der Eigenmittel begrenzt, zudem dürfen lediglich Papiere mit Investment-Grade-Rating angeschafft werden. Darüber hinaus sind Volumenlimitierungen je nach Emittenten zu beachten. Für die Zuordnung der ISB als Nichthandelsbuchinstitut müssen auch die aufsichtsrechtlichen Bagatellgrenzen eingehalten werden.

Zu Anlagezwecken können zudem Termingeldanlagen bei gut bewerteten Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland oder einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union getätigt werden. Im Rahmen des Zinsmanagements können darüber hinaus Asset Swaps mit gut bewerteten Banken mit der Intention abgeschlossen werden, den Zins von variabel verzinslichen Anleihen in einen Festzins zu überführen.

Sowohl die wertmäßigen als auch die bonitätsmäßigen Anlagegrenzen wurden 2012 jederzeit eingehalten.

Preis- und Kursrisiken sind bei den verzinslichen Wertpapieren nur in geringem Umfang für die Bank relevant, da die Papiere regelmäßig bis zur Endfälligkeit gehalten werden sollen. Für die Geldmarkt- und

Zinssatzwapengeschäfte gilt, dass diese ausschließlich im Rahmen jährlich neu genehmigter Limite und nur mit bonitätsmäßig einwandfreien Adressen abgewickelt werden. Dem in der Volatilität der Aktien liegenden potenziellen Risiko ist durch die erwähnten Anlagegrenzen hinreichend Rechnung getragen.

Auch Länderrisiken sind für die ISB nur bedingt relevant und resultieren aufgrund des eingegrenzten Geschäftszwecks entsprechend der Verständigung II gegebenenfalls aus mit ausländischen Kontrahenten abgeschlossenen Handelsgeschäften. Direkte und indirekte Länderrisiken aus Wertpapieren sind zum Stichtag 31. Dezember 2012 nicht vorhanden.

Fremdwährungsgeschäfte, Rohwarengeschäfte und spekulative Wertpapiergeschäfte werden von der Bank nicht getätigt. Darüber hinaus werden keine Termingeschäfte durchgeführt. Somit sind keine Währungsrisiken, Rohwaren- und sonstigen Preisrisiken sowie Optionspreisrisiken vorhanden.

Der Zuführungsbedarf zum Portfolio zur Anlage von Pensions- und Beihilferückstellungen wird jährlich aufgrund eines versicherungsmathematischen Gutachtens eines externen Aktuars auf Basis der Angaben der Personalabteilung und der mit dem Wirtschaftsprüfer abgestimmten und vom Vorstand beschlossenen Prämissen ermittelt. Die Erträge aus den Anlagen werden thesauriert. Als Anlageinstru-

mente kommen grundsätzlich auf Euro lautende Schuldscheindarlehen oder Inhaberpapiere des Landes Rheinland-Pfalz in Betracht. Neben dem Land können auch Banken, für die interne Linien bewilligt sind, als Emittenten agieren. Der Anlagebetrag bei Banken darf allerdings € 10,0 Mio. nicht übersteigen.

Das verfügbare Anlagevolumen der freien liquiden Mittel ergibt sich regelmäßig aus vorab abgerufenen Mitteln von Bundesförderinstituten, das bis zur Verwendung im Fördergeschäft möglichst zinskongruent angelegt wird. Weiter können zum Beispiel zinsgünstige Refinanzierungsmittel, die aktivseitig vorzeitig oder inkongruent zurückgeführt werden, zur Zwischenanlage zur Verfügung stehen. Zu Anlagezwecken können die gleichen auf Euro lautenden Anlagen wie bei den Eigenmitteln getätigt werden (Ausnahme: Aktien). Auch für die Werthaltigkeit der Wertpapiere gelten die gleichen Kriterien. Die Anlagegrenzen stellen allerdings die freien internen Geldhandelslinien bei gut bewerteten Banken mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland dar. Die Anlagen am Kapitalmarkt sollen in Pfandbriefen erfolgen, wobei deren Laufzeit die Restlaufzeit der Passivmittel nicht überschreiten soll.

Die Vorgaben der Anlagerichtlinie wurden auch in diesen beiden Portfolios vollumfänglich eingehalten.

Folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung des Wertpapierportfolios zum 31. Dezember 2012:

	Stand 31.12.2012	Anteil der Eigenmittel (T€ 217.527)
	T€	in %
I. Wertpapiere innerhalb der Eigenmittelanlage		
Anleihen/Schuldscheine öffentlicher Emittenten	86.000	39,5
Inhaberschuldverschreibungen von Banken	59.169	27,2
Namenspapiere/Schuldscheine von Banken	19.000	8,7
Unternehmensanleihen	2.999	1,4
Aktien	1.383	0,6
Summe	168.551	77,4
II. Wertpapiere für Pensions- und Beihilferückstellungen sowie freie liquide Mittel		
Anleihen/Schuldscheine öffentlicher Emittenten	19.214	-
Inhaberschuldverschreibungen von Banken	300.801	-
Namenspapiere/Schuldscheine von Banken	0	-
Summe	320.015	-

Marktpreisrisiken in Form von Kursrisiken aus Wertpapiergeschäften werden regelmäßig an den Vorstand berichtet und in die tragfähigkeitsorientierte, quartalsweise Risikosteuerung einbezogen. Kursrisiken der Tochterunternehmen der ISB werden über das jeweilige Beteiligungsrisiko in die Risikosteuerung der ISB-Gruppe integriert.

Liquiditätsrisiken

Gemäß Deutschem Rechnungslegungsstandard und der Geschäfts- und Risikostrategie der ISB werden unter dem Liquiditätsrisiko die drei Risikoarten Liquiditätsrisiko im engeren Sinne (inkl. Abrufisiko), Refinanzierungsrisiko sowie Marktliquiditätsrisiko verstanden.

Die ISB hat die Möglichkeit, sich unter anderem über den Interbankenmarkt (Geldmarkt, Kapitalmarkt), die Europäische Zentralbank (EZB), die KfW Bankengruppe sowie die Landwirtschaftliche Rentenbank (LR) zu refinanzieren.

Kurzfristiger Mittelbedarf wird über Tenderschäfte mit der EZB sowie durch die Aufnahme von Geldmarktkrediten bei anderen Kreditinstituten und bis zum 31. Dezember 2012 beim Liquiditätspool des Landes gedeckt. Da die begebenen Schuldscheindarlehen der ISB vom Land Rheinland-Pfalz verbürgt sind, wird die ISB bei Kontrahenten bonitätsmäßig wie ein Bundesland eingestuft, mit den entsprechenden positiven Auswirkungen auf die jederzeitige Refinanzierungsmöglichkeit und auf die Konditionengestaltung.

Die KfW stellt der ISB allgemeine und programmbezogene Mittel zur Verfügung. Darüber hinaus nutzt die ISB Angebote der LR und beschafft sich Liquidität über die Ausreichung von Schuldscheindarlehen.

Zur Sicherung der Zahlungsbereitschaft und zur ertragsoptimalen Steuerung der Mittelanlagen und -aufnahmen erstellt die ISB einen Liquiditätsplan über einen Zeitraum von bis zu einem Jahr, in den die planbaren Zahlungsgrößen sowie die tatsächlichen Zahlungsflüsse eingehen. Auf der Grundlage dieses Liquiditätsplans werden die Maßnahmen zur Liquiditätsbeschaffung und Liquiditätsanlage gesteuert. Die ISB tätigt dabei ihre Anlagen und Aufnahmen am Geldmarkt (Tagesgelder, Termingelder) im Rahmen des ermittelten Liquiditätsüberschusses/-bedarfes,

wobei die Geldanlagen auf die pro Kontrahent festgelegten internen Kreditlimite beschränkt sind. Der Vorstand wird wöchentlich über die Auslastung bzw. eventuelle Überschreitungen der eingeräumten Kreditlinien für den Handel und das Darlehensgeschäft unterrichtet. Zum 31. Dezember 2012 und im gesamten Geschäftsjahr 2012 waren sowohl bei den Handels- als auch bei den Darlehensgeschäften keine Linienüberschreitungen festzustellen.

Die Liquiditätskennziffer lag zum 31. Dezember 2012 bei 3,03 (Vorjahr 2,19). Sie lag während des gesamten Geschäftsjahres stets oberhalb der Mindestanforderung von 1,0.

Vor dem Hintergrund der jederzeitigen Möglichkeit der Mittelbeschaffung und aufgrund der künftigen Ausrichtung der ISB als eine Anstalt des öffentlichen Rechts sind aus heutiger Sicht keine Liquiditätsengpässe und damit Liquiditätsrisiken zu erwarten.

Operationelle Risiken

Die ISB ermittelt die operationellen Risiken bei der Eigenkapitalunterlegung nach dem Basisindikatoransatz. Als operationelles Risiko gilt die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren, Menschen, Systemen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Dabei werden die identifizierten operationellen Risiken der ISB gemäß Deutschem Rechnungslegungsstandard in rechtliche Risiken und betriebliche Risiken unterteilt. Bei den betrieblichen Risiken wird zusätzlich zwischen klassischen betrieblichen, personellen, technischen sowie organisatorischen Risiken unterschieden.

Zur Begrenzung von Schadensfällen aus operationellen Risiken wurden in der ISB hausübergreifende Steuerungsmaßnahmen zur Risikominderung bzw. Risikoübertragung eingeleitet.

Personellen Risiken begegnet die Bank im Rahmen ihrer Personalpolitik neben einer leistungsgerechten Bezahlung mit einem an den sich ständig wandelnden Bedürfnissen der ISB ausgerichteten Personalentwicklungskonzept, das die kontinuierlichen internen und externen Schulungen und damit die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Sicherung eines hohen Qualifikationsniveaus regelt.

Zur Steuerung und Vermeidung technischer Risiken im IT-Bereich wurden eine IT-Security-Policy sowie ein allumfassendes Notfallkonzept (Business-Continuity-Plan) erarbeitet, die regelmäßig aktualisiert werden. Das Berechtigungskonzept, das interne Kontrollsystem sowie das Change-Management-Verfahren als Bestandteile der schriftlich fixierten Ordnung im IT-Bereich runden die Dokumentationen ab.

Dem organisatorischen Risiko begegnet die ISB mit einer risikoorientierten Prozessorganisation für wiederkehrende Sachbearbeitungsvorgänge. Ein umfangreiches Kompetenz- und Anweisungssystem im Rahmen der schriftlich fixierten Ordnung für die einzelnen Geschäftsbereiche der ISB beugen möglichen Schäden durch unsachgemäße Sachbearbeitung vor. Darüber hinaus fließen Erkenntnisse aus Ausfallanalysen in Bezug auf operationelle Risiken regelmäßig in die Überarbeitung der Arbeits- und Organisationsanweisungen ein. Die Bank ist bestrebt, durch ein adäquates internes Kontrollsystem („Vier-Augen-Prinzip“ und Funktionstrennung) den Risiken angemessen entgegenzuwirken. Daneben führt die Innenrevision als prozessunabhängiger Bestandteil laufende Prüfungen des Geschäftsbetriebes durch.

Um rechtliche Risiken zu minimieren, werden für Darlehens- und Gewährleistungsverträge standardisierte Vordrucke verwendet. Bei komplexen Engagements sind dennoch individuelle Vereinbarungen üblich. Das Rechtsrisiko wird dementsprechend als hoch eingeschätzt. Aus diesem Grund sind alle Organisationseinheiten per Arbeits- und Organisationsanweisungen verpflichtet, Verträge, die vom Standard abweichen, der Organisationseinheit Recht/Grundsatzfragen/Beteiligungsverwaltung zum Zweck der juristischen Prüfung zuzuleiten.

Den Risiken durch Feuer, Diebstahl, Unfall, Sabotage und Betrug (klassische betriebliche Risiken) wird durch den Abschluss verschiedener Versicherungen angemessen Rechnung getragen.

Die Verfahren zur Identifizierung und Steuerung operationeller Risiken wurden sukzessive verfeinert, sodass mittels einer Schadensfalldatenbank und einer strukturierten Berichterstattung das Management operationeller Risiken Zug um Zug optimiert wird. Die

ISB hat sich in diesem Zusammenhang dafür entschieden, alle auftretenden Schadensereignisse in einer zentralen Datenbank zu erfassen. Die Ergebnisse einer jährlichen Risikoinventur werden in einer Riskmap festgehalten.

Neben der Zuordnung zu einer Ursachenkategorie werden die operationellen Risiken zur besseren Steuerung und Maßnahmeneinleitung auch einer Ereigniskategorie zugewiesen. Dabei wird das Risikoausmaß sowohl im Hinblick auf die Eintrittswahrscheinlichkeit der operationellen Risiken als auch im Hinblick auf ihre Auswirkung untersucht und anhand einer zweidimensionalen 6 x 6-Portfoliomatrix beurteilt. Für das Kriterium Eintrittswahrscheinlichkeit wurden Abstufungen von „unwahrscheinlich“ bis „sehr hoch“ und für das Kriterium Auswirkung Abstufungen von „marginal“ bis „existenzgefährdend“ definiert. Dabei erfolgt die Bewertung der operationellen Risiken für einzelne Geschäftsfelder aufgrund subjektiver Einschätzungen. Neuere Erkenntnisse über operationelle Risiken werden kontinuierlich aufgenommen und unterliegen dem Prozess der regelmäßigen (jährlichen) Anpassung.

Mitglieder der ISB-Gruppe werden unabhängig von ihrer handelsrechtlichen und aufsichtsrechtlichen Konsolidierungsart über ihren Beteiligungsbuchwert auf ISB-Institutsebene in die Risikosteuerung der Gruppe einbezogen. Schadensfälle der Gruppenmitglieder, für die die Geschäftsbesorgung übernommen wird, werden im Rahmen der Schadensfalldatenbank überwacht und auf das ISB-Limit angerechnet.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden keine bedeutenden, auszahlungswirksamen Schadensfälle (ab T€ 50) verzeichnet. Operationelle Risiken, die noch nicht auszahlungswirksam wurden, beziehen sich insbesondere auf personelle Risiken in den Ereigniskategorien „Ausführung, Lieferung und Prozessmanagement“ sowie „Kunden, Produkte, Geschäftsgepflogenheiten“.

Konzentrationsrisiken

Die Konzentrationsrisiken bezeichnen keine eigenständige Risikoart, sondern mögliche ökonomische Auswirkungen in Form potenzieller Aufwendungen oder ausbleibender Erträge. Die ISB unterscheidet somit zwischen Risiko- und Ertragskonzentrationen.

Risikokonzentrationen bestehen immer dann, wenn einzelne Faktoren einen signifikant hohen Risikobeitrag zum Gesamtrisiko der ISB leisten (Ursachensicht). Ertragskonzentrationen liegen hingegen immer dann vor, wenn einzelne Ertragskomponenten einen signifikant hohen Anteil am Gesamtertrag der Bank haben (Auswirkungssicht).

Die Identifikation von Risikotreibern mit erhöhten Verlustpotenzialen erfolgt durch Darstellung der ausfallgefährdeten Obligobeträge, die verlustrelevant sind, nach Adressenkonzentrationen und Ratingkonzentrationen in den quartalsweisen Risikoberichten. Darüber hinaus werden Restlaufzeitenkonzentrationen, Sektorkonzentrationen (Branchen) sowie Größenkonzentrationen auf Gesamtbligobasis analysiert. Im Stresstest werden zusätzlich die aus den verwendeten Szenarien resultierenden potenziellen Verluste in einer Branchen-/Ratingklassenmatrix dargestellt.

Sonstige Risiken

Die zukünftigen Marktentwicklungen auf den Tätigkeitsfeldern der ISB werden im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung betrachtet. Eine über die oben beschriebenen Risikoarten hinausgehende besondere Risikosituation wird für die ISB derzeit nicht gesehen. Platzierungs- und Reputationsrisiken bergen für die ISB keine wesentlichen Verlustpotenziale.

Die ISB ist seit dem 21. September 1998 Mitglied der Entschädigungseinrichtung des Bundesverbandes Öffentlicher Banken Deutschlands GmbH.

Ausblick zu Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung

Die konjunkturellen Aussichten haben sich für Deutschland eingetrübt. Verantwortlich dafür sind die Rezessionen in einigen Staaten der Euro-Zone und die Abschwächung der globalen Konjunktur. Die Prognose der weiteren Entwicklung ist aufgrund der europäischen Staatsschuldenkrise mit hohen Unsicherheiten verbunden. Da sich die deutsche Wirtschaft aber bislang als sehr stark erwiesen hat, deutet einiges darauf hin, dass eine Rückkehr auf einen nachhaltigen Wachstumspfad möglich ist. Gerade mit Blick auf die Exportorientierung der deutschen

Wirtschaft ist hierfür Voraussetzung, dass sich die globale Konjunktur erholt und sich die Lage in den Euro-Staaten weiter stabilisiert. Unter dieser Prämisse erscheint für die Jahre 2013 und 2014 ein Wachstum der deutschen Wirtschaft möglich.

Die Konjunkturprognose der Deutschen Bundesbank sieht für das Gesamtjahr 2013 lediglich ein Wachstum von 0,4% vor. Im Jahr 2014 könnte sich das Wirtschaftswachstum auf 1,9% verstärken.

Der Arbeitsmarkt wird sich voraussichtlich auch in den kommenden Jahren als robust erweisen. Gemäß der gesamtwirtschaftlichen Prognose der Deutschen Bundesbank ist nach einem Rückgang der Erwerbstätigen im Jahr 2013 um 0,1% im Jahr 2014 wieder mit einem Anstieg um 0,4% zu rechnen. Diese Entwicklung wird sich voraussichtlich auch in der Arbeitslosenquote niederschlagen. Demnach wird für das Jahr 2013 mit einer Arbeitslosenquote von 7,2% und im Folgejahr in Höhe von 7,0% gerechnet.

Aufgrund der demografischen Entwicklung zeichnet sich mittel- bis langfristig ein Fachkräftemangel ab, der möglicherweise negative Auswirkungen auf das zukünftige Wirtschaftswachstum haben kann.

Mit der Fusion der ISB und der LTH wurde das Prinzip der Förderung aus einer Hand in Rheinland-Pfalz weiter gestärkt. Nunmehr ist die ISB für die gesamte Wirtschafts- sowie Wohnraum- und Städtebauförderung im Land der zentrale Ansprechpartner.

Als besonders erfreulich im Hinblick auf die Kundenbeziehungen und -bindung ist die Tatsache zu verzeichnen, dass es fusionsbedingt zu keinen Beeinträchtigungen für die ISB-Kunden gekommen ist. Die ISB hat die Kommunikation und Zusammenarbeit mit Hausbanken, Kammern, Kunden wie Wohnungsgesellschaften und VC-Beteiligungen, Stadt- und Kreisverwaltungen und Multiplikatoren intensiviert sowie die bestehenden Netzwerke ausgebaut. Hierzu zählen auch die reibungslose Durchführung von vielfältigen Veranstaltungen, eine regelmäßige und transparente externe Kommunikation sowie die Intensivierung der Beratungen vor Ort.

Eine künftige Herausforderung der ISB ist weiterhin darin zu sehen, bestehende Kundenbeziehungen zu

verstärken sowie durch Bündelung von vorhandenem Know-how in Bezug auf unterschiedliche Kundenstrukturen neue Kundenbeziehungen zu erleichtern, um so das Geschäftsvolumen bei angemessener Profitabilität auszuweiten. Dazu sind insbesondere die Entwicklung einer einheitlichen Marktstrategie sowie die weitere Optimierung der Vertriebsaktivitäten von zentraler Bedeutung.

Die im Rahmen von Basel III geplanten Änderungen im Hinblick auf die Eigenmittelanforderungen von Banken werden möglicherweise zu einer noch restriktiveren Praxis bei der Kreditvergabe führen. Vor dem Hintergrund der vielfach schlechten Eigenkapitalausstattung mittelständischer Unternehmen besteht die Gefahr, dass diese Unternehmen nicht ausreichend Liquidität erhalten, um ihre Vorhaben zu verwirklichen. Daher wird auch künftig ein Schwerpunkt der ISB darin liegen, als Förderbank des Landes einen Beitrag zu leisten, den Liquiditätsbedarf der rheinland-pfälzischen Wirtschaft zu decken. Dazu werden maßgeschneiderte Förderprogramme in Zusammenarbeit mit den Ministerien vorgehalten und bei Bedarf neu geschaffen.

Für die interne Umsetzung der Basel III (CRD IV)-Regelungen wurde eine Arbeitsgruppe projektiert, die hausübergreifend den Handlungsbedarf erarbeitet. Primäres Ziel ist dabei, eine Eigenkapitalausstattung zu erreichen, die ein Geschäftsvolumen zumindest in der Höhe des Geschäftsvolumens zum Zeitpunkt der Fusion ermöglicht. Durch Prozessoptimierungen und Produktentwicklungen, die eine angemessene Deckungsbeitragsorientierung haben, sollen entsprechende Ertragspotenziale generiert werden.

Im Mittelstandsförderungsprogramm wird in Abhängigkeit von den Rahmenbedingungen der KfW und den Haushaltsplanungen des Landes Rheinland-Pfalz bezüglich öffentlicher Zinszuschüsse für 2013 und 2014 damit gerechnet, dass das Niveau der Neuausreichungen unter dem des Jahres 2012 bleiben wird. Dieser Tendenz wird durch die Entwicklung neuer Produktvarianten begegnet.

Zur Sicherung und Ausweitung der Ertragskraft und der Nutzung von Wachstumspotenzialen der Bank sowie unter Berücksichtigung der Basel III-Vorgaben wurden künftige Neugeschäftsabschlüsse im förder-

nahen Kreditgeschäft moderat geplant. Dies betrifft insbesondere das Konsortialdarlehensgeschäft, aber auch das volumenstarke Kommunaldarlehensgeschäft. Die Sonderstellung der ISB als Kreditinstitut in öffentlicher Trägerschaft eröffnet dieser günstige Refinanzierungsmöglichkeiten, die sie – zum Teil zweckgebunden – in Form von zinsgünstigen Darlehen am Markt platzieren kann. Davon machen Kommunen, kommunale Eigenbetriebe und kommunale Zweckverbände Gebrauch. Ergänzend zu dieser Strategie ist für die nächsten zwei Jahre das Ziel zu sehen, den Anteil der indirekten Kommunalfinanzierungen über Kreditinstitute kontinuierlich zu steigern.

In der Zuschussvergabe der Bereiche Regional- sowie Technologie- und Innovationsförderung wird die Geschäftsentwicklung 2013 und 2014 im Wesentlichen von den maßgeblichen Verwaltungsvorschriften der zuständigen Landesministerien sowie der entsprechenden Mittelbereitstellung bestimmt und entzieht sich insoweit dem Einfluss der ISB. Aufgrund europarechtlicher Vorgaben (Beginn einer neuen EFRE-Förderperiode; beihilferechtliche Neuregelungen insbesondere im Bereich der Regionalleitlinie) werden sich die Fördervorgaben für Vorhaben, die ab dem Jahr 2014 beginnen, wesentlich ändern. Für das Jahr 2013 wird vor diesem Hintergrund mit einem verstärkten Antragseingang von Kunden gerechnet, die sich die bisherigen Förderkriterien sichern wollen. Die Bewilligung dieser Anträge wird sich noch bis ins Jahr 2014 fortsetzen. Bezüglich der Ausgestaltung der Förderkriterien ab dem Jahr 2014 liegen der ISB noch keine gesicherten Informationen vor. Ziel der Bank ist es dennoch, auch in der neuen Förderperiode weiterhin als zuverlässiger Dienstleister für das Land zu agieren und Programme mindestens im bisherigen Umfang zu akquirieren.

Aufgrund des bereits in den letzten Jahren aufgebauten Know-Hows auf diesem Gebiet ist die ISB auch bei den Infrastrukturprogrammen in der Lage, die von den rheinland-pfälzischen Ministerien genehmigten Engagements auch in der neuen Förderperiode eng zu betreuen und zu verwalten. Die Gestaltung dieser Periode ist somit eine Aufgabe der gesamten Bank.

Im Bereich der Ausbildungsplatzförderung wird bei einer weiter anziehenden Konjunktur im Jahr 2013 von einer stabilen bzw. steigenden Zuschussnach-

frage ausgegangen. Gemäß aktuellem Kenntnisstand wird das Zuschussprogramm für Ausbildungsverbände ab 2014 nicht mehr angeboten. Bei der Beratungsförderung wird mit einer stabilen Nachfrage gerechnet. Aufgrund geänderter Verwaltungsvorschriften gehen die Planungen bei den Zuschüssen für Messförderung von eher sinkenden Genehmigungen und bei den Zuschüssen für Drittlandsmarketing von eher steigenden Zusagezahlen aus.

Im Rahmen des ISB-eigenen Gewährleistungsgeschäftes ist ein kontinuierlicher Ausbau des Portfolios in Form eines qualitativen Wachstums beabsichtigt. Die geplanten Genehmigungen liegen in den beiden kommenden Jahren über den Vorjahreswerten. Bei den treuhänderisch verwalteten Landesbürgschaften werden gegenüber 2012 ebenfalls leicht steigende Neuausreichungen erwartet.

Das VC-Geschäft ist bereits heute ein wesentlicher Bestandteil der Wirtschaftsförderung. Durch die Bereitstellung innovativer und mezzaniner Finanzierungsinstrumente wird die vielfach unzulängliche Eigenkapitalausstattung des Mittelstandes nachhaltig verbessert. Die Bedeutung des VC-Geschäftes wird neben den klassischen Instrumenten der Wirtschaftsförderung auch weiterhin zunehmen. Für die nahe Zukunft werden im VC-Geschäft daher wieder Volumenausweitungen erwartet. Aufgrund der hohen Adressenausfallrisiken ist ein effizientes Risikomanagement in diesem Segment unabdingbar. Langfristig ist die ISB bestrebt, das Geschäftsmodell im Bereich der Wirtschaftsförderung durch Einführung neuer Produkte/Förderprogramme bzw. Weiterentwicklung bestehender Förderprogramme und deren Positionierung am Markt zu optimieren. Damit sollen gezielt Unternehmen mit geringer Eigenkapitalausstattung sowie Unternehmen ohne bzw. mit wenigen Sicherheiten angesprochen werden. In diesem Zusammenhang sind neue Förderprogramme mit Haftungsfreistellungen oder Nachrangdarlehen als Ergänzung zu den VC-Beteiligungen denkbar. Darüber hinaus sollen auch zinsgünstige Strukturen (Ertrag/Aufwand) aufgebaut werden, damit diese Produkte sich als rentabel erweisen. Damit die Produktgestaltung zukunftsorientiert und erfolgreich ist, bedarf es darüber hinaus fachkundiger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie effizienten Ablaufprozessen und kostengünstigen Instrumentarien. Unabdingbar in

diesem Zusammenhang sind entsprechende Produktkalkulationen, bei denen alle relevanten Organisationseinheiten im Rahmen ihrer Aufgaben mitwirken sollten. Weiterhin ist die Produktentwicklung von den wirtschafts- und strukturpolitischen Zielen des Landes als Träger der ISB sowie der Kooperationspartner, insbesondere der KfW als einer der wichtigsten Refinanzierungsquellen der Bank, abhängig.

Im Rahmen der Fördermittelberatung zeichnet sich eine steigende Nachfrage nach Finanzierungshilfen im Umwelt- und Energiebereich ab. Aus diesem Grund werden intern Überlegungen angestellt, hierzu ein neues Darlehensprodukt im Hausbankverfahren anzubieten. Bis zur Produktreife müssen allerdings noch umfangreiche Abstimmungen und Modellrechnungen vorgenommen werden.

Haupttätigkeit des Bereiches Wohnraumförderung der ISB ist die Umsetzung der Programme des Landes Rheinland-Pfalz auf diesem Gebiet durch die Förderung von Wohneigentum, Modernisierungen und Mietwohnungsbau für unterschiedliche Zielgruppen.

Der Wohnungsmarkt in Rheinland-Pfalz, der sich heute schon durch eine hohe Eigentumsquote auszeichnet, wird auch in den nächsten zwei Jahren durch den ungebremsten Trend zum Wohneigentum geprägt. Niedrige Kapitalmarktzinsen, angemessene Kauf- und Baupreise sowie der Wunsch der Bürger, im eigenen Heim zu leben, wird die Nachfrage nach Wohneigentum weiterhin bestimmen. Im Mietwohnungsbau zeigt sich in Rheinland-Pfalz ein differenzierter Markt. Die Nachfrage nach Mietwohnraum, insbesondere nach bezahlbaren Mietwohnungen, ist insgesamt gestiegen, zeigt jedoch in den Ballungsräumen des Landes eine besonders starke Ausprägung.

Eine Herausforderung in den Wohnungsbeständen stellt die Wohnraumanpassung im Bereich der energetischen Sanierung und der Anpassung der Bestände an die Bedürfnisse älterer Menschen dar. Steigende Energiekosten und die Auswirkungen des demografischen Wandels machen entsprechende Wohnungsanpassungsmaßnahmen erforderlich. Nur geringe Teile des Wohnungsbestandes weisen energetisch gute und barrierefreie Standards aus.

Die Förderinstrumente des Landes in der Wohnraumförderung waren bisher im eigenen Namen und für Rechnung des Landes (Treuhandgeschäft) vergeben worden. Mit Wirkung vom 1. April 2013 legt die ISB im Bereich der Wohneigentumsförderung und Modernisierung Darlehen im eigenen Namen und für eigene Rechnung (Eigengeschäft) heraus. Für diese Darlehen bietet das Land eine Risikoabschirmung durch eine Landesbürgschaft in Höhe von 80%. Im Bereich des Mietwohnungsbaus ist die Umstellung von Treuhand- auf Eigengeschäft für Mitte 2013 vorgesehen.

Die Darlehensgewährung im Eigengeschäft erfolgt auf der Grundlage seitens des Landes erlassener Verwaltungsvorschriften, denen die wohnungspolitischen Ziele des Landes zugrunde liegen. Dabei ist die Versorgung mit Wohnraum für Haushalte, die sich am Markt nicht ohne Unterstützung der Allgemeinheit versorgen können, das Hauptanliegen. Darüber hinaus sollen Haushalte mit niedrigen Einkommen bei der energetischen Modernisierung und der altersgerechten Anpassung ihrer Wohnungen unterstützt werden.

Im Eigengeschäft Wohneigentum sind für das Jahr 2013 ab dem 1. April 2013 mit dem ISB-Darlehen Wohneigentum 330 Maßnahmen mit einem Darlehensvolumen von € 28,0 Mio. geplant und mit dem ISB-Darlehen Modernisierung selbst genutzten Wohnraums sollen ab dem 1. April 2013 200 Maßnahmen mit einem Darlehensvolumen von € 9,6 Mio. gefördert werden. Für 2014 ist ein Darlehensvolumen von € 41,6 Mio. für 600 Maßnahmen im Bereich Wohneigentum und € 13,6 Mio. für 350 Maßnahmen im Bereich der Modernisierung von selbst genutztem Wohnraum vorgesehen. Der Erfolg des neuen Produkts wird zum einen von einem attraktiven Zins und zum anderen von der Akzeptanz, insbesondere bei der Kreditwirtschaft, die das ISB-Darlehen in ihre Finanzierung einbinden muss, abhängen.

Im Mietwohnungsbau 2013 wird ein Programmangebot des Landes erwartet, das deutlich attraktiver ist als die bisherige Förderung. Mit niedrigen Zinsen und höheren Förderbeträgen kann der geförderte Wohnungsbau für Investoren wieder attraktiver werden. Das Land beabsichtigt, 333 Wohneinheiten mit einem Fördervolumen von € 25,0 Mio. jährlich in den

nächsten drei Jahren zu fördern. Unter der Voraussetzung, dass ein Förderprogramm bis zum 30. Juni 2013 zur Verfügung steht, können insoweit noch im Jahr 2013 100 Wohneinheiten mit einem Darlehensvolumen von € 10,0 Mio. gefördert werden.

Im Bereich der Modernisierungsförderung von Mietwohnungen kann bei einem Start des ISB-Eigendarlehensprogramms zum 1. Juli 2013 von einem Darlehensvolumen von € 7,5 Mio. für 200 Wohneinheiten ausgegangen werden. Im Jahr 2014 ist ein Darlehensvolumen von € 13,0 Mio. für 350 Wohneinheiten geplant.

Die Finanzlage der ISB ist wesentlich durch die gute Eigenkapitalausstattung und die günstigen Refinanzierungsbedingungen infolge der Gewährträgerhaftung durch das Land geprägt. Kreditaufnahmen können zusätzlich durch die unmittelbare Landeshaftung abgesichert werden. Damit ist gewährleistet, dass die ISB jederzeit Refinanzierungen zu günstigen Konditionen auf dem Markt aufnehmen kann und die Liquidität für die geschäftlichen Aktivitäten stets sichergestellt ist. Unbedenklich erscheint auch die Einhaltung des Liquiditätskoeffizienten.

Bei vorsichtiger Planung des künftigen Geschäftsvolumens geht die ISB für die kommenden zwei Geschäftsjahre von einem gegenüber 2012 sinkenden Zinsergebnis aus. Das für die nächsten zwei Jahre geplante Bewertungsergebnis beträgt € 5,1 Mio. bzw. € 4,0 Mio. Die beschriebenen Rahmenbedingungen der Volumenentwicklungen in den einzelnen Geschäftsbereichen lassen für die beiden kommenden Jahre Jahresüberschüsse von € 4,4 Mio. bzw. € 2,1 Mio. erwarten.

Mainz, 30. Mai 2013

Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB)

Vorstand


Dexheimer


Schmid


Dr. Link

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB), Mainz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems

sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Eschborn/Frankfurt am Main, 31. Mai 2013

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Hultsch
Wirtschaftsprüfer

Müller-Tronnier
Wirtschaftsprüfer

Konzernbilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVSEITE

		Stand 31.12.2012		Stand 31.12.2011	
	€	€	€	T€	T€
1. Barreserve					
a) Kassenbestand		2.800,98			7
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		1.657.152,43			3.846
darunter: bei der Deutschen Bundesbank € 1.657.152,43 (Vorjahr T€ 3.846)			1.659.953,41		3.853
2. Forderungen an Kreditinstitute					
a) täglich fällig		93.530.241,27			5.253
b) andere Forderungen		3.611.939.274,55			3.939.053
			3.705.469.515,82		3.944.306
3. Forderungen an Kunden			5.329.511.541,76		5.480.479
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert € 19.019.283,89 (Vorjahr T€ 204.376) Kommunalkredite € 4.523.961.382,26 (Vorjahr T€ 4.968.381)					
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere					
a) Anleihen und Schuldverschreibungen					
aa) von öffentlichen Emittenten	26.007.486,11				495.438
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank € 26.007.486,11 (Vorjahr T€ 495.438)					
ab) von anderen Emittenten	423.583.309,85				461.415
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank € 420.520.279,58 (Vorjahr T€ 458.353)		449.590.795,96			956.853
5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere			449.590.795,96		2.298
6. Beteiligungen			2.710.718,73		33.932
7. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen			31.807.992,50		15.922
darunter: an Kreditinstituten € 5.916.594,59 (Vorjahr T€ 5.788)			16.105.299,26		10.426
8. Anteile an verbundenen Unternehmen			10.625.558,31		25.777
9. Treuhandvermögen			1.038.630.378,69		
darunter: Treuhandkredite € 1.017.073.708,72 (Vorjahr T€ 6.345)					
10. Immaterielle Anlagewerte					
a) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		1.203.465,53			741
b) geleistete Anzahlungen		0,00			0
			1.203.465,53		741
11. Sachanlagen			10.796.533,20		10.230
12. Sonstige Vermögensgegenstände			4.370.601,70		27.871
13. Rechnungsabgrenzungsposten			17.014.485,06		26.303
14. Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung			256.368,02		84
Summe der Aktiva			10.619.753.207,95		10.539.075
Rückgriffsforderungen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen gegenüber Land und Bund			624.724.158,74		25.637
Aktiva der Sonderhaftungsfonds gemäß gesonderter Rechnungslegung					
a) zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung sind		10.369.232,64			7.323
					7.323

PASSIVSEITE

	Stand 31.12.2012		Stand 31.12.2011	
	€	€	€	T€
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten				
a) täglich fällig		3.428.859,86		1.476
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist		8.908.232.820,87		9.408.532
			8.911.661.680,73	9.410.008
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden				
a) andere Verbindlichkeiten				
aa) täglich fällig	348.114.986,40			349.142
ab) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist	0,00			469.387
		348.114.986,40		818.529
			348.114.986,40	818.529
3. Treuhandverbindlichkeiten				
darunter: Treuhandkredite € 1.017.073.708,72 (Vorjahr T€ 6.345)			1.038.630.378,69	25.777
4. Sonstige Verbindlichkeiten			31.337.852,83	4.977
5. Rechnungsabgrenzungsposten			19.565.387,60	28.813
6. Passive latente Steuer			1.405,44	23
7. Rückstellungen				
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		25.152.373,15		428
b) Steuerrückstellungen		627.309,31		543
c) andere Rückstellungen				
ca) Rückstellungen im Bürgschaftsgeschäft	7.044.175,30			5.790
cb) sonstige Rückstellungen	3.591.432,13			1.751
		10.635.607,43		7.541
			36.415.289,89	8.512
8. Zweckgebundene Mittel des Landes Rheinland-Pfalz			869.196,20	869
9. Eigenkapital				
a) gezeichnetes Kapital		184.000.000,00		178.952
b) Kapitalrücklage		6.075.670,13		2.253
c) Gewinnrücklagen				
ca) gebundene Rücklage	0,00			4.198
cb) andere Gewinnrücklagen	33.363.184,24			27.263
		33.363.184,24		31.461
d) Konzernbilanzgewinn		9.718.175,80		2.997
			233.157.030,17	215.663
e) Ausgleichsposten für Anteile anderer Gesellschafter (Kapitalien und Eigenkapitalanteil)				
ea) Eigenkapitalanteil anderer Gesellschafter	0,00			13
eb) Anteil anderer Gesellschafter am Konzernergebnis	0,00			25.891
		0,00		25.904
				241.567
Summe der Passiva			10.619.753.207,95	10.539.075
Eventualverbindlichkeiten				
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen			667.240.347,43	65.535
Andere Verpflichtungen				
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen			129.097.040,08	135.871
b) In Sonderhaftungsfonds verwaltete Bürgschaften und Garantien			302.137,16	5.449
Passiva der Sonderhaftungsfonds gemäß gesonderter Rechnungslegung				
a) zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land Rheinland-Pfalz von besonderer Bedeutung sind		10.369.232,64		7.323
				7.323

Konzern Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012

	2012			2011
	€	€	€	T€
1. Zinserträge aus				
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	196.127.208,66			216.225
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	8.153.010,47			15.253
		204.280.219,13		231.478
2. Zinsaufwendungen		187.138.338,66		218.783
			17.141.880,47	12.695
3. Laufende Erträge aus				
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		39.625,00		48
b) Beteiligungen		1.571.484,40		3.144
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen		39.819,25		150
			1.650.928,65	3.342
4. Provisionserträge			17.829.723,48	7.365
5. Provisionsaufwendungen			92.627,71	274
6. Sonstige betriebliche Erträge			6.882.899,21	55.355
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen				
a) Personalaufwand				
aa) Löhne und Gehälter	16.130.707,08			9.933
ab) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung, darunter: für Altersversorgung € 1.140.105,53 (Vorjahr T€ 821)	3.712.248,67	19.842.955,75		2.560
b) andere Verwaltungsaufwendungen		7.281.261,99		12.493
			27.124.217,74	5.146
8. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen			1.043.098,77	17.639
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen			1.803.036,61	886
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			5.593.199,13	11.697
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			2.842,47	19.551
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			0,00	0
13. Aufwendungen aus Verlustübernahme			95.879,05	231
14. Positive Ergebnisse assoziierter Beteiligungen		1.920.486,89		0
15. Negative Ergebnisse assoziierter Beteiligungen		573.150,33		710
			1.347.336,56	225
16. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			9.097.866,89	485
17. Außerordentliche Erträge			997,49	29.426
18. Außerordentliche Aufwendungen			0,00	0
19. Außerordentliches Ergebnis			997,49	0
20. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			859.787,18	515
21. Sonstige Steuern			25.139,44	23
22. Konzernjahresüberschuss			8.213.937,76	28.888
23. davon: Anteil anderer Gesellschafter am Konzernergebnis			0,00	25.891
24. verbleibendes Konzernergebnis			8.213.937,76	2.997
25. Gewinn-/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			1.504.238,04	0
26. Konzernbilanzgewinn			9.718.175,80	2.997

Bericht des Verwaltungsrates an die Trägerversammlung



Dr. Salvatore Barbaro,
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Bericht des Verwaltungsrates an die Trägerversammlung

Nachfolgender Bericht des Verwaltungsrates über den Jahresabschluss der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) sowie den Konzernabschluss der ISB-Gruppe für das Geschäftsjahr 2012 wird gemäß § 16 (5) der Satzung der ISB erstattet.

Im Geschäftsjahr 2012 weist die ISB ein auf € 10.594.541.654,29 leicht angestiegenes Bilanzvolumen aus. Das Bilanzvolumen im Jahr 2011 betrug rund € 10,49 Mrd.

Der Verwaltungsrat hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 im Rahmen von fünf Sitzungen von dem Vorstand über die wesentlichen geschäftlichen und organisatorischen Entwicklungen der Bank unterrichten lassen und über die ihm satzungsmäßig zugewiesenen Beschlussgegenstände beschlossen.

Jahresabschluss und Lagebericht, Konzernabschluss und Konzernlagebericht sowie die Buchführung für das Geschäftsjahr 2012 wurden von der Ernst & Young GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Eschborn, geprüft, nachdem diese im Rahmen der durchgeführten europaweiten Ausschreibung den Zuschlag erhalten hatte.

Der Abschlussprüfer hat nach erfolgter Prüfung die aufgestellten Abschlüsse und die Lageberichte als mit den gesetzlichen Anforderungen im Einklang stehend befunden. Dem Jahresabschluss der ISB wie auch dem Konzernabschluss der ISB-Gruppe 2012 wurden jeweils uneingeschränkte Bestätigungsvermerke erteilt.

Der Vorstand hat dem Verwaltungsrat den Jahresabschluss der ISB und den Konzernabschluss 2012 zusammen mit dem Lagebericht und Konzernlage-

bericht, einem Vorschlag über die Verwendung des Bilanzgewinns sowie dem Prüfbericht vorgelegt und in seiner heutigen Sitzung durch den verantwortlichen Partner der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft erläutern lassen.

Der Verwaltungsrat nahm die Prüfungsergebnisse zustimmend zur Kenntnis. Die Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichtes, wie auch des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes durch den Verwaltungsrat hat nicht zu Beanstandungen geführt, sodass nach dem abschließenden Ergebnis der Prüfung Einwendungen nicht zu erheben sind.

Der Vorstand hat vorgeschlagen, den Bilanzgewinn der ISB von € 9.623.720,90 in Höhe von € 8.119.482,86 dem Sonderhaftungsfonds zur Finanzierung von Maßnahmen, die für das Land von besonderer Bedeutung sind, zuzuführen und den verbleibenden Betrag von € 1.504.238,04 auf neue Rechnung vorzutragen. Der Verwaltungsrat empfiehlt der Trägerversammlung, diesem Gewinnverwendungsvorschlag zu folgen.

Mainz, 2. Juli 2013

Dr. Salvatore Barbaro
Vorsitzender des Verwaltungsrates
(Staatssekretär des Ministeriums der Finanzen)

Organigramm der ISB

VORSTAND MARKT

■ **Dr. Ulrich Link**

VORSTAND MARKTFOLGE

■ **Jakob Schmid**

VORSTAND MARKTFOLGE, FINANZEN

■ **Ulrich Dexheimer (Sprecher)**

INTERNE REVISION,
TECHNISCHE PRÜFSTELLE
■ Gerhard Pulverich

VORSTANDSSEKRETARIAT,
ALLGEMEINE ORGANISATION
■ Günther Bohrmann

MITTELSTANDS-,
KOMMUNALFINANZIERUNG

■ Roland Wagner

LANDES-/ISB-BÜRGSCHAFTEN MARKT,
REGIONALFÖRDERUNG

■ Sibylle Schwalie

PERSONAL,
VERWALTUNG

■ Horst Grafen

WOHNRAUMFÖRDERUNG
MARKT

■ Michael Back

VENTURE CAPITAL,
BETEILIGUNGEN

■ Brigitte Herrmann

WOHNRAUMFÖRDERUNG
MARKTFOLGE

■ Jakob Schmid

ZUSCHUSS-,
FÖRDERMITTELVERWALTUNG

■ Thomas Wittig

SANIERUNG,
ABWICKLUNG

■ Gerda-Trudi Oprée

FINANZEN, IT

■ Ralf Gölz

PRESSE

■ Claudia Belz

UNTERNEHMENSKOMMUNIKATION,
INVESTORENSERVICE,
AUSSENHANDELSFÖRDERUNG

■ Antje Duwe

RECHT, GRUNDSATZFRAGEN,
BETEILIGUNGSVERWALTUNG

■ Karsten Drawe

BÜRGSCHAFTSVERWALTUNG,
ZWEITVOTUM

■ Birgit Szöcs

IMPRESSUM

Herausgeber

Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB)

Redaktion

Claudia Belz, Pressesprecherin (ISB),
BESTFALL GmbH Agentur für Public Relations
www.bestfall.de

Fotos

Angela Nachtsheim/Görres-Druckerei und Verlag GmbH,
nahdran fotografie Sandra Hauer, Wiesbaden, Alexander Sell,
Nieder-Olm, Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz
(ISB), Ministerium der Finanzen Rheinland-Pfalz, Ministerium für
Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung
Rheinland-Pfalz

Layout

seideldesign, Mainz
www.seideldesign.net

Druck

Görres-Druckerei und Verlag GmbH

Auflage

1.800 Exemplare

Alle Rechte vorbehalten.
Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers.
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem Papier.

Juli 2013



Rheinland-Pfalz

Investitions- und Strukturbank
Rheinland-Pfalz (ISB)
Holzhofstraße 4
55116 Mainz

Telefon 06131 6172-0
Telefax 06131 6172-1299
presse@isb.rlp.de
www.isb.rlp.de